

Geschäftsbericht MLP AG 2009



Vorausschauende Aussagen

Diese Unterlagen enthalten unter anderem gewisse vorausschauende Aussagen und Informationen über zukünftige Entwicklungen, die auf Überzeugungen des Vorstandes der MLP AG sowie auf Annahmen und Informationen beruhen, die der MLP AG gegenwärtig zur Verfügung stehen. Worte wie „erwarten“, „einschätzen“, „annehmen“, „beabsichtigen“, „planen“, „sollten“, „könnten“ und „projizieren“ sowie ähnliche Begriffe in Bezug auf das Unternehmen sollen solche vorausschauende Aussagen anzeigen, die insoweit gewissen Unsicherheitsfaktoren unterworfen sind. Viele Faktoren können dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse des MLP-Konzerns sich wesentlich von den Zukunftsprognosen unterscheiden, die in solchen vorausschauenden Aussagen getroffen wurden. Die MLP AG übernimmt keine Verpflichtung gegenüber der Öffentlichkeit, vorausschauende Aussagen zu aktualisieren oder zu korrigieren. Sämtliche vorausschauende Aussagen unterliegen unterschiedlichen Risiken und Unsicherheiten, durch die die tatsächlichen Ergebnisse zahlenmäßig von den Erwartungen abweichen können. Die vorausschauenden Aussagen geben die Sicht zu dem Zeitpunkt wieder, zu dem sie gemacht wurden.

Inhalt

Bericht des Aufsichtsrats.....	4
Lagebericht.....	9
Gesamtwirtschaftliche Situation.....	9
Branchensituation und Wettbewerbsumfeld.....	10
Unternehmenssituation.....	14
Vergütungsbericht.....	22
Risikobericht.....	22
Prognosebericht.....	34
Nachtragsbericht.....	40
Corporate Governance-Bericht.....	41
Jahresabschluss / Anhang.....	55
Gewinn- und Verlustrechnung für 2009.....	56
Bilanz zum 31. Dezember 2009.....	57
Anhang für das Geschäftsjahr 2009.....	59
Allgemeine Angaben.....	59
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.....	61
Erläuterungen zur Bilanz.....	63
Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung.....	72
Sonstige Angaben.....	74
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.....	92
Versicherung der gesetzlichen Vertreter.....	94
Finanzkalender.....	95
Impressum/Kontakt.....	95

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2009 intensiv mit der Entwicklung des Unternehmens befasst und die ihm durch Gesetz und Satzung auferlegten Verpflichtungen in vollem Umfang wahrgenommen. Er hat den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens regelmäßig beraten und überwacht.

Der Aufsichtsrat befasste sich im abgelaufenen Geschäftsjahr insbesondere eingehend mit der wirtschaftlichen Entwicklung, der finanziellen Lage, den Perspektiven und der weiteren Strategie des Unternehmens.

In zahlreichen Besprechungen haben Aufsichtsrat und Vorstand die Geschäftsentwicklung, die Strategie und die wichtigsten Vorfälle im Unternehmen erörtert. In alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen war der Aufsichtsrat unmittelbar eingebunden. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat in schriftlichen und mündlichen Berichten zeitnah, umfassend und kontinuierlich über alle relevanten Fragen der Unternehmensplanung und der strategischen Weiterentwicklung, über den Gang der Geschäfte, die Lage und die Entwicklung des Konzerns einschließlich der Risikolage sowie das Risikomanagement und der Compliance unterrichtet. Dabei hat sich der Aufsichtsrat von der Ordnungsmäßigkeit der Unternehmensführung durch den Vorstand überzeugt.

Nach den erfolgreichen strategischen Weichenstellungen und der Steigerung der Unabhängigkeit in den vergangenen Jahren, hat die MLP Finanzdienstleistungen AG als Tochtergesellschaft der MLP im Jahr 2009 ihre Marktposition bei Medizinerkunden gezielt ausgebaut und den unabhängigen Finanzmakler ZSH zu 100% übernommen. Des Weiteren wurde mit der Aufgabe und Veräußerung der MLP Finanzdienstleistungen AG, Wien in Österreich und der Entscheidung über die Aufgabe der Niederlassung in den Niederlanden die künftige Konzentration auf das Privatkundengeschäft im Kernmarkt Deutschland abgeschlossen.

Der Aufsichtsrat tagte im Geschäftsjahr 2009 in fünf ordentlichen Sitzungen und in einer außerordentlichen Sitzung, an denen bis auf eine Sitzung immer alle Mitglieder persönlich teilnahmen. Bei besonders wichtigen oder eilbedürftigen Projekten wurde der Aufsichtsrat zwischen den regelmäßigen Sitzungen informiert. Soweit erforderlich erfolgte die Beschlussfassung auch im Wege von Umlaufbeschlüssen.

Darüber hinaus fanden drei Sitzungen des Personal- und drei Sitzungen des Bilanzprüfungsausschusses statt, an denen jeweils alle Ausschussmitglieder teilnahmen. Außerdem trafen sich der Aufsichtsratsvorsitzende und der Vorstandsvorsitzende zu regelmäßigen Gesprächen, in denen Einzelthemen erörtert wurden. Der Aufsichtsratsvorsitzende unterrichtete die übrigen Aufsichtsratsmitglieder umfassend über die Inhalte der Gespräche mit dem Vorstand.

Aufsichtsratssitzungen und wesentliche Beschlussfassungen

Gegenstand einer Beschlussfassung im Umlaufverfahren vom 28. Februar 2009 war die Anpassung der Satzung der MLP AG aufgrund der Wandlung von Wandelschuldverschreibungen in Aktien der MLP AG.

In einer außerordentlichen Aufsichtsratssitzung vom 16. Februar 2009 wurde Herr Ralf Schmid zum ordentlichen Mitglied des Vorstands der MLP AG bestellt. Herr Schmid verantwortet das Vorstandsressort „Operations/IT“.

Gegenstand der Aufsichtsratssitzung vom 25. März 2009 war die – durch Sitzungen des Bilanzprüfungsausschusses vorbereitete – Prüfung und Billigung des Jahresabschlusses sowie des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2008. Die Abschlussprüfer haben an der Sitzung teilgenommen und berichteten ausführlich über den Verlauf und das Ergebnis ihrer Jahresabschluss- sowie der Konzernabschlussprüfung. Nach eingehender Diskussion billigte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss sowie den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2008.

Im Umlaufverfahren wurden am 03. April 2009 die Beschlussvorschläge des Aufsichtsrats an die ordentliche Hauptversammlung der MLP AG am 16. Juni 2009 beschlossen.

In der ordentlichen Aufsichtsratssitzung am 11. Mai 2009 waren im Wesentlichen die Erörterung der Ergebnisse und der Geschäftsentwicklung im ersten Quartal 2009 Gegenstand der Tagesordnung.

Die Ergebnisse des zweiten Quartals und die Geschäftsentwicklung im ersten Halbjahr sowie die Berichterstattung der Internen Revision und die Diskussion sowie Erörterung der Geschäfts- und Risikostrategie standen in der ordentlichen Aufsichtsratssitzung vom 10. August 2009 auf der Tagesordnung. Daneben wurde über die Aufnahme von Vertragsverhandlungen über die Veräußerung der MLP Finanzdienstleistungen AG, Wien in Österreich mit der Aragon AG Beschluss gefasst. Gleichzeitig wurde die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats an das Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) und das Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz, BilMoG) angepasst.

Im Mittelpunkt der Novembersitzung standen die Ergebnisse des dritten Quartals sowie der Tätigkeitsbericht der Compliance-Beauftragten über die Sicherstellung der Compliance im MLP-Konzern.

Gegenstand einer Beschlussfassung im Umlaufverfahren war ein Vergleich mit einem ehemaligen Mitglied des Vorstands über noch offene Tantiemeansprüche aus dem Jahr 2005.

In der Sitzung am 10. Dezember 2009 waren neben der Beschlussfassung über die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG die Einhaltung der Regelungen des Corporate Governance-Kodex im MLP-Konzern wesentliche Diskussionsgegenstände. Über Corporate Governance wurde ausführlich Bericht erstattet. Des Weiteren wurde die Strategie für künftige Geschäftsjahre und das Budget für das Geschäftsjahr 2010 besprochen.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat wurde in 2009 regelmäßig über die Arbeit seiner Ausschüsse unterrichtet.

Der Personalausschuss tagte im Berichtszeitraum dreimal. Gegenstand der Sitzungen war neben der Vorbereitung der Bestellung von Herrn Schmid zum ordentlichen Mitglied des Vorstands, die Überprüfung der Angemessenheit und Üblichkeit der Vorstandsvergütung und Pensionszusagen vor dem Hintergrund des Inkrafttretens des VorstAG und die langfristige Nachfolgeplanung im Vorstand. Weitere Ausführungen zu der Vorstandsvergütung finden sich im Vergütungsbericht, der Teil des Corporate Governance Berichts ist. Im Zuge des Inkrafttretens des VorstAG wurde die Zuständigkeit des Personalausschusses angepasst, der zukünftig nicht mehr für die Beschlussfassung über die Vorstandsvergütung zuständig ist, sondern diese nur noch vorbereitet.

Der Bilanzprüfungsausschuss hielt im Geschäftsjahr 2009 drei ordentliche Sitzungen ab. An seinen Sitzungen nahmen auch Vertreter des Abschlussprüfers teil. Der Bilanzprüfungsausschuss erörterte in Gegenwart der Abschlussprüfer sowie des Vorstandsvorsitzenden die Abschlüsse der MLP AG und des Konzerns sowie den Gewinnverwendungsvorschlag. Gegenstand ausführlicher Beratungen waren auch die Beziehungen zum Abschlussprüfer, die Vorschläge zur Wahl des Abschlussprüfers, seine Vergütung, der Prüfungsauftrag und die Kontrolle der Unabhängigkeit. Über die Arbeit der Internen Revision sowie über rechtliche und regulatorische Risiken und Reputationsrisiken wurde dem Bilanzprüfungsausschuss regelmäßig berichtet.

Corporate Governance

Der Aufsichtsrat behandelt regelmäßig die Anwendung der Corporate-Governance-Grundsätze.

Im abgelaufenen Jahr hat der Aufsichtsrat insbesondere in seiner Sitzung am 10. Dezember 2009 ausführlich die am 18. Juni 2009 beschlossenen Änderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex erörtert.

In den Sitzungen am 11. Mai 2009 und am 10. Dezember 2009 überprüfte der Aufsichtsrat anhand eines den Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig vor der Sitzung zur Verfügung gestellten Evaluierungsbogens die Effizienz seiner Tätigkeit. Dabei überprüfte der Aufsichtsrat u.a. die Verfahrensabläufe im Aufsichtsrat, den Informationsfluss zwischen den Ausschüssen und dem Aufsichtsratsplenum sowie die rechtzeitige und inhaltlich ausreichende Berichterstattung des Vorstands an den Aufsichtsrat. Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz wurden analysiert.

In der gleichen Sitzung hat sich der Aufsichtsrat der MLP AG des Weiteren davon überzeugt, dass die Gesellschaft im vergangenen Geschäftsjahr die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß ihrer Entsprechenserklärung nach § 161 AktG erfüllt hat und auch zukünftig grundsätzlich den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 18. Juni 2009 entsprechen wird. Aufsichtsrat und Vorstand haben im Dezember eine Entsprechungserklärung gemäß § 161 AktG für das Geschäftsjahr 2009 abgegeben und den Aktionären auf der Internetseite der Gesellschaft dauerhaft zugänglich gemacht.

Interessenkonflikte sind im Berichtszeitraum nicht aufgetreten. Eine zusammenfassende Darstellung der Corporate Governance bei MLP einschließlich des Wortlauts der Entsprechenserklärung vom Dezember 2009 ist dem Corporate-Governance-Bericht von Vorstand und Aufsichtsrat in diesem Geschäftsbericht zu entnehmen. Zudem stehen alle relevanten Informationen auf unserer Homepage im Internet unter www.mlp-ag.de zur Verfügung.

Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses 2009

Der Jahresabschluss der MLP AG zum 31. Dezember 2009 sowie der Lagebericht der MLP AG wurden vom Vorstand nach HGB-Vorschriften aufgestellt. Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht wurden gemäß § 315a HGB auf der Grundlage der internationalen Rechnungslegung nach IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, aufgestellt. Die Ernst & Young GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, hat den Jahresabschluss und den Lagebericht der MLP AG zum 31. Dezember 2009 sowie den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht nach HGB- bzw. IFRS-Grundsätzen geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Abschlussprüfer hat die Prüfung unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung sowie unter ergänzender Beachtung der International Standards on Auditing (ISA) vorgenommen.

Die Abschlussunterlagen mit dem Lagebericht, die Prüfungsberichte der Abschlussprüfer und der Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig zugeleitet.

Der Bilanzprüfungsausschuss des Aufsichtsrats hat sich intensiv mit diesen Unterlagen beschäftigt und dem Aufsichtsrat über seine Prüfung Bericht erstattet. Der Abschlussprüfer berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung sowie darüber, dass keine wesentlichen Schwächen des internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems vorlägen. Dabei hat der Bilanzprüfungsausschuss auch das Risikomanagementsystem, die Rechnungslegungsprozesse und die Wirksamkeit der internen Kontroll-, Risikomanagement- und Revisionsysteme sowie die Beziehungen zum Abschlussprüfer, die Vorschläge zur Wahl des Abschlussprüfers, seine Vergütung, den Prüfungsauftrag und die Kontrolle der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers sowie der von ihm erbrachten zusätzlichen Leistungen geprüft. Auch der Aufsichtsrat hat die Unterlagen und Berichte eingehend geprüft und ausführlich darüber beraten. Die Prüfungsberichte der Ernst & Young GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, lagen allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vor und wurden in der Sitzung des Aufsichtsrats am 24. März 2010 in Gegenwart des Abschlussprüfers, der über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtete, umfassend behandelt. In dieser Sitzung hat der Vorstand die Abschlüsse der MLP AG und des Konzerns sowie das Risikomanagementsystem, die Rechnungslegungsprozesse, die Wirksamkeit des internen Kontroll- und Risikomanagement- und Revisionsystems erläutert und detailliert über Umfang, Schwerpunkte und Kosten der Abschlussprüfung berichtet.

Der Aufsichtsrat hat sich dem Ergebnis der Prüfung des Abschlussprüfers angeschlossen und auf der Grundlage des abschließenden Ergebnisses der Prüfung durch den Bilanzprüfungsausschuss und seiner eigenen Prüfung festgestellt, dass keine Einwendungen zu erheben sind. Daher hat

der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 24. März 2010 den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss sowie den Lagebericht der MLP AG und den Konzernabschluss sowie den Konzernlagebericht nach IFRS gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.

Dem Vorschlag des Vorstands, für das Geschäftsjahr 2009 eine Dividende von 0,25 € je Aktie auszuschütten, schloss sich der Aufsichtsrat nach eigener Prüfung an. Bei seinen Überlegungen wurden sowohl die Liquiditätssituation und Finanzplanung der Gesellschaft, wie auch das Aktionärsinteresse am Ergebnis einbezogen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und den jeweiligen Unternehmensleitungen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den für die jeweiligen Gesellschaften tätigen Beraterinnen und Beratern im MLP-Konzern für ihren hohen persönlichen Einsatz und ihre Leistung im Geschäftsjahr 2009.

Wiesloch, im März 2010

Der Aufsichtsrat

Dr. Peter Lütke-Bornefeld

Vorsitzender

Lagebericht

Gesamtwirtschaftliche Situation

Rahmenbedingungen

Die MLP-Gruppe ist als führender unabhängiger Finanz- und Vermögensberater, der seine Gesamterlöse zu über 98% im deutschen Markt erzielt, eng mit der Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft verbunden. Der Arbeitsmarkt für Akademiker und die anderen anspruchsvollen Zielkunden, die Entwicklung der Kaufkraft und der Sparquote sind wichtige Indikatoren für den Geschäftserfolg unseres Unternehmens. Denn im Dialog mit Kunden und potenziellen Kunden bestätigt sich immer wieder: Die empfundene wirtschaftliche Sicherheit und das Zukunftsvertrauen des einzelnen Anlegers haben einen großen Einfluss auf dessen Bereitschaft, mittel- und langfristig angelegte Altersvorsorge- und Vermögensmanagementkonzepte anzunehmen.

Gesamtwirtschaftliches Umfeld

Die Weltwirtschaft war 2009 deutlich von der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise gezeichnet. Die globale Wirtschaftsleistung schrumpfte nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) um 1,1%; gegenüber einem Wirtschaftswachstum von 3,4% im Vorjahr. Die Industriestaaten konnten nur dank der massiven Stützungsmaßnahmen der Notenbanken und der Regierungen die schwerste Rezession seit Jahrzehnten bewältigen.

Erste Zeichen einer leichten Erholung zeigten sich in der zweiten Jahreshälfte. Trotzdem erwarten die Experten der OECD (Stand Anfang Februar 2010) in den USA einen Rückgang der Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 um 2,5%, in Japan um 5,3% und im Euro-Raum um 4,0%. Infolge anziehenden Exportgeschäfts gewann in Europa vor allem die deutsche Wirtschaft im zweiten Halbjahr an Kraft und zog die Euro-Staaten aus der Rezession. Trotzdem ist die Wirtschaftsleistung in Deutschland im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um rund 4,9% eingebrochen. Unser Land hat den größten Konjunkturereinbruch seit Gründung der Bundesrepublik erlebt. Über die langfristigen Auswirkungen der Krise auf die deutsche Wirtschaft und die Weltwirtschaft werden wir erst in den kommenden Jahren berichten können (siehe auch Prognosebericht).

Trotz des wirtschaftlichen Einbruchs haben sich die Einkommen, der Konsum und das Sparverhalten der privaten Haushalte in Deutschland etwa auf Vorjahresniveau gehalten. Wider Erwarten zeigte sich auch der Arbeitsmarkt robust. Die Arbeitslosenquote lag 2009 im Jahresdurchschnitt bei 8,2%, gegenüber 7,8% in 2008. Bei der Bundesagentur für Arbeit waren Ende Dezember 2009 3,3 Mio. Arbeitslose registriert.

Die Akademikerarbeitslosigkeit bewegte sich erneut auf niedrigem Niveau. Eine Studie im Auftrag des Bundesbildungsministeriums ermittelte 2009 lediglich eine Arbeitslosenquote von 1% unter Hochschulabsolventen. Der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung gleichen Alters erreichte bei Akademikern 90%; gegenüber 70,7% in der Gesamtbevölkerung (sog. Erwerbstätigenquote). Damit bestätigte sich erneut, dass Akademiker und andere gut ausgebildete

Arbeitnehmer - wie es die Kunden der MLP-Gruppe sind - auch in Krisenzeiten bessere Beschäftigungschancen haben als Arbeitnehmer mit geringerer Qualifikation. Trotzdem geht die Krise nicht spurlos an den Akademikern vorbei. Im Vergleich zum Ende des Jahres 2008 waren Ende 2009 11,3% mehr Akademiker ohne Arbeit.

Die Sparquote in Deutschland verharrte im 1. Halbjahr 2009 mit 11,2% auf Vorjahresniveau. Durchschnittlich sparte im 1. Halbjahr 2009 jeder Inländer gegenüber 2008 unverändert 180 Euro pro Monat. Mit einem Plus von nur 0,4% haben sich auch die Verbraucherpreise im November gegenüber dem Vorjahr nur moderat erhöht. Zum Jahresende 2009 kühlte allerdings das Konsumklima ab. Die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) ermittelte in der Bevölkerung eine zunehmende Sorge vor steigender Arbeitslosigkeit. Die Konsumerwartungen sanken – mit den entsprechenden negativen Auswirkungen auf die Nachfrage nach Altersvorsorge- und Vermögensmanagementkonzepten und die Geschäftsentwicklung der MLP-Gruppe.

Als Gesamtaussage des Vorstands zu den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Geschäftstätigkeit der MLP-Gruppe im Jahr 2009 halten wir fest: Zentraler gesamtwirtschaftlicher Indikator für die Geschäftsentwicklung sind die Zukunftserwartungen in der deutschen Bevölkerung. Menschen, die befürchten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren oder aus anderem Grund finanzielle Einbußen zu erleiden, agieren zurückhaltend bei langfristig angelegten Altersvorsorge- und Vermögensmanagementverträgen, die sie zu laufenden Einzahlungen verpflichten. Vor diesem Hintergrund sieht der Vorstand der MLP AG im reduzierten Zukunftsvertrauen der Deutschen infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise die zentrale Ursache für die Umsatzeinbußen des Konzerns im vergangenen Geschäftsjahr in den Geschäftsbereichen Vorsorge und Vermögensmanagement.

Branchensituation und Wettbewerbsumfeld

Auf die Zukunftsperspektiven der MLP-Gruppe können sich Veränderungen im Anlageverhalten der Menschen, Strukturverschiebungen in der Finanzbranche und neue gesetzliche Vorgaben für die Finanzberatung auswirken. Im Folgenden geben wir einen Überblick über die Entwicklungen in der Altersvorsorge, dem Gesundheitssektor und dem Vermögensmanagement – den wichtigsten Märkten für den MLP-Konzern, in denen 91% der Provisionserlöse erwirtschaftet werden – sowie der Wettbewerbssituation im vergangenen Geschäftsjahr.

Altersvorsorge

Die steigende Lebenserwartung der Menschen, die niedrige Geburtenrate in Deutschland und die verkürzten Erwerbsbiografien haben die Leistungsfähigkeit der Umlagen finanzierten Sozialversicherung in Deutschland an ihre Grenzen geführt. Die Mittel der gesetzlichen Rentenversicherung reichen nicht mehr aus, um allen Deutschen im Alter eine auskömmliche Rente zu garantieren. Deshalb hat der Staat ein Interesse daran, dass die Bürger während ihres aktiven Berufslebens für ihr Alter vorsorgen. Hierzu gibt es generell drei Wege:

- Basisvorsorge: Gesetzliche Rente und staatlich geförderte Renten wie die Rürup-Rente
- Private Zusatzvorsorge: Riester-Rente und betriebliche Altersvorsorge

- Kapitallebensversicherungen und private Rentenversicherungen

Die Rürup-Rente bietet Personengruppen wie Selbstständigen und Freiberuflern, die nur in Ausnahmefällen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, Anreize zur privaten Altersvorsorge über Steuervergünstigungen. Einzahlungen in diese Verträge werden zunächst im Rahmen der Einkommensteuererklärung als Sonderausgabe anerkannt und erst im Rentenalter besteuert. Das Konzept stößt allerdings bei der Zielgruppe bisher nur auf wenig Akzeptanz. 2009 wurden nach Angaben des Gesamtverbandes der deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) nur knapp 150.700 Basisrenten neu abgeschlossen (Stichtag 30.9.2009). Damit ging die Nachfrage gegenüber dem Vorjahr um 20,6% oder 39.000 Verträge zurück. Die meisten Anleger haben fondsgebundene Rentenverträge präferiert. Auf diese Produktgruppe entfielen bis Ende des dritten Quartals 2009 branchenweit 94.500 Neuverträge (2008: 132.000). Insgesamt führt die Finanzdienstleistungsbranche rund 1 Mio. Rürup-Verträge in ihren Büchern.

Die größte Nachfrage ist bei der Riester-Rente zu verzeichnen. Die Zahl der Riester-Verträge hat bis Jahresende 2009 die 13-Millionen-Marke erreicht. 197.000 Menschen haben sich für die Ende 2008 eingeführte Riester-Eigenheim-Rente entschieden.

Das Riester-Konzept hat seit seiner Einführung noch an Attraktivität gewonnen. Einerseits wegen der Produktvariante „Wohn-Riester-Rente“, mit der indirekt auch selbst genutztes Wohneigentum gefördert wird. Andererseits durch ein Urteil des europäischen Gerichtshofs vom September 2009, wonach noch mehr Menschen als bisher von der Riester-Förderung profitieren sollen (siehe auch Prognosebericht).

Nach Schätzungen des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV) ist das Neugeschäft in der klassischen Lebens- und Rentenversicherung 2009 trotz der Finanzmarktkrise annähernd stabil geblieben. Insgesamt wurden demnach rund 6,2 Millionen Neuverträge abgeschlossen (2008: 6,7 Millionen). Darunter waren bis Ende September 528.017 Kapitallebensversicherungen (Vorjahreszeitraum: 544.803) und 1,19 Mio. Rentenversicherungen (Vorjahreszeitraum: 1,18 Millionen). Der Absatz von Verträgen, die mit laufenden Beiträgen des Versicherungsnehmers einher gehen, reduzierte sich allerdings um 7,1% auf rund 4,5 Millionen. Das geschätzte Ergebnis der Versicherungswirtschaft wird durch einen starken Anstieg von Einmalzahlungen ausgeglichen (+45%).

Die betriebliche Altersvorsorge konnte sich nach unseren Einschätzungen im Berichtsjahr nur verhalten entwickeln. Die Zahl der betrieblichen Rentenanwartschaften stagniert vermutlich auf einem Niveau von 18 Mio., obwohl jeder Arbeitnehmer einen gesetzlichen Anspruch auf Entgeltumwandlung hat. Offensichtlich hat die instabile Wirtschaftslage viele bewogen, in 2009 keine zusätzliche betriebliche (und auch private) Altersvorsorge aufzubauen. Allerdings ist das Interesse an den Möglichkeiten der betrieblichen Altersvorsorge mit ihren Vorteilen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Wachsen begriffen. Waren anfangs hauptsächlich Großunternehmen interessiert, so gewinnt die betriebliche Altersvorsorge nun auch im Mittelstand an Boden. Für kleinere Unternehmen sind vor allem Lösungen auf Verbandsebene attraktiv.

Grundsätzlich sind fünf Umsetzungswege gegeben: Direktzusagen, Unterstützungskasse, Direktversicherungen, Pensionskassen und -fonds. Welches Instrument für das jeweilige Unternehmen optimal geeignet ist, klären die Berater der MLP-Gruppe im Dialog mit ihren Kunden. Unsere Tochtergesellschaft MLP Finanzdienstleistungen AG bietet gemeinsam mit ihrer Tochtergesellschaft TPC THE PENSION CONSULTANCY GmbH, dem Marktführer im Bereich Branchen-Vorsorgeleistungen in Deutschland, das gesamte Dienstleistungsspektrum in der betrieblichen Altersvorsorge an.

Im vergangenen Jahr haben viele Menschen bedingt durch die schwerste Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland ihre private Altersvorsorge eingefroren. Teilweise wurden sogar bestehende Altersvorsorgeverträge aufgelöst. Nach einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Postbank ist gerade bei jungen Berufstätigen im Alter zwischen 16 und 29 Jahren die Bereitschaft gesunken, private Vorsorgeanstrengungen zu unternehmen. Während 2008 nur 11% der Befragten angaben, ihre private Altersvorsorge nicht stärken zu wollen, erhöhte sich die Zahl derer, die keine Altersvorsorgemaßnahmen planen im vergangenen Jahr auf 19%. Das heißt, obwohl in der Bevölkerung ein Bewusstsein über die Notwendigkeit eigenen Altersvorsorgesparens gewachsen ist, hemmt die wirtschaftliche Unsicherheit das Anlageverhalten bezogen auf mittel- und langfristige Finanzdispositionen.

Bezogen auf das Geschäftsmodell unserer Tochtergesellschaft MLP Finanzdienstleistungen AG bedeutet dies: Im Markt ist zwar ein großer Bedarf nach qualifizierter Beratung in Altersvorsorgefragen gegeben – gerade in 2009 haben besonders viele Kunden unseren Rat gesucht – doch es ist auch der MLP Finanzdienstleistungen AG nicht gelungen, sich der durch die Finanz- und Wirtschaftskrise ausgelösten Zurückhaltung hinsichtlich Neuverträgen zu entziehen. Die Gesamterlöse der MLP Finanzdienstleistungen AG im Bereich Altersvorsorge gingen um 9,7% zurück.

Gesundheitsvorsorge

„Das deutsche Gesundheitssystem ist eines der teuersten der Welt, bietet aber oft nur durchschnittliche Ergebnisse.“ Mit diesen Aussagen zitierte die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 9. Dezember 2009 eine Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, in der die Gesundheitssysteme der Industrieländer verglichen wurden. Als Hauptkostenverursacher im deutschen Gesundheitswesen machten die Wissenschaftler üppige Verwaltungskosten sowie hohe Arzt- und Medikamentenkosten aus. Seit der Gesundheitsfonds am 1. Januar 2009 mit seinem einheitlichen Krankenkassenbeitrag für alle gesetzlichen Kassen eingeführt ist, hat sich die Situation im deutschen Gesundheitswesen also nicht verbessert.

Viele wollen deshalb die gesetzliche Krankenversicherung verlassen. Doch Wechselwilligen war auch im Jahr 2009 noch der Übergang von der gesetzlichen Kasse in die private Krankenversicherung verschlossen. Denn im Zuge der Gesundheitsreform von 2007 hatte der Gesetzgeber den Wechsel in die private Welt der Gesundheitsvorsorge durch eine hohe Versicherungspflichtgrenze in Verbindung mit der 3-Jahres-Wartefrist erschwert. Dennoch stieg schon im ersten Halbjahr 2009 der Versichertenbestand in der Krankenvollversicherung um 98.800 Per-

sonen auf insgesamt 8,74 Mio. Zum Jahresende 2008 lag der Versicherungsbestand noch bei 8,64 Mio.

Gleichzeitig waren private Zusatzversicherungen weiter auf hohem Niveau gefragt. Mehr als 150.000 gesetzlich Versicherte haben sich im Berichtsjahr für eine Krankenzusatzversicherung entschieden. Damit summiert sich der Bestand zum Halbjahr 2009 nach Angaben des Verbands der Privaten Krankenversicherungen e. V. auf rund 21,14 Mio. (+0,7%) gegenüber 21,0 Mio. zum 31. Dezember 2008. Besonders beliebt im Betrachtungszeitraum waren Zahntarife (+2,4%), Krankenhauswahltarife (+ 1,5%) und ambulante Zusatzversicherungen (+0,5%).

Die Berater der MLP-Gruppe haben ihre Kunden gezielt über Optionstarife informiert. Mit Optionstarifen können Menschen ihren Gesundheitszustand heute festschreiben, den Wechsel in die private Versicherung aber zu einem von ihnen gewünschten Zeitpunkt realisieren. Stark nachgefragt wurden auch Zahnzusatzversicherungen, Auslandskrankenversicherungen und Krankenhauswahltarife.

In breiten Bevölkerungsschichten ist das Bewusstsein gereift, dass die gesetzlichen Krankenkassen nicht mehr ausreichend leistungsfähig sind. Deshalb wirkt die 3-Jahres-Wartezeit allenfalls temporär. Sobald sie 2011 fällt - wie von der neuen Bundesregierung angekündigt - wird die Zahl der Versicherten in den privaten Krankenvollversicherungen weiter steigen (siehe auch Prognosebericht). Deshalb war es folgerichtig, dass die Berater der MLP-Gruppe die Kunden in 2009 vor allem auf die Vorzüge von Options- und Zusatzversicherungen aufmerksam gemacht haben. Der Absatzerfolg der MLP-Gruppe in der Gesundheitsvorsorge zeigt sich 2009 unbelastet von der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Erlöse in diesem Bereich konnten wir um 1,3% auf 46,5 Mio. € erhöhen.

Vermögensmanagement

Nach Informationen der Deutschen Bundesbank ist das Geldvermögen der deutschen Privathaushalte seit dem Einbruch in 2008 wieder gestiegen. Mit einem Zuwachs von rund 90 Mrd. € erreichte das Geldvermögen zur Jahresmitte 2009 wieder 4.534 Mrd. €. Gleichzeitig hat sich das Anlageverhalten der deutschen Anleger im Laufe des Jahres in Bezug auf Wertpapieranlagen – die im Zuge der Erfahrungen in der Finanzmarktkrise zuvor tendenziell verkauft worden waren – wieder normalisiert. Nach dem Bundesverband Investment und Asset Management e.V. (BVI) investierten Anleger im Laufe des Jahres 2009 33,1 Mrd. € neu in Publikums- und Spezialfonds. Profitieren konnten hier insbesondere Aktienfonds, die einen Mittelzufluss von 14,6 Mrd. € aufwiesen. Dagegen haben Anleger 30,0 Mrd. € aus Geldmarktfonds abgezogen.

Insgesamt hat sich das Fondsvermögen deutscher Publikums- und Spezialfonds im abgelaufenen Geschäftsjahr um 13,0% auf 1.376 Mrd. € erhöht.

Das Vermögensmanagement der MLP-Gruppe hat seine Leistungsfähigkeit 2009 unter Beweis gestellt. Mit Hilfe der risikokontrollierten Investmentkonzepte der Anlageexperten unserer Tochtergesellschaft Feri Finance AG konnten die Verluste der Anleger im äußerst schwierigen Marktumfeld der Finanzkrise zunächst begrenzt werden. Mit Einsetzen des wieder freundliche-

ren Kapitalmarktklimas seit dem zweiten Quartal 2009 wurden dann alle Gewinnchancen für die Anleger genutzt. So hat sich das betreute Vermögen im vergangenen Jahr um 12,3% auf 12,8 Mrd. € gesteigert. Dies ist der bislang höchste Wert in der Geschichte des MLP-Konzerns (2008: 11,4 Mrd. €).

Wettbewerb

Der Finanzdienstleistungsmarkt in Deutschland ist durch einen harten Verdrängungswettbewerb gekennzeichnet: Banken, Kapitalanlagegesellschaften, Versicherungen, Vermögensberater, Strukturvertriebe, unabhängige Finanzberater usw. wetteifern um die Gunst der Kunden. Insgesamt ist der Markt sehr stark fragmentiert. Zudem machen der Branche neue Gesetzesvorschriften wie die EU-Vermittlerrichtlinie, die Markets in Financial Instruments Directive (MiFID) und das Versicherungsvertragsgesetz, die teilweise aus Gründen des Verbraucherschutzes eingeführt wurden, sowie stagnierende Provisionseinnahmen Probleme. Kleinere und mittlere Versicherungsbüros können den steigenden Anforderungen an Beratungsqualität und Finanzkraft kaum noch gerecht werden. Der Markt konsolidiert sich.

Die MLP-Gruppe hat die Marktkonsolidierung 2009 erneut genutzt, um ihren Marktanteil über Akquisitionen auszubauen. Nach der Übernahme von TPC, dem Spezialisten für betriebliche Altersvorsorge, durch unsere Tochtergesellschaft MLP Finanzdienstleistungen AG im Jahr 2008 wurde von dieser im Berichtsjahr der Finanzmakler ZSH übernommen. ZSH betreut vermögende Privatkunden, darunter viele Human- und Zahnmediziner, eine der Hauptzielgruppen der MLP-Gruppe. Mit diesen gezielten Zukäufen verstärkt die MLP-Gruppe ihre führende Rolle im Markt des unabhängigen Finanzvertriebs. Nach dem Tillinghast-Vertriebswege-Survey des Beratungsunternehmens Towers Perrin stuften 56% der Versicherungsunternehmen den unabhängigen Finanzvertrieb als die für sie wichtigste Vertriebsform ein. Kein anderer Vertriebskanal hat einen solchen Erfolg und so gute Wachstumsprognosen (siehe auch Prognosebericht).

Unternehmenssituation

Geschäftsmodell und Strategie

Die MLP-Gruppe ist das führende unabhängige Beratungshaus in Deutschland. Unterstützt durch ein umfangreiches Research berät die Gruppe Privat- und Firmenkunden sowie institutionelle Investoren ganzheitlich in sämtlichen wirtschaftlichen und finanziellen Fragestellungen. Kernpunkt des Beratungsansatzes ist die Unabhängigkeit von Versicherungen, Banken und Investmentgesellschaften. Gründungsidee und nach wie vor Basis des Geschäftsmodells ist die langfristige Beratung von Akademikern und anderen anspruchsvollen Kunden in Sachen Vorsorge, Vermögensmanagement, Gesundheit, Versicherung, Finanzierung und Banking. Vermögen ab 5 Mio. € betreut das Konzernunternehmen Feri Family Trust. Darüber hinaus berät die Gruppe institutionelle Investoren über die Feri Institutional Advisors GmbH. Unternehmen bietet die MLP-Gruppe – unterstützt von dem Konzernunternehmen TPC und dem Gemeinschaftsunternehmen HEUBECK-FERI Pension Asset Consulting GmbH – eine unabhängige Beratung und Konzeption in sämtlichen Themenkomplexen der betrieblichen Vorsorge und Vergütung sowie des Asset- und Risikomanagements.

Eine Kernkompetenz der MLP-Gruppe liegt in der unabhängigen und ganzheitlichen Beratung und Betreuung der Zielkundengruppe Akademiker und andere anspruchsvolle Kunden. Das Geschäftsmodell der Gruppe ist auf langfristige Kundenbeziehungen angelegt: Die Berater lernen ihre Kunden oft schon während des Studiums kennen und betreuen sie bis ins Rentenalter. Diese Nähe zum Kunden macht die Berater zum verlässlichen Finanzcoach der Kunden unserer Firmengruppe und ihrer Familien.

Finanzberater, die Akademiker und andere anspruchsvolle Kunden ein Leben lang in Finanzfragen betreuen wollen, müssen hervorragend ausgebildet sein und sich kontinuierlich weiterbilden. Deshalb hat im Geschäftsmodell der MLP-Gruppe die Corporate University eine herausragende Stellung. Unsere unternehmenseigene Bildungsstätte besitzt als eine von nur 15 Unternehmensakademien in Europa eine Akkreditierung bei der renommierten European Foundation for Management Development und stellt die Expertise der Berater sicher.

Die Leitlinien der MLP-Kundenberatung haben wir im Jahr 2009 in einem Beratungskodex fixiert. Die Leitlinien des Bundesverbandes Deutscher Banken zur Stärkung des Anlegervertrauens haben wir ebenfalls 2009 vollständig umgesetzt. Die Kunden der Unternehmensgruppe nehmen die Vorteile des ganzheitlichen und unabhängigen Beratungsansatzes wahr und empfehlen uns weiter. Der Kundenstamm unserer Gruppe ist infolgedessen auch im Berichtsjahr wieder größer geworden. Zum Jahresende hatte die MLP-Gruppe das Vertrauen von 785.500 Kunden. Damit ist unser Kundenstamm gegenüber dem Vorjahr um 7,9% angewachsen.

Strategie

Die MLP-Gruppe ist im deutschen Finanzdienstleistungsmarkt als unabhängiges Beratungshaus sehr gut positioniert. Wir sind auf die Wachstumsmärkte Alters- und Gesundheitsvorsorge sowie Vermögensmanagement fokussiert und streben an, ein höheres Wachstum als der Gesamtmarkt und dadurch einen höheren Marktanteil zu erzielen. Wenn wir die Chance haben, Unternehmen zuzukaufen, zögern wir nicht und nutzen die Gunst der Stunde. Voraussetzungen für eine Akquisition sind dabei ein akzeptabler Preis, Synergien auf der Umsatz- und Ertragsseite und eine Übereinstimmung mit der Kultur und dem Geschäftsmodell der MLP-Gruppe. Als grundsätzliche Akquisitionsziele haben wir die Steigerung unserer Vertriebskraft im deutschen Privatkundenmarkt und die Steigerung unseres für Kunden verwalteten Vermögens definiert.

2009 hat sich uns die Chance geboten, den unabhängigen Finanzmakler ZSH erwerben zu können. Wir haben das Unternehmen mit seinen vermögenden Privatkunden – darunter viele Human- und Zahnmediziner – durch die Tochtergesellschaft MLP Finanzdienstleistungen AG zu Jahresbeginn übernommen. Damit konnten wir unsere Vertriebskraft in Deutschland ausbauen und unseren Marktanteil im Zahnmedizinermarkt steigern.

Im Jahr zuvor bot sich für uns im Bereich betriebliche Altersvorsorge eine günstige Gelegenheit zum Ausbau unserer Marktanteile: Wir konnten durch die Tochtergesellschaft MLP Finanzdienstleistungen AG die TPC THE PENSION CONSULTANCY GmbH in Hamburg, den Marktführer im Bereich Branchenlösungen der betrieblichen Altersvorsorge übernehmen. Bereits 2006 haben

wir uns die Mehrheitsbeteiligung an der Feri Finance AG gesichert und damit den Einstieg ins Vermögensmanagement vollzogen.

Auch im Umfeld unserer Tochtergesellschaft Feri Finance AG sind in den kommenden Jahren Akquisitionen möglich. Das gilt insbesondere für den Sektor der Vermögensverwalter, der sich aufgrund der Finanzkrise und Veränderungen im Bankensektor in einer Bereinigungsphase befindet. Viele spezialisierte Vermögensverwalter und Fondsboutiquen suchen nach einem starken Partner. Auch im Geschäft mit institutionellen Kunden können wir uns Partnerschaften und externes Wachstum sehr gut vorstellen – vor allem zur weiteren Internationalisierung.

Auf der anderen Seite handeln wir ebenso entschlossen, wenn Märkte oder Investitionen unsere Ertragsvorgaben nicht erfüllen. Im Berichtsjahr war dies bei den Geschäftsaktivitäten unserer Tochtergesellschaft MLP Finanzdienstleistungen AG in Österreich und den Niederlanden der Fall. Die MLP Finanzdienstleistungen AG hat sich zum Ende des Geschäftsjahres 2009 aus Österreich und Anfang 2010 aus den Niederlanden zurückgezogen und konzentriert sich nun mit ganzer Vertriebskraft auf die Wachstumsmärkte im deutschen Finanzdienstleistungsmarkt: Alters- und Gesundheitsvorsorge und Vermögensmanagement.

Strategische Finanzierungsmaßnahmen planen wir aus heutiger Sicht für die absehbare Zukunft nicht. Durch die Kapitalerhöhung im Jahr 2008 ist die Kapitalausstattung und Liquidität des Konzerns sehr gut, so dass auch für Akquisitionen keine außerordentlichen Finanzierungsmaßnahmen notwendig wären.

Im Rahmen unserer Wachstumsstrategie im Vermögensmanagement haben wir in den letzten Jahren konsequent in die Leistungsfähigkeit unserer Vermögensverwaltungskonzepte investiert. Im Verbund mit unserer renommierten Tochtergesellschaft Feri Finance AG ist unsere Gruppe zum führenden unabhängigen Vermögensberater in Deutschland aufgestiegen. Wir können unseren Kunden heute professionelle Vermögensverwalter- und Vermögensberatungsleistungen anbieten, und zwar für Firmen und institutionelle Kunden ebenso wie für große Familienvermögen und junge Kunden, die zunächst mit kleinen Beträgen starten. Diese Angebotsbreite und -tiefe ist in der deutschen Finanzdienstleistungslandschaft selten.

Feri berät mehr als 1.000 institutionelle Kunden und 220 große Familienvermögen in einer Größenordnung von jeweils mindestens 5 Mio. € und konnte seinen Mandantenstamm auch über die Finanz- und Wirtschaftskrise hinweg ausweiten. Gleichzeitig wächst die Zahl der vermögenden Kunden im Kundenstamm der MLP Finanzdienstleistungen AG, die Vermögensverwaltung nachfragen. Mehr als 40% unserer Kunden waren 2009 der Altersklasse 40+ zuzurechnen. Aus den Studenten der Gründerjahre von MLP sind längst gut situierte Führungskräfte geworden, die Vermögensmanagementleistungen nachfragen. Die MLP-Gruppe hat sich auf die veränderte Nachfrage eingestellt und kann wohlhabenden Kunden mit der anerkannten Expertise von Feri höchste Vermögensmanagementqualität bieten.

Organisation und Struktur

Innerhalb des MLP-Konzerns hat die MLP AG die Holding-Funktion. Sie legt die strategischen Ziele fest und sichert die aufeinander abgestimmte Geschäftspolitik des Konzerns. Durch die Tochtergesellschaft MLP Finanzdienstleistungen AG verfügt der MLP-Konzern als einziger großer unabhängiger Finanzdienstleister über eine Vollbanklizenz und berät die Kunden als Makler unabhängig in sämtlichen Finanz-, Vorsorge- und Vermögensfragen.

Die operative Geschäftstätigkeit des Konzerns ist in Segmente unterteilt und wird im Wesentlichen über die beiden Tochtergesellschaften MLP Finanzdienstleistungen AG und die Feri-Gruppe ausgeführt. Zum Ende des Geschäftsjahres 2009 gehörten mehrheitlich folgende Unternehmen zum Konzern:

- MLP Finanzdienstleistungen AG mit einer ausländischen Niederlassung
- Feri Finance AG (einschließlich ihrer Tochtergesellschaften)
- TPC THE PENSION CONSULTANCY GmbH
- ZSH GmbH Finanzdienstleistungen

Darüber hinaus hält die MLP Finanzdienstleistungen AG seit Dezember 2007 49,8% an der MLP Hyp GmbH. Dieses Unternehmen wurde zusammen mit dem Immobilienfinanzierungsmakler Interhyp AG ins Leben gerufen, um die Vermittlung von Immobilienfinanzierungen über diese Plattform abzuwickeln.

Zudem haben sich bei unserer Tochtergesellschaft MLP Finanzdienstleistungen AG im Berichtsjahr folgende Änderungen ergeben:

- Im Januar 2009 wurde der unabhängige Finanzmakler ZSH mit Sitz in Heidelberg übernommen. ZSH wurde im Jahr 1973 gegründet und betreut vermögende Privatkunden sowie Human- und Zahnmediziner in sämtlichen Fragen der Vorsorge- und Finanzplanung.
- Im Rahmen der Fokussierung auf Wachstumsmärkte konzentriert sich das Privatkundengeschäft in Zukunft auf den Kernmarkt Deutschland. Aus diesem Grunde wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr die Tochtergesellschaft MLP Finanzdienstleistungen AG, Wien, Österreich, zum 31. Dezember 2009 an die AFSH GmbH, Wien, Österreich, einer Tochtergesellschaft der deutschen Aragon AG, verkauft. Aus dem gleichen Grunde wurde auch die Niederlassung in den Niederlanden Anfang 2010 an NBG B.V., Valkenswaard, Niederlande verkauft (siehe Nachtragsbericht).

Im Vorstand der MLP AG gab es im abgelaufenen Geschäftsjahr eine Veränderung. Mit Wirkung zum 1. März 2009 wurde der Vorstand um die Position des Chief Operating Officer (COO) erweitert. Dazu hat der Aufsichtsrat am 16. Februar 2009 Ralf Schmid als neues Vorstandsmitglied bis zum 31. Dezember 2012 bestellt.

Angaben gemäß § 289 Abs. 4 HGB

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt am Stichtag 31. Dezember 2009 107.877.738 € und ist eingeteilt in 107.877.738 auf den Inhaber lautende Stammstückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 1 € je Aktie.

Der MLP AG wurden zwei Beteiligungen mitgeteilt, die direkt oder indirekt 10 vom Hundert der Stimmrechte überschreiten:

	Anzahl Aktien*	Beteiligung*
Dr. h.c. Manfred Lautenschläger ¹	25.205.534 ¹⁾	23,36%
Angelika Lautenschläger Beteiligungen Verwaltungs GmbH	22.618.932	20,97%

* der MLP AG bekannter Stand zum 31. Dezember 2009

1) Gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG sind Herrn Dr. h.c. Manfred Lautenschläger davon 22.618.932 Stimmrechte (= 20,97% am Grundkapital der MLP AG) von der Angelika Lautenschläger Beteiligungen Verwaltungs GmbH zuzurechnen.

Die Satzung sieht vor, dass der Vorstand aus mindestens zwei Personen besteht. Die Mitglieder des Vorstands werden höchstens für fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied vor Ablauf der Amtszeit widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ein solcher Grund ist namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung.

Über die Zahl der Vorstandsmitglieder, ihre Bestellung und den Widerruf ihrer Bestellung sowie den Abschluss, die Änderung und die Kündigung der mit den Vorstandsmitgliedern abzuschließenden Anstellungsverträge entscheidet der Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat kann einen Vorstandsvorsitzenden und einen oder mehrere stellvertretende Vorstandsvorsitzende ernennen.

Gemäß § 179 Abs. 1 AktG bedarf jede Satzungsänderung eines Beschlusses der Hauptversammlung. Abweichend von § 179 Abs. 2 Satz 1 AktG sieht § 17 Abs. 4 der Satzung vor, dass Beschlüsse zur Satzungsänderung durch die Hauptversammlung mit einfacher Mehrheit der Stimmen des bei der Beschlussfassung stimmberechtigten Grundkapitals gefasst werden können, soweit nicht nach zwingenden gesetzlichen Vorschriften eine größere Mehrheit erforderlich ist.

Der Vorstand ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom 31. Mai 2006 ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 30. Mai 2011 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlage einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 21.000.000 € zu erhöhen und mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre bei Aktiengängen gegen Sacheinlagen auszuschließen.

Wird das Grundkapital gegen Bareinlagen erhöht, ist den Aktionären ein Bezugsrecht zu gewähren. Der Vorstand wurde jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht

der Aktionäre auszuschließen, wenn der Ausgabebetrag den Börsenpreis von Aktien der Gesellschaft gleicher Ausstattung nicht wesentlich unterschreitet. Diese Ermächtigung gilt jedoch nur mit der Maßgabe, dass die unter Ausschluss des Bezugsrechts gem. § 186 Abs. 3 S. 4 AktG ausgegebenen Aktien insgesamt 10% des Grundkapitals nicht überschreiten dürfen, und zwar weder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens noch im Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung (genehmigtes Kapital). Der Vorstand der MLP AG hat am 21. August 2008 mit Zustimmung des Aufsichtsrats eine teilweise Ausübung des genehmigten Kapitals beschlossen und gegen Bareinlagen in Höhe von 123.763.290 € 9.799.152 neue Stammaktien unter Ausschluss des Bezugsrechts aus dem vorgenannten genehmigten Kapital ausgegeben und das Grundkapital entsprechend um 9.799.152 € erhöht.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 16. Juni 2009 ist die Gesellschaft gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG des Weiteren ermächtigt, bis zum 15. Dezember 2010 bis zu 10% des Grundkapitals im Zeitpunkt der Ermächtigung zu erwerben. Auf der Grundlage dieser Ermächtigung hat die Gesellschaft bis zum 31. Dezember 2009 keine Aktien erworben.

Im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Mehrheitsbeteiligung an der Feri Finance AG hat die MLP AG im Jahr 2007 Optionsrechte ausgeübt, die zu einem Erwerb der restlichen Aktien im Jahr 2011 führen. Für den Fall, dass bis zum 31. Dezember 2010 ein Dritter mindestens 51% des gesamten Grundkapitals der MLP AG erwirbt und die Stimmrechte aus diesen Aktien in der auf den Erwerb folgenden oder einer späteren Hauptversammlung ausübt, steht den Verkäufern der Optionsrechte ein Mindestkaufpreis zu, soweit der Aktienerwerb die Undurchführbarkeit des zwischen MLP und Feri vereinbarten Geschäftsmodells zur Folge hat.

Die Dienstverträge zwischen der Gesellschaft und dem Vorstandsvorsitzenden Herrn Dr. Uwe Schroeder-Wildberg und den Mitgliedern des Vorstands, den Herren Gerhard Frieg, Muhyddin Suleiman und Ralf Schmid enthalten eine Klausel, wonach sie für den Fall, dass ein Dritter, der im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses weniger als 10% an MLP beteiligt war, eine Beteiligung von mindestens 50% der Stimmrechte erwirbt, berechtigt sind, ihren Vertrag mit einer Frist von einem Monat zu kündigen. Üben sie dieses Kündigungsrecht aus, ist MLP verpflichtet, ihnen eine Vergütung zu bezahlen, die dem vierfachen eines Jahresfestgehalts entspricht, wenn der Vertrag nicht von ihnen infolge des „change of control“ gekündigt worden wäre, sofern die Kündigung des Vertrages mehr als zwei Jahre vor der regulären Beendigung des Vertrages erfolgt. Die Dienstverträge von Herrn Dr. Schroeder-Wildberg und Herrn Ralf Schmid haben jeweils eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2012, von Herrn Frieg bis 18. Mai 2012 und von Herrn Suleiman bis zum 03. September 2012. Bei Beendigung des Vertrages in den zwei Jahren vor der regulären Beendigung, wird die Abfindung nur pro-rata-temporis geschuldet.

Angaben gemäß § 289 a Handelsgesetzbuch (HGB)

Die Angaben zur Unternehmensführung nach § 289a HGB haben wir auf unserer Internetseite www.mlp-ag.de unter der Rubrik Corporate Governance zugänglich gemacht. Zusätzlich sind sie im Corporate Governance-Bericht in diesem Geschäftsbericht enthalten.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2009 wurden sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 23,9 Mio. € (19,7 Mio. €) erzielt. Im Wesentlichen ist der Anstieg bedingt durch Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Der Personalaufwand ist im Berichtszeitraum mit 4,5 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Auch die Abschreibungen lagen in der Berichtsperiode mit 4,9 Mio. € exakt auf dem Vorjahresniveau.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen der MLP AG sind im Berichtszeitraum um 1,5 Mio. € auf 16,3 Mio. € zurückgegangen. Hierbei sind insbesondere die übrigen betrieblichen Aufwendungen um 27,4% auf 4,5 Mio. € gesunken. Im Vorjahr enthielt diese Position eine Zuführung zu Rückstellungen für Risiken aus einer Betriebsprüfung.

Das Finanzergebnis stieg in der Berichtsperiode um 4,1 Mio. € auf 46,8 Mio. € an. Dabei waren die Erträge aus Beteiligungen (Gewinnausschüttung der Feri Finance AG) und die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen (MLP Finanzdienstleistungen AG) rückläufig. Ebenfalls negativ entwickelten sich die Zinsen und ähnliche Aufwendungen. Dagegen trugen die in der Berichtsperiode wesentlich geringeren Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens maßgeblich zu dieser Verbesserung bei. Dieser Posten enthielt im Vorjahr Abschreibungen auf eigene Aktien.

Insgesamt erhöhte sich damit das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 35,5 Mio. € auf 45,0 Mio. €. Der Steueraufwand lag im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 17,4 Mio. € (16,0 Mio. €) leicht höher.

Demnach beläuft sich der Jahresüberschuss im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 27,6 Mio. € (19,5 Mio. €).

Im Wesentlichen wird die Ertragslage der MLP AG durch die Geschäftsentwicklung der größten Tochtergesellschaft MLP Finanzdienstleistungen AG – mit der ein Ergebnisabführungsvertrag besteht – beeinflusst.

Beteiligungen

Die Provisionserträge der MLP Finanzdienstleistungen AG, die den wesentlichen Teil der Umsätze der Gesellschaft ausmachen, gingen in der Berichtsperiode von 472,3 Mio. € auf 424,6 Mio. € zurück. Dies ist im Wesentlichen auf einen Rückgang der Provisionserlöse in den Bereichen Altersvorsorge und Vermögensmanagement zurückzuführen. Diese Bereiche waren von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise besonders stark betroffen. Aufgrund der unsicheren Wirtschaftslage waren Kunden bei langfristigen Altersvorsorge- und Investitionsentscheidungen sehr zurückhaltend. Trotz des deutlichen Rückgangs bei den Erlösen ist es durch Kosteneinsparungen gelungen, den Ergebnisrückgang der normalen Geschäftstätigkeit zu begrenzen. Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit beläuft sich auf 39,7 Mio. € (46,5 Mio. €).

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden 41,8 Mio. € (46,8 Mio. €) an die MLP AG abgeführt.

Die Geschäftsentwicklung der Feri-Gruppe war in der Berichtsperiode im Wesentlichen bedingt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise rückläufig. Die Gesamterträge gingen auf 38,8 Mio. € (46,4 Mio. €) zurück und es wurde ein Ergebnis der betrieblichen Geschäftstätigkeit (EBIT) in Höhe von 0,1 Mio. € (5,7 Mio. €) erzielt (Zahlen aus dem MLP-Konzernabschluss nach IFRS).

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der MLP AG hat sich von 453,5 Mio. € zum Ende des Geschäftsjahres 2008 auf 455,7 Mio. € zum Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres erhöht.

Auf der Aktivseite der Bilanz ist das Anlagevermögen im Wesentlichen bedingt durch planmäßige Abschreibungen nur geringfügig von 218,8 Mio. € auf 215,0 Mio. € zurückgegangen.

Die Position „Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände“ ist in der Berichtsperiode nahezu unverändert. Sie belief sich zum Jahresende 2009 auf 78,3 Mio. € (78,9 Mio. €). Dabei sind die Forderungen gegen verbundene Unternehmen im Wesentlichen bedingt durch die niedriger als im Vorjahr ausgefallene Gewinnabführung der MLP Finanzdienstleistungen AG von 46,3 Mio. € auf 36,8 Mio. € zurückgegangen. Gegenläufig wirkte der Anstieg der sonstigen Vermögensgegenstände von 32,6 Mio. € auf 41,5 Mio. €.

Die Position „sonstige Wertpapiere“ hat im Wesentlichen durch die Umschichtung längerfristiger Anlagen in liquide Mittel von 31,2 Mio. € auf 16,9 Mio. € abgenommen.

Die Position „Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks“ ist deutlich von 124,5 Mio. € auf 145,3 Mio. € angestiegen. Wesentliche Veränderungen wurden durch die Gewinnabführung unserer Tochtergesellschaft MLP Finanzdienstleistungen AG für das Geschäftsjahr 2008, die Zahlung von Steuern und die Dividende für das Geschäftsjahr 2008 verursacht.

Auf der Passivseite der Bilanz verringerte sich das Eigenkapital um 0,6% auf 425,1 Mio. €. Die Veränderung ist auf den geringer als im Vorjahr ausgefallenen Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2009 in Höhe von 27,6 Mio. € (30,2 Mio. €) zurückzuführen.

Die Rückstellungen lagen in der Berichtsperiode mit 18,1 Mio. € (19,4 Mio. €) auf dem Niveau des Vorjahres.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr erhöhten sich die Verbindlichkeiten der MLP AG insbesondere durch den Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und den sonstigen Verbindlichkeiten von 6,5 Mio. € auf 12,5 Mio. €. Sämtliche Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Liquidität, Dividende und Aktienrückkaufprogramm

Zum Bilanzstichtag verfügte die MLP AG über liquide Mittel in Höhe von 145,3 Mio. € (124,5 Mio. €). Liquiditätserhöhend wirkte sich unter anderem die Ergebnisabführung der Tochtergesellschaft MLP Finanzdienstleistungen AG für das Geschäftsjahr 2008 in Höhe von 46,8 Mio. € aus. Die liquiden Mittel reduzierten sich durch die Zahlung der Dividende für das Geschäftsjahr 2008. Diese belief sich auf 0,28 € je Aktie (Gesamtvolumen 30,2 Mio. €). Des Weiteren reduzierten Steuerzahlungen in Höhe von 17,1 Mio. € die liquiden Mittel.

Es entspricht nach wie vor der Unternehmenspolitik von MLP, die Aktionäre angemessen am Erfolg zu beteiligen. Dividendenzahlungen erfolgen je nach Finanz- und Ertragslage sowie nach dem zukünftigen Barmittelbedarf. Vorstand und Aufsichtsrat der MLP AG schlagen der Hauptversammlung 2010 vor, die Dividende von 0,28 € je Aktie für das Geschäftsjahr 2008 auf 0,25 € je Aktie für das Geschäftsjahr 2009 zu reduzieren.

Vergütungsbericht

Die Gesamtvergütung des Vorstands setzt sich aus mehreren Vergütungsbestandteilen zusammen. Hierbei handelt es sich um feste und variable Vergütungen, Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sowie um Altersversorgungen.

Aufsichtsratsmitglieder erhalten neben dem Ersatz ihrer Auslagen eine feste Vergütung. Nähere Einzelheiten einschließlich der individualisierten Vergütungen enthält der Vergütungsbericht, der im Kapitel „Corporate Governance“ in diesem Geschäftsbericht zu finden ist. Dieser Vergütungsbericht ist Bestandteil des Lageberichts.

Risikobericht 2009

Die MLP AG ist für die Risikoorganisation des MLP-Konzerns verantwortlich. Das Ergebnis der MLP AG ist primär beeinflusst von den Erträgen der einzelnen Tochtergesellschaften. Die nachfolgenden Ausführungen sind deshalb insbesondere auf den MLP-Konzern ausgerichtet.

Risikomanagement

Zielsetzung

Unternehmerisches Handeln ist untrennbar mit der Übernahme von Risiken verbunden. Risiko heißt für die MLP AG die Gefahr möglicher Verluste oder entgangener Gewinne. Diese Gefahr kann durch interne oder externe Faktoren ausgelöst werden. Da es nicht möglich sein wird, alle Risiken zu eliminieren, muss das Ziel ein der Renditeerwartung angemessenes Risiko sein. Risiken sollen so früh wie möglich erkannt werden, um schnell und in angemessenem Umfang darauf reagieren zu können. Das konzernweite Risikofrüherkennungs- und Überwachungssystem wird für die qualifizierte und zeitnahe Identifizierung aller wesentlichen Risiken, deren Quantifizierung sowie deren Aggregation und Bewertung als Grundlage für ein konzernweites aktives Risikomanagement und -controlling eingesetzt. Hierdurch wird eine angemessene Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der wesentlichen Risiken gewährleistet. Das Risikomanagement ist in das wertorientierte Führungs- und Planungssystem

der MLP eingebettet. Darüber hinaus soll die im Unternehmen verankerte Risikokultur nachhaltig gestärkt und eine bereichsübergreifende Kommunikation risikorelevanter Sachverhalte stetig gefördert werden.

Risikogrundsätze

Der Vorstand legt die Geschäfts- und Risikostrategie und hieraus abgeleitet die Risikobereitschaft auf Konzernebene unter Beachtung der Risikotragfähigkeit fest. Hieraus werden Rahmenbedingungen für die Risikonahme und das Risikomanagement im Konzern abgeleitet. Die Risikobereitschaft wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Die nachfolgenden in Konsistenz zur Geschäftsstrategie stehenden Grundsätze beschreiben die zentralen Rahmenbedingungen für das Risikomanagement- und -controllingsystem des MLP-Konzerns:

Der Vorstand ist für die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation und deren Weiterentwicklung verantwortlich:

Der Vorstand ist, unabhängig von der internen Zuständigkeitsregelung, für die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation und deren Weiterentwicklung verantwortlich. Diese Verantwortung umfasst die Festlegung angemessener Strategien und die Einrichtung angemessener interner Kontrollverfahren und somit die Verantwortung für alle wesentlichen Elemente der Risikostrategie. Darüber hinaus liegt in der Verantwortung des Vorstands die Umsetzung der Strategien sowie die damit verbundene Beurteilung der Risiken und die zur ihrer Begrenzung die Erreichung und Überwachung von erforderlichen Maßnahmen.

Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Risikostrategie:

Der Vorstand legt die Risikostrategie für den MLP-Konzern fest. Die Risikostrategie spiegelt die Risikobereitschaft bzw. die „Risikotoleranz“ angesichts der angestrebten Höhe des Risiko-/Performance-Verhältnisses wider. Der Vorstand stellt dabei sicher, dass ein alle Risikoarten umfassender Ansatz in das Unternehmen integriert ist und geeignete Schritte zur Umsetzung der Risikostrategie unternommen werden.

Die MLP AG fördert ein starkes Risikobewusstsein und lebt eine ausgeprägte Risikokultur:

Ein starkes, alle Bereiche umfassendes Risikobewusstsein und eine entsprechende Risikokultur werden durch adäquate Organisationsstrukturen gefördert. Risikobewusstsein über den eigenen Zuständigkeitsbereich hinaus ist unerlässlich. Die Angemessenheit des Risikomanagement- und -controllingsystems wird laufend überprüft, gegebenenfalls erforderliche Anpassungen werden zeitnah durchgeführt. Adäquate Datensicherheit und Qualitätsstandards sind etabliert und werden einer laufenden Überprüfung unterzogen.

Die MLP AG verfolgt eine umfassende Risikokommunikation und -berichterstattung:

Erkannte Risiken werden offen und uneingeschränkt an die betreffende Führungsebene berichtet. Der Vorstand wird umfassend und rechtzeitig (falls erforderlich ad hoc) über das Risikoprofil der relevanten Risiken sowie über Gewinne und Verluste informiert. Der Aufsichtsrat wird vierteljährlich umfassend schriftlich über die Risikosituation des Unternehmens unterrichtet. Unter

Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen erhält der Aufsichtsrat unverzüglich zur Kenntnis.

Risikokapitalmanagement

Das Risikokapitalmanagement ist ein integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Durch die aktive Steuerung der ökonomischen Kapitaladäquanz auf Basis der internen Risikomesswerte sowie der aufsichtsrechtlichen Anforderungen ist sichergestellt, dass die Risikonahme jederzeit im Einklang mit der Kapitalausstattung steht.

Risiken werden nur innerhalb von aus Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten abgeleiteten Limiten übernommen, um unter Berücksichtigung von Risiko- / Return-Aspekten Renditen zu erzielen. Damit sollen insbesondere existenzgefährdende Risiken vermieden werden.

Der Vorstand legt auf der Grundlage der geschäftspolitischen Ziele die Kapitalausstattung fest und steuert das Risikoprofil in einem angemessenen Verhältnis zur Risikodeckungsmasse. Dabei wird im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse die Risikodeckungsmasse fortlaufend den mit unserer Geschäftstätigkeit verbundenen Risikopotenzialen gegenübergestellt. Davon ausgehend hat der Vorstand die geltenden Verlustobergrenzen je Risikoart sowie insgesamt bestimmt.

Zusätzlich werden zur besonderen Analyse von extremen Marktbewegungen Szenarioanalysen durchgeführt. Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen auf die Vermögenspositionen der MLP AG. Im Rahmen dieser Analysen werden auch die marktwertigen Auswirkungen auf die Bilanz- und GuV-Positionen untersucht. Die Auswirkungen der Szenarien werden für jedes Risiko den zugeteilten Limiten gegenübergestellt. Der Vorstand wird über die Ergebnisse der Szenarioanalysen regelmäßig informiert. Die im Berichtsjahr durchgeführten Szenarioanalysen zeigten, dass die Risikotragfähigkeit auch bei extremen Marktbedingungen gegeben war.

Das ökonomische Kapitalmanagement basiert auf den internen Risikomessmethoden. Diese berücksichtigen die für die MLP AG wesentlichen Risikoarten. Die finanzwirtschaftlichen Risiken werden dabei mit Value-at-Risk-Ansätzen bzw. mit Ansätzen gemessen, die ein vergleichbares Verlustpotenzial zum Ausdruck bringen. Das operationelle Risiko wird mit dem aufsichtsrechtlichen Basisindikatoransatz gemessen.

Organisation

Funktionstrennung

Unser Risikomanagement im Rahmen der internen Kontrollverfahren folgt klar definierten Grundsätzen, welche im gesamten MLP-Konzern verbindlich anzuwenden sind und deren Einhaltung wir fortlaufend überprüfen. Eine klare aufbau- und ablauforganisatorische Trennung zwischen den einzelnen Funktionen und Tätigkeiten des Risikomanagements wird dabei sichergestellt.

Die Risikoorganisation und die damit einhergehenden Aufgaben und Verantwortlichkeiten im Rahmen des Risikomanagements haben wir sowohl auf Konzernebene als auch auf der Ebene der Konzerngesellschaften in Übereinstimmung mit aufsichtsrechtlichen Vorgaben definiert und dokumentiert. Die Struktur der Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Risikocontrollingprozesse werden regelmäßig durch die Interne Revision überprüft und beurteilt und an interne und externe Entwicklungen zeitnah angepasst.

Leiter Finanzressort fungiert als Konzern-Risiko-Manager

Der Leiter Finanzressort der MLP AG ist als Konzern-Risiko-Manager für die Risikosteuerungsaktivitäten im MLP-Konzern verantwortlich. Er wird fortlaufend über die Risikosituation im MLP-Konzern informiert und berichtet diese regelmäßig an den Vorstand und den Aufsichtsrat.

Risikosteuerungs- und -controllingprozesse

Die Risikosteuerung des MLP-Konzerns und deren dezentrale operative Umsetzung in den risikotragenden Geschäftseinheiten erfolgt auf Grundlage der Risikostrategie. Die für die Risikosteuerung verantwortlichen Einheiten treffen Entscheidungen zur bewussten Akzeptanz, Reduzierung, Übertragung oder Vermeidung von Risiken. Dabei beachten sie die zentral vorgegebenen Rahmenbedingungen.

Insbesondere das Risikocontrolling ist für die Identifikation und Beurteilung von Risiken sowie die Überwachung der Verlustobergrenzen verantwortlich. Damit einher geht die Berichterstattung der Risiken an den Vorstand und an die risikotragenden Geschäftseinheiten.

Angemessene Frühwarnsysteme unterstützen die Überwachung der Risiken, identifizieren potenzielle Probleme im Frühstadium und ermöglichen damit eine zeitnahe Maßnahmenplanung.

Durch entsprechende Richtlinien und eine effiziente Überwachung wird zudem sichergestellt, dass regulatorische Anforderungen an das Risikomanagement und -controlling von den Konzerngesellschaften eingehalten werden.

Die im MLP-Konzern eingesetzten Methoden zur Risikobeurteilung entsprechen dem aktuellen Erkenntnisstand und orientieren sich an der Praxis der Bankenbranche sowie den Empfehlungen der Bankenaufsicht. Die mit den Risikomodellen ermittelten Ergebnisse sind zur Steuerung der Risiken uneingeschränkt geeignet. Die Messkonzepte unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung durch das Risikocontrolling sowie durch die interne Revision und Wirtschaftsprüfer. Trotz sorgfältiger Modellentwicklung und regelmäßiger Kontrolle können dennoch Konstellationen entstehen, die zu höheren Verlusten führen als durch die Risikomodelle prognostiziert.

Konzern-Controlling überwacht Ergebnisrisiken

Das Konzern-Controlling ist aufgeteilt in ein operatives und ein strategisches Controlling. Das operative Konzern-Controlling ist für die fortlaufende Überwachung der kurzfristigen Ergebnisrisiken verantwortlich. Dabei werden Ergebniskennzahlen den entsprechenden Plangrößen gegenübergestellt und hieraus Vorschläge für Steuerungsmaßnahmen an den Vorstand abgeleitet.

Der Analysehorizont des strategischen Controllings umfasst die nächsten drei bis fünf Jahre. Dabei werden Umsatz- und Ergebnistrends insbesondere unter Berücksichtigung von Veränderungen wirtschaftlicher oder gesetzlicher Rahmenbedingungen analysiert und in Zielgrößen für die einzelnen Geschäftsbereiche überführt. Entsprechende Simulationen machen potenzielle Ertragsrisiken in den strategisch maßgeblichen Geschäftsbereichen für den Vorstand transparent.

Kontroll- und Risikomanagementsystem im Rechnungslegungsprozess

Das Konzernrechnungswesen ist zentraler Ansprechpartner in allen Bilanzierungsfragen sowohl auf Einzelgesellschafts- wie auf Konzernebene. Die Finanzbuchhaltung fungiert als zentrale Verarbeitungsstelle aller rechnungsrelevanten Informationen. Den korrekten Arbeitsablauf unterstützen Stellenbeschreibungen, Stellvertreterregelungen und Arbeitsanweisungen. Ergänzend stehen Prozessbeschreibungen sowie diverse Checklisten zur Verfügung. Sämtliche vorgenannten Regelungen sowie Anweisungen sind im Organisationshandbuch veröffentlicht, welches permanent aktualisiert wird und jedem Mitarbeiter zugänglich ist. Zur Vermeidung von dolosen Handlungen und Missbrauch gibt es Funktionstrennungen sowie laufende und nachgelagerte Kontrollen im Sinne eines „Vier-Augen-Prinzips“. Die Bilanzierung nach der aktuellen Rechtslage wird durch die laufende Fortbildung der Mitarbeiter sichergestellt.

Interne Revision

Ein wichtiges Element des Risikomanagementsystems ist die interne Revision, die konzernweit Überwachungs- und Kontrollaufgaben wahrnimmt. Sie führt hinsichtlich der Einhaltung gesetzlicher, aufsichtsrechtlich und interner Vorgaben systematisch und regelmäßig risikoorientierte Prüfungen durch. Darüber hinaus überwacht die interne Revision sowohl die Funktionstrennung und Wirksamkeit des Risikomanagementsystems als auch die Behebung der getroffenen Prüfungsfeststellungen. Die in den Mindestanforderungen an das Risikomanagement festgelegten besonderen Anforderungen an die Ausgestaltung der internen Revision werden konzernweit erfüllt.

Die interne Revision arbeitet im Auftrag des Vorstandes weisungsfrei und unbeeinflusst als konzernweit zuständige prozessunabhängige Instanz. Bei der Berichterstattung und der Wertung der Prüfungsergebnisse agiert die Revision ebenfalls weisungsungebunden.

Risikoberichterstattung

Eine aussagekräftige Risikoberichterstattung ist die Basis für eine sachgerechte Steuerung. Hierzu besteht ein umfassendes internes Reporting-System, das eine zeitnahe Information der Entscheidungsträger über die aktuelle Risikosituation sicherstellt. Risikoreports werden in festgelegten Intervallen generiert oder, wenn notwendig, ad-hoc erstellt. Dabei werden insbesondere die Einhaltung der Risikotragfähigkeit und die Risikoauslastung betrachtet. Darüber hinaus bilden Planungs-, Simulations- und Steuerungsinstrumente mögliche positive und negative Entwicklungen auf die wesentlichen Wert- und Steuerungsgrößen des Geschäftsmodells und ihre Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ab.

Adressaten der Risikoberichterstattung sind die steuernden Einheiten, der Vorstand sowie der Aufsichtsrat. Die Adressaten werden zeitnah über Veränderungen von relevanten Einflussfaktoren umfänglich informiert. Die Methodenhoheit sowie die inhaltliche Verantwortung für das Risikoreporting liegen im Bereich Risikocontrolling.

Darstellung der Risiken

Finanzwirtschaftliche Risiken

Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko ist das Risiko eines Verlusts oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Geschäftspartners. Das Adressenausfallrisiko umschließt das Kontrahentenrisiko (Risiko aus dem klassischen Kreditgeschäft, Wiedereindeckungsrisiko sowie Vorleistungs- und Abwicklungsrisiko) und das spezifische Länderrisiko, welches derzeit allerdings für die MLP AG nur von nachrangiger Bedeutung ist.

Wesentliche Länderrisiken gemäß § 327 Abs 2 Nr. 2 SolvV bestehen nicht, da sich die Kreditvergabe hauptsächlich auf in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Kreditnehmer beschränkt. Das geografische Hauptgebiet der kredittragenden Instrumente ist überwiegend die Bundesrepublik Deutschland.

Zur Vermeidung von kumulierten Risiken („Konzentrationsrisiken“), verfolgt der MLP-Konzern prinzipiell eine Diversifikations- und Risikovermeidungsstrategie. So werden die Anlagen in Anleihen, Schuldscheinen und sonstigen Finanzinstrumenten der Forderungsklasse Unternehmen in verschiedene Branchen diversifiziert. Für die einzelnen Branchen und Emittenten haben wir über unsere Kapitalanlagerichtlinie verbindliche Anlagehöchstgrenzen definiert.

Zudem besteht ein Emittentenrisiko aus erworbenen Anleihen, Schuldscheinen und sonstigen Finanzinstrumenten. Das Risiko eines Ausfalls von Emittenten, deren Wertpapiere wir im Rahmen des Kapitalanlagemanagements erworben haben, vermindern wir - auch vor dem Hintergrund der aktuellen Marktentwicklung - über die festgelegten Bonitätsanforderungen der Kapitalanlagerichtlinie.

Sofern verfügbar, legt die Gesellschaft den Entscheidungen im Bereich der Finanzanlagen unter anderem externe Ratings zugrunde. Im Rahmen der internen Risikosteuerung nutzt der MLP-Konzern für die relevanten Forderungsklassen Staaten, Banken und Unternehmen Ratings der Ratingagenturen Moody's, Fitch und Standard & Poor's.

Den Ausfallrisiken wird aus unserer Sicht angemessen Rechnung getragen.

Marktpreisrisiken

Die Marktpreisrisiken setzen sich aus dem Marktpreisrisiko im engeren Sinne und dem Marktliquiditätsrisiko zusammen.

Das Marktpreisrisiko im engeren Sinne ist die Gefahr eines Verlustes, der aufgrund nachteiliger Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussender Parameter eintreten kann. Zum Marktpreisrisiko zählen das Zinsrisiko, Währungsrisiko, Aktienkursrisiko und Rohwarenrisiko.

Das Marktliquiditätsrisiko ist die Gefahr eines Verlusts, der aufgrund nachteiliger Veränderungen der Marktliquidität – zum Beispiel durch Marktstörungen – eintreten kann.

Im MLP-Konzern entstehen Marktrisiken im Wesentlichen aus der unvollständigen Kongruenz der Zinsvereinbarungen zwischen den gewährten Krediten und deren Refinanzierung. Weiterhin entstehen Marktpreisrisiken in geringem Umfang aus Eigengeschäftsaktivitäten.

Mögliche Auswirkungen unterschiedlicher Zinsentwicklungsszenarien werden über Planungs- und Simulationsrechnungen abgebildet. Basis hierfür ist unser Zinsmanagement-Tool, das Risiken und deren Auswirkungen unter Annahme vielschichtiger Zinsszenarien transparent macht.

In diesem Rahmen werden auch die Barwertveränderungen aller Positionen des Anlagebuchs im Verhältnis zu den Eigenmitteln unter Ansatz der seitens der Bankenaufsicht vorgegebenen Zinsschritte abgebildet. Die Simulation erfolgt automatisiert über alle zinstragenden und zinsensitiven Positionen. Somit wird die Steuerung des Zinsrisikos sichergestellt. Dabei blieb die ermittelte Wertveränderung im Berichtszeitraum stets unter der Schwelle von 20 % der Eigenmittel, deren Überschreiten nach den Vorgaben der Bankenaufsicht eine Meldepflicht seitens des Instituts auslöst.

Im Bestand befindliche Aktien, Anleihen, Schuldscheindarlehen und Fonds können durch Marktzinsschwankungen oder Bonitätsveränderungen einem Kursrisiko ausgesetzt sein. Über eine ständige Überwachung und Bewertung unseres Portfolios werden mögliche Ergebnisauswirkungen starker Kursschwankungen frühzeitig adressiert. So stellen wir eine zeitnahe Reaktion auf Marktveränderungen sicher.

Der Ausweis der Eigenkapitalanforderungen für Marktrisiken gem. § 330 SolvV ist für den MLP-Konzern nicht relevant. Es bestehen unwesentliche Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken.

Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiko ist die Gefahr, dass Geldmittel zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit ist die Kernfunktion unserer Liquiditätssteuerung, die insbesondere über eine tägliche Disposition erfolgt. Regelmäßig werden neben möglichen Cash-Flow-Szenarien auch die aktualisierte Neugeschäftsplanung, die Investitionsplanung sowie sonstige Kapitalbewegungen berücksichtigt. Die Steuerung der in unserem Bestand befindlichen Finanzinstrumente der Liquiditätsreserve erfolgt durch eine barwertige Betrachtung unserer Finanzmittel und deren mögliche Entwicklung unter verschiedenen Zinsszenarien.

Die Grundlagen der Liquiditätssteuerung und -planung sind in den internen Kapitalanlagerichtlinien definiert. Zur Absicherung einer möglichen kurzfristigen Liquiditätsunterdeckung haben

wir zusätzlich angemessene Kreditlinien im kurz- und mittelfristigen Laufzeitbereich mit verschiedenen Kreditinstituten vereinbart.

Die angewandten Verfahren werden regelmäßig einer Überprüfung unterzogen und gegebenenfalls angepasst.

Operationelle Risiken

Operationelles Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein.

Die operationellen Risiken werden dezentral konzernweit in den einzelnen Organisationseinheiten identifiziert und bewertet. Hierzu wird zum einen mindestens jährlich eine Risikoinventur durchgeführt, in deren Rahmen die wesentlichen Risiken des Unternehmens analysiert werden. In diesem Rahmen beurteilen Experten aller Fachbereiche das operationelle Risiko im Rahmen von Self-Assessment-Prozessen, die sich in eine Risikopotentialeinschätzung zur Identifikation und Beurteilung der wesentlichen Risiken sowie in daraus resultierende Maßnahmenvorschläge gliedern. Weiterhin werden die im MLP-Konzern auftretenden Schäden laufend erfasst und analysiert. Die Sammlung der Schadensdaten ermöglicht es, Verlustereignisse zu identifizieren und zu beurteilen, um so Trends und Konzentrationen operationeller Risiken erkennen zu können. Die Ergebnisse werden im Risikocontrolling zusammengeführt, plausibilisiert und dem Vorstand sowie den steuernden Einheiten zur Verfügung gestellt.

Der MLP-Konzern verwendet derzeit für die Bestimmung des Anrechnungsbetrages für operationelle Risiken den Basisindikatoransatz gemäß §§ 270 ff. SolvV. Gemäß § 331 SolvV wird nachfolgend das Verfahren zur Ermittlung der für die operationellen Risiken zu unterlegenden Eigenmittel erläutert. Im Rahmen des Basisindikatoransatzes erfolgt die Ermittlung des aufsichtsrechtlichen Anrechnungsbetrages für das operationelle Risiko nach einem festgelegten Ermittlungsschema. Der Anrechnungsbetrag beträgt danach 15 % der durchschnittlichen Bruttoerträge der letzten drei Geschäftsjahre, wobei nur positive Bruttoerträge berücksichtigt werden.

Risiken aus Internen Verfahren

Die Aufbau- und Ablauforganisation des MLP-Konzerns ist umfassend im Organisationshandbuch verbindlich geregelt.

Die Verminderung des operationellen Risikos aus internen Verfahren und damit einhergehend eine Verringerung der Verlusthäufigkeit und -höhe wird in erster Linie durch die laufende Verbesserung der Geschäftsprozesse erreicht. Weitere Sicherungsmaßnahmen sind u. a. der Risikotransfer durch den Abschluss von Versicherungen und der Verzicht auf risikoträchtige Produkte. Darüber hinaus stehen zur Sicherung der Fortführung des Geschäftsbetriebes für die wesentlichen Bereiche und Prozesse umfassende Notfall- und Business Continuity Pläne bereit.

Unser Business Continuity Management (BCM) identifiziert dabei mögliche kritische Unternehmensprozesse, deren Störung oder Ausfall erheblichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit des MLP-Konzerns haben könnte. Hierzu werden geeignete Maßnahmen definiert, um den geregelt-

ten Geschäftsbetrieb unter festgelegten Standards zu sichern. Dies beinhaltet auch eine schriftliche Notfallplanung, die bei Eintritt von schweren Betriebsstörungen Verluste auf ein Minimum reduziert und den laufenden Geschäftsbetrieb sichert. Die kritischen Prozesse sowie die Wirksamkeit der definierten Maßnahmen unterliegen einer ständigen Überwachung und Weiterentwicklung. Ein BCM-Handbuch steht den Geschäftsbereichen und Mitarbeitern zur Verfügung.

Personalrisiken

Der MLP-Konzern ist auf qualifizierte Mitarbeiter und Führungskräfte in den Back-Office-Bereichen angewiesen. Mit einer umfangreichen Personalplanung und gezielten Personalmarketingmaßnahmen verringern wir das Risiko von personellen Engpässen. Mitarbeiter, die mit vertraulichen Informationen arbeiten, verpflichten sich, die entsprechenden Vorschriften einzuhalten und mit den Informationen verantwortungsvoll umzugehen. Eine klare Trennung von Management- und Kontrollfunktionen begrenzt das Risiko von Verstößen gegen interne und externe Vorschriften. Definierte Vertretungs- und Nachfolgeregelungen gewährleisten die Sicherstellung unserer Geschäftsabläufe und Entscheidungsprozesse.

IT-Risiken

Um mögliche Risiken aus dem IT-Bereich effektiv zu minimieren, verfolgt der MLP-Konzern eine einheitliche IT-Strategie. Bei der Auswahl unserer IT-Systeme entscheiden wir uns überwiegend für branchen-spezifische Standardsoftware namhafter Anbieter. Falls erforderlich, werden geschäftsspezifische Eigenentwicklungen durch qualifizierte interne und externe Spezialisten erstellt. Die vor Inbetriebnahme durchgeführten umfangreichen Systemtests und Pilotierungseinsätze sollen die einwandfreie Funktion unserer IT-Systeme sicherstellen. Die Auslagerung unseres Rechenzentrumsbetriebes an führende Dienstleistungsunternehmen mit verschiedenen Standorten, Back Up-Systemen, Spiegeldatenbanken und eine definierte Notfallplanung sollen unseren Datenbestand vor einem möglichen Datenverlust sichern und eine konsistente Verfügbarkeit gewährleisten. Wir schützen unsere IT-Systeme vor einem unberechtigten Zugriff durch unser Zugangs- und Berechtigungskonzept, einen umfangreichen Virenschutz sowie weitere umfassende Sicherheitseinrichtungen.

Risiken aus externen Ereignissen

Aufgrund der Konzentration auf die Geschäftsprozesse des Makler- und Bankgeschäftes, der Kostenoptimierung und der Skalierbarkeit nimmt der MLP-Konzern für Standard-Services die Dienstleistungen externer Partner in Anspruch. Wesentliche Outsourcing-Aktivitäten werden dabei in das Risikomanagement verzahnt. Die Outsourcing-Aktivitäten sind somit in die Risikoccontrolling- und -steuerungsprozesse mit fortlaufender Risikoidentifikation, -bewertung, -steuerung und -reporting eingebunden. Der MLP-Konzern hat dabei die Verantwortung für die ausgelagerten Prozesse klar geregelt, um die potenziell aus ausgelagerten Geschäftsaktivitäten erwachsenden organisatorischen, strukturellen und prozessualen Risiken steuern zu können.

Darüber hinaus wurden zur Minimierung der Risiken aus externen Ereignissen wie Betrug, Einbruch, Diebstahl oder Schäden durch Naturereignisse, sofern sinnvoll, entsprechende Versicherungen abgeschlossen.

Des Weiteren werden über interne Sicherheitsvorkehrungen Betrugsversuche sowie Einbruch und Diebstahl möglichst bereits im Vorfeld vereitelt.

Um die Aufrechterhaltung kritischer Prozesse in jedem Fall zu gewährleisten, wurden die möglichen Folgen externer Ereignisse im Rahmen des Business Continuity Managements (BCM) betrachtet und entsprechende Maßnahmenpläne erstellt.

Rechtliche Risiken

Die Steuerung der Rechtsrisiken wird durch unsere Rechtsabteilung wahrgenommen. Ihre Aufgabe besteht neben der Beratung bei Unternehmensentscheidungen und der Gestaltung von Geschäftsprozessen auch in der Begleitung und Bewertung von laufenden Rechtsstreitigkeiten. Mögliche rechtliche Risiken werden in einem frühen Stadium erkannt und Lösungsmöglichkeiten zu deren Minimierung, Begrenzung oder Vermeidung aufgezeigt. Die Rechtsabteilung koordiniert die Beauftragung und Einbindung von externen Rechtsanwälten. Im Rahmen der Risikomitigation prüft und überwacht die Rechtsabteilung den vorhandenen Versicherungsschutz und veranlasst gegebenenfalls notwendige Anpassungen.

Die derzeit anhängigen oder angedrohten Verfahren stellen nach unserer Prüfung keine Risiken dar, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten. Die im wesentlichen wortgleichen, von einer Anwaltskanzlei ab August 2007 für 32 Mandanten erhobenen Klagen auf Schadensersatz wegen angeblich falscher Kapitalmarktinformationen in den Jahren 2000 - 2002 werden nach Überzeugung des Vorstands der MLP AG keinen Erfolg haben. Zwei dieser Klagen wurden bereits zurückgenommen.

Steuerliche Risiken

Sich abzeichnende Entwicklungen im Steuerrecht werden fortwährend überprüft und auf mögliche Auswirkungen auf den MLP-Konzern hin untersucht. Die steuerlichen Anforderungen an das Unternehmen werden von internen und externen Experten in Übereinstimmung mit den steuerlichen Regelungen und den hierzu von der Finanzverwaltung ergangenen Schreiben geprüft.

Allgemeine Geschäftsrisiken

Gesamtwirtschaftliche Risiken

Veränderungen in den ökonomischen und politischen Faktoren können Auswirkungen auf das Geschäftsmodell und die Entwicklung der Gesellschaft haben. Wir beobachten daher fortwährend nationale und internationale Entwicklungen im politischen, ökonomischen und regulatorischen Umfeld sowie konjunkturelle Entwicklungen und Anforderungen am Finanzdienstleistungsmarkt.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland – in dem der MLP-Konzern 98% seiner Erlöse erzielt – stand auch im Jahr 2009 im Zeichen der Finanzkrise. Nach dem extrem starken Einbruch der Wirtschaftsleistung im ersten Quartal zeigten sich seit dem zweiten Quartal erste Anzeichen einer Stabilisierung auf niedrigem Niveau. Diese Tendenz setzte sich bis zum Jahresende weiter fort. Diese Stabilisierung ist überwiegend auf die positiven Auswirkungen der um-

fangreichen politischen und fiskalischen Maßnahmen der Notenbanken und der einzelnen Regierungen zurückzuführen. Weiterhin hat insbesondere der private Konsum im Jahresverlauf die Gesamtwirtschaft stabilisiert. Die Kaufkraft der privaten Haushalte wurde von moderaten Beschäftigungsrückgängen und dem ruhigen Preisklima gestützt. Der Arbeitsmarkt erweist sich weiterhin als bemerkenswert stabil und widerstandsfähig.

Für den MLP-Konzern sind die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das Geschäftsjahr 2009 dennoch unverändert schwierig gewesen. Die pessimistischen Konjunkturerwartungen haben sich unter anderem in einer anhaltenden Zurückhaltung der Kunden beim Abschluss von langfristigen Vorsorgeverträgen und bei Investitionsentscheidungen ausgedrückt. Die Zurückhaltung resultiert nach unserer Einschätzung insbesondere aus der Unsicherheit über die weitere konjunkturelle Entwicklung und die Arbeitsplätze.

Umfeld- und Branchenrisiken

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Wettbewerbssituation für den Vertrieb von Finanzdienstleistungen in Deutschland weiter intensiviert und die Konsolidierung des stark fragmentierten Marktes beschleunigt. Auslöser für diese Entwicklung war allerdings die Verschärfung der gesetzlichen Rahmenbedingungen (EU-Vermittlerrichtlinie, Markets in Financial Instruments Directive (MiFID, Änderungen des Versicherungsvertragsgesetzes). Insbesondere kleinere und mittlere Finanzdienstleister stehen vor der Herausforderung, die neuen Anforderungen in einem angemessenen betriebswirtschaftlichen Rahmen umzusetzen. Der MLP-Konzern nimmt an der Marktkonsolidierung aktiv teil. Mit der zu Beginn des Jahres vollzogenen Akquisition des unabhängigen Finanzmaklers ZSH wurde unsere Vertriebskraft im deutschen Markt weiter ausgebaut. Ebenfalls zugenommen hat der Wettbewerb um qualifizierte Finanzberater.

Die Gesellschaft ist für die anstehenden Veränderungen gut gerüstet. Die Qualität unserer Beratung, unser Fokus auf ausgewählte Kundengruppen und unsere Unabhängigkeit geben uns eine sehr gute Marktposition. Durch unsere finanzielle Stärke können wir auch weiterhin eine aktive Rolle bei der Konsolidierung des Marktes spielen.

Der MLP-Konzern konzentriert sich im Rahmen seiner Geschäftsaktivitäten auf die Bereiche Alters- und Gesundheitsvorsorge sowie Vermögensmanagement. Auch für diese Märkte ist die Wirtschaftskrise zum bestimmenden Faktor für die weitere Entwicklung geworden. Kunden müssen insbesondere in den Bereichen Altersvorsorge und Vermögensmanagement langfristige Investitionsentscheidungen treffen. Durch die nach wie vor eher pessimistischen Konjunkturerwartungen sind insbesondere Privatkunden stark verunsichert und zeigen deshalb eine anhaltende Zurückhaltung bei längerfristigen Investitionsentscheidungen.

Unternehmensstrategische Risiken

Unternehmensstrategische Risiken bestehen im Wesentlichen in der Fehleinschätzung künftiger Marktentwicklungen und daraus abgeleitet in einer Fehlausrichtung der unternehmerischen Aktivitäten. Strategische Risiken resultieren zudem aus unerwarteten Veränderungen der Markt- und Umfeldbedingungen mit negativen Auswirkungen auf die Ertragslage.

Die unternehmensstrategische Steuerung des MLP-Konzerns ist originäre Aufgabe des Vorstands. Auf der Basis von intensiven Beobachtungen des Wettbewerbsumfelds werden Veränderungen und Entwicklungen der nationalen und internationalen Märkte und des Geschäftsumfelds analysiert und Maßnahmen zur langfristigen Sicherung des Unternehmenserfolgs abgeleitet.

Dabei werden anhand einer vorausschauenden Beurteilung von Erfolgsfaktoren Zielgrößen festgelegt, deren Einhaltung laufend überwacht wird. Die strategische Positionierung wird dabei auf Basis der Soll-Ist-Vergleiche regelmäßig kritisch hinterfragt.

Kernbestandteil der Gesamterträge und des Cash Flows des MLP-Konzerns sind Provisionen. Über unsere Planungs- und Simulationsinstrumente analysieren wir die Auswirkungen aus potenziellen Veränderungen von Provisionsmodellen, mögliche regulatorische Eingriffe in die Kostenberechnung der vermittelten Produkte oder der steuerlichen Behandlung unseres Vertriebskonzepts.

Sonstige Risiken

Reputationsrisiken

Das Reputationsrisiko ist jenes Risiko, das aus einem Ansehensverlust des MLP-Konzerns insgesamt oder einer oder mehrerer operativer Einheiten bei Anspruchsberechtigten, Anteilseignern, Kunden, Mitarbeitern, Geschäftspartnern oder der Öffentlichkeit erwächst. Die Gesellschaft ist insbesondere der Gefahr ausgesetzt, dass durch die öffentliche Berichterstattung über eine Transaktion, einen Geschäftspartner oder eine Geschäftspraxis, an der ein Kunde beteiligt ist, das öffentliche Vertrauen in unsere Gruppe negativ beeinflusst wird. Wir minimieren potenzielle Beratungsrisiken durch die Sicherstellung einer fortlaufend hohen Beratungsqualität, die wir unter anderem durch IT-gestützte Beratungstools sicherstellen. Auch die Beratungsgespräche mit unseren Kunden und die daraus resultierenden Ergebnisse werden umfassend dokumentiert.

Aufsichtsrechtliche Risiken / Solvabilität

Der MLP-Konzern ist verpflichtet, seine gewichteten Risikoaktiva mit mindestens 8% Eigenmitteln zu unterlegen (Eigenmittelquote). Für die Unterlegung der Risikoaktiva mit Kernkapital wird durchgängig eine Quote von mindestens 4% verlangt. Diese Anforderungen haben sich im Geschäftsjahr 2009 nicht verändert. Gleiches gilt für die internen Prozesse, Ziele und Maßnahmen der Kapitalsteuerung.

Aufbauend auf der Basel-II-Umsetzungsstrategie für die Berechnung der Eigenkapitalanforderungen (Baseler Säule 1) setzt die MLP Finanzdienstleistungen AG den Kreditrisikostandardansatz (KSA) für das Kreditrisiko und den Basisindikatoransatz (BIA) für das operationelle Risiko gemäß KWG und Solvabilitätsverordnung um.

Der MLP-Konzern hat während des gesamten Geschäftsjahrs 2009 alle gesetzlichen Anforderungen an die Mindesteigenkapitalausstattung gemäß § 325 SolvV erfüllt.

Darüber hinaus sind keine weiteren sonstigen Risiken bekannt, die einen wesentlichen Einfluss auf den Fortbestand haben könnten.

Zusammenfassung

Im Wesentlichen wird die Geschäftsentwicklung des MLP-Konzerns durch finanzwirtschaftliche, operationelle und allgemeine Geschäftsrisiken beeinflusst. Durch unsere Systeme und ein umfangreiches Reporting stellen wir die Identifizierung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung unserer Risiken der laufenden und zukünftigen Entwicklung sicher. Die gelieferten Informationen stellen die Einleitung und Priorisierung von Risikomanagementmaßnahmen zeitnah sicher.

Sowohl der MLP-Konzern insgesamt als auch die Konzerngesellschaften haben sich im Jahr 2009 stets im Rahmen ihrer ökonomischen Risikotragfähigkeit bewegt. Darüber hinaus wurden die aufsichtsrechtlichen Anforderungen zu jedem Zeitpunkt vollumfänglich erfüllt. Bestandsgefährdende Risiken sind derzeit nicht zu erkennen. Auch für das kommende Jahr erwarten wir keine negative Entwicklung.

Unser Business Continuity Management sichert auch bei möglichen Störungen einen geregelten Geschäftsbetrieb. Über unsere Risikoüberwachungs- und -steuerungssysteme und die konsequente Ausrichtung unseres Geschäftsmodells an der Risikotragfähigkeit können wir gewährleisten, dass die im Rahmen unserer Geschäftstätigkeit eingegangenen Risiken mit entsprechenden Risikokapitalien unterlegt sind.

Die Wirksamkeit unseres Risikomanagements und deren aufsichtsrechtliche Umsetzung werden auch durch externe Prüfer und durch die interne Revision turnusmäßig überprüft. Das Risikomanagement- und -controlling-System wird insbesondere hinsichtlich der Entwicklung des Volumens und der Komplexität unseres Geschäftes ständig weiterentwickelt.

Die dargestellten Risiken und solche, die uns noch nicht bekannt sind, oder bis zum jetzigen Zeitpunkt als unwesentlich eingeschätzt wurden, könnten einen negativen Einfluss auf unsere im Ausblick abgegebenen Prognosen haben.

Prognosebericht

Zukünftige gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Geschäftstätigkeit von MLP konzentriert sich auf die Finanz- und Vermögensberatung von anspruchsvollen Privatkunden in Deutschland. Über 98% der Gesamterlöse des MLP-Konzerns werden innerhalb der deutschen Landesgrenzen erwirtschaftet. Deshalb messen wir der Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft und ihrer rechtlichen Rahmenbedingungen eine große Bedeutung für unsere Geschäftsperspektiven zu.

Die Weltwirtschaft wird sich nach den Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute in den Jahren 2010 und 2011 wieder erholen. Nach den Jahren des wirtschaftlichen Einbruchs infolge

der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 und 2009 soll das globale Wachstum nach Einschätzung der OECD, der Organisation für wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung, in 2010 6% erreichen. Vor allem getragen durch wieder steigende Exporte und die Konjunkturprogramme wird das deutsche Bruttoinlandsprodukt nach Einschätzung von Wirtschaftsexperten um etwa 1,4% steigen. Für das Jahr 2011 wird ein Wachstum von 1,9% erwartet.

Allerdings wird die Rückkehr auf einen Wachstumspfad in Deutschland nicht mit steigenden Beschäftigungszahlen einher gehen. Die OECD erwartet bis 2011 einen Anstieg der Arbeitslosenquote um 2 Prozentpunkte auf 9,7%. Dies entspricht etwa 4,3 Mio. arbeitslosen Menschen (2009: 3,3 Mio. Arbeitslose; 8,2%). Der erwartete wirtschaftliche Aufschwung wird also den Arbeitsmarkt nicht beleben. Die OECD und führende Wirtschaftsexperten mahnen vor diesem Hintergrund an, dass steigende Arbeitslosigkeit zu steigenden Sozialausgaben, aber sinkenden Steuereinnahmen führt. Beides werde die staatlichen Kassen merkbar belasten, so dass in den kommenden Jahren in Deutschland kaum noch finanzielle Spielräume für Konjunkturmaßnahmen gegeben sein dürften.

Die verfügbaren Einkommen der Deutschen sollen nach Einschätzung der Konjunkturforscher im nächsten Jahr real um 0,5% sinken. Wenn die Ölpreise wegen einer erhöhten Nachfrage in den Schwellenländern weiter ansteigen - wie von der Investmentbank Goldman Sachs prognostiziert -, dürfte auch dies die Kaufkraft der Deutschen eher dämpfen. Gesetzesinitiativen zur Konjunkturanhebung, wie das Bürgerentlastungsgesetz oder das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, die beide im Jahr 2010 greifen, können die neuen Belastungen bestenfalls abmildern.

Auch wenn die Wirtschaftsleistung in Deutschland nach dem Einbruch in 2009 im laufenden Geschäftsjahr wieder wachsen wird, erwarten wir aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit und dem Rückgang der Realeinkommen aus dem gesamtwirtschaftlichen Umfeld keine nennenswerten Wachstumsimpulse für das Geschäft der MLP-Gruppe. Wir gehen davon aus, dass sich die Zurückhaltung der Menschen hinsichtlich Neuabschlüssen von mittel- und langfristigen Alters- und Gesundheitsvorsorgeverträgen sowie die Übertragung von Mandaten im Vermögensmanagement sich auch im laufenden Geschäftsjahr fortsetzen wird.

Zukünftige Branchensituation

Die Branchensituation der Finanzdienstleistungsindustrie in Deutschland hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Der Wettbewerb ist nicht zuletzt durch das Hinzutreten immer neuer Wettbewerber deutlich schärfer geworden. Gleichzeitig haben sich die regulatorischen Anforderungen im Zuge des gestiegenen Verbraucherschutzbewusstseins in Europa immer weiter erhöht. Nur die leistungsfähigsten Finanzdienstleister können sich in diesem Umfeld noch dauerhaft profitabel halten. Deshalb gehen wir davon aus, dass sich die Branche in den nächsten Jahren weiter konsolidieren wird.

Die MLP-Gruppe ist mit ihrer Qualitätskultur, ihrer Markenstärke und dem wenig kostenintensiven Geschäftsmodell einer freien Maklerorganisation im deutschen Markt als unabhängiges Beratungshaus für Privat- und Firmenkunden sowie institutionelle Investoren fest etabliert. Die

Gruppe ist der führende unabhängige Finanz- und Vermögensberater und hat die Kraft, Nutzen aus der Marktkonsolidierung zu ziehen. Soweit wir geeignete Übernahmekandidaten ausmachen, werden wir unsere Chancen nutzen und zukaufen. Darüber hinaus gibt uns die klare Geschäftsausrichtung auf die Wachstumsfelder des deutschen Finanzdienstleistungsmarktes, die Alters- und Gesundheitsvorsorge sowie das Vermögensmanagement, eine gute Ausgangsposition im gegenwärtigen Wettbewerbsumfeld. Wir beobachten zeitnah, wie sich die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in unseren Wachstumsfeldern auswirken und justieren unseren auf profitables Wachstum ausgerichteten Vertrieb situationsgerecht und vorausschauend nach.

Altersvorsorge

Die Altersvorsorge als Kernkompetenz der MLP-Gruppe hat in den letzten Jahren durch die Rentenreform einen deutlichen Bedeutungsgewinn erhalten. Das wachsende Bewusstsein in der Bevölkerung, zumindest einen Teil ihrer Altersabsicherung privat aufbringen zu müssen, begünstigt den Absatz von Altersvorsorgeprodukten. Es ist generell ein großer Beratungsbedarf vorhanden. Denn den meisten Menschen erscheint das dreigliedrige Altersvorsorgesystem in Deutschland als unübersichtlich. Strukturierte Beratung in Fragen der Altersvorsorge ist den meisten Kunden willkommen, allerdings in der deutschen Finanzdienstleistungsbranche nicht selbstverständlich. Im Tagesgeschäft mit Privatkunden (Retailgeschäft) überwiegt in der Finanzbranche noch immer der Einzelproduktabsatz, der auf den Bedarf des einzelnen kaum eingeht. Die Altersvorsorgespezialisten der MLP-Gruppe überzeugen im Wettbewerbsvergleich mit ihren individuellen Bedarfsanalysen und ganzheitlich angelegten Altersvorsorgekonzepten, wie nicht zuletzt der Beratertest zum Thema Altersvorsorge der Zeitschrift Wirtschaftswoche belegte.

Die Nachfrage nach Altersvorsorgekonzepten ist in Deutschland längst nicht gesättigt. Wie das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Postbank 2009 ermittelte, verfügt jeder dritte Berufstätige bislang im Alter über keinerlei Einnahmen aus privater Vorsorge. Selbst bei der Riester-Rente, die mit 13 Mio. geschlossenen Verträgen bisher die beliebteste private Altersvorsorge in Deutschland darstellt, haben sich die Absatzchancen nochmals verbessert. Einerseits ist mit einer umgangssprachlich als „Wohn-Riester“ bezeichneten Produktvariante jetzt auch eine Förderung von selbst genutztem Wohneigentum möglich. Andererseits wird der Gesetzgeber den Kreis der Zuwendungsempfänger in den kommenden Monaten nochmals erweitern. Nach einem Urteil des europäischen Gerichtshofs müssen auch Personen, die im Ausland leben, jedoch in Deutschland arbeiten und hier in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert sind, die Riester-Förderung nutzen können. Zudem haben die Richter in Luxemburg kritisiert, dass sich die Riester-Förderung bisher lediglich auf inländisches Wohneigentum beschränkt. Beides muss der deutsche Gesetzgeber nun nachbessern.

Noch größer ist der Absatzmarkt mit Blick auf die Rürup-Rente. Dieses Produkt wurde nach Angaben des Gesamtverbandes der deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV) mit etwas über 1 Mio. verkauften Verträgen von den Bundesbürgern bislang sehr zögerlich angenommen. Jedoch werden die steigende steuerliche Absetzbarkeit von Altersvorsorgeaufwendungen und attraktiver gewordene Produktkonzepte auch den Vertrieb der Rürup-Rente unterstützen.

Die betriebliche Altersvorsorge hat ihren Zenit in Deutschland längst nicht erreicht. Zwar ist die betriebliche Altersvorsorge mit rund 18 Mio. Verträgen heute die zweitwichtigste Säule der privaten Altersvorsorge, jedoch bietet auch sie noch großes Potenzial. Denn der Mittelstand, in dem fast 60% der Beschäftigten in Deutschland angestellt sind, entdeckt dieses Instrument erst langsam für sich. Die MLP-Gruppe hat sich durch die Übernahme des führenden Spezialisten für Branchenlösungen in der betrieblichen Altersvorsorge, der TPC THE PENSION CONSULTANCY GmbH, eine gute Ausgangslage verschafft, ihren Marktanteil in der Zukunft zu steigern.

Wir empfehlen den Kunden unserer Gruppe, die mit dem Bürgerentlastungsgesetz im Jahr 2010 einhergehenden Steuerersparnisse in eine zusätzliche und staatlich geförderte Altersvorsorge zu investieren. Zumal gerade gut verdienende Personen - wie unsere anspruchsvollen Zielkunden - aufgrund ihres vergleichsweise hohen Einkommens im Alter bei weiter sinkenden Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung ohne zusätzliche Vorsorgemaßnahmen eine besonders deutliche Rentenlücke zu befürchten haben.

Aus heutiger Sicht erwarten wir nicht, dass es im Bereich der privaten und betrieblichen Altersvorsorge in den Jahren 2010 und 2011 zu nennenswerten Produktinnovationen kommen wird.

Gesundheitsvorsorge

Der Status quo im deutschen Gesundheitssystem hat sich auch mehr als ein Jahr nach Einführung des Gesundheitsfonds nicht verbessert. Das Institut für Demoskopie Allensbach ermittelte im Rahmen des MLP-Gesundheitsreports 2009, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung und Ärzte eine Verschlechterung der Gesundheitsversorgung in Deutschland beklagt. Die Schere zwischen sinkenden Leistungen und steigenden Kosten geht weiter auseinander. Anfang des Jahres 2010 haben die ersten gesetzlichen Krankenkassen angekündigt, Zusatzbeiträge von ihren Versicherten zu erheben, weil das durch den Gesundheitsfonds zugewiesene Geld nicht ausreicht, ihre laufenden Kosten zu decken. Gesetzlich Versicherte können mit dieser Situation nicht zufrieden sein. Folglich ist eine hohe Wechselbereitschaft hin zur privaten Krankenversicherung zu beobachten.

Die neue Bundesregierung hat erste Konsequenzen gezogen und angekündigt, die bisher gesetzlich vorgeschriebene 3-Jahres-Wartefrist vor dem Wechsel zu einer privaten Krankenversicherung in eine einjährige Wartezeit umzuwandeln. Das erleichtert den Einstieg in private Krankenversicherungen deutlich. Versicherte, die sich in diesem Jahr noch für einen Wechsel entscheiden, können ihren Wunsch bereits 2011 umsetzen.

Zudem wird die Nachfrage nach privaten Krankenzusatzversicherungen weiter steigen. Die Absicherung des Krankheits- und Pflegefalles hat in der deutschen Gesellschaft nicht zuletzt wegen eines umfassenden Medienechos gesteigerte Bedeutung erlangt. Während im Jahr 2005 lediglich 34% der Menschen erwogen haben, eine private Zusatzversicherung abzuschließen, waren es im vergangenen Jahr bereits 46%. Wir sind deshalb sicher: Die Nachfrage nach Leistungen der privaten Gesundheitsvorsorge wird sich gegenüber dem heutigen Niveau nochmals deutlich steigern, wenn sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wieder aufhellen.

Auch im Bereich der privaten Krankenversicherungen gehen wir davon aus, dass es in den nächsten beiden Jahren keine neuen Produkte oder Dienstleistungen geben wird.

Vermögensmanagement

Die Wachstumsperspektiven im gehobenen Privatkundengeschäft und in der Vermögensverwaltung sind ebenfalls ungeachtet der temporären negativen Einflüsse der Finanz- und Wirtschaftskrise uneingeschränkt gut. Weltweit gab es in 2008 8,6 Mio. Privatpersonen mit einem Vermögen von insgesamt 32,8 Billionen US-Dollar. In Deutschland lag die Zahl der vermögenden Privatpersonen mit einem Nettofinanzvermögen von mindestens 1 Mio. US-Dollar bei 809.700 (eigengenutzte Immobilien und Verbrauchsgüter nicht mitgezählt). Das ist dem World Wealth Report 2009 zu entnehmen, der von der Investmentbank Merrill Lynch und der Unternehmensberatung Capgemini veröffentlicht wurde.

Das gehobene Privatkundengeschäft, das sogenannte Private Banking, ist bereits seit Jahren die Königsdisziplin der Finanzdienstleistungsbranche. Seit im Zuge der Finanzkrise jedoch der Vertrauensbonus für Banken in der Bevölkerung deutlich geringer geworden ist, bahnt sich auch hier eine Neuverteilung der Wettbewerbschancen an. Nach einer repräsentativen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Frankfurter Allgemeinen Zeitung haben nur noch 23% der Bevölkerung „großes oder sehr großes Vertrauen“ in die Banken. 70% gaben an, „wenig oder kein Vertrauen“ zu Banken zu haben. Die Anleger in Deutschland stehen der hiesigen Kredit- und Versicherungswirtschaft damit kritischer als vor der Krise gegenüber und werden die Qualität der Finanzberatung zukünftig differenzierter hinterfragen.

Die MLP AG verfügt mit ihrem renommierten Tochterunternehmen Feri Finance AG über ausgewiesene Expertise in der Vermögensberatung. Die MLP-Gruppe ist schon jetzt der größte unabhängige Finanz- und Vermögensberater in Deutschland und wird ihre Marktpositionierung weiter konsequent ausbauen. Die gegenwärtige Bereinigungsphase auf dem Markt der Vermögensverwaltung eröffnet uns vielfältige Chancen, Experten und erfolgreiche kleinere Vermögensverwalter mit Sitz im In- und Ausland zuzukaufen. Wir planen zudem, die Ratingpalette der Feri Finance AG um die Bonitätsbewertung von Unternehmen zu komplettieren (sog. Credit Rating) und werden genau auf den Bedarf unserer jungen Kunden maßgeschneiderte Vermögensmanagementkonzepte auf den Markt bringen. Auf diese Weise können wir als Gruppe neue Kunden gewinnen, die Cross-Selling-Quote bestehender Kundenbeziehungen weiter erhöhen und gezielt Zukunftssicherung betreiben.

Wir rechnen im Bereich Vermögensmanagement nicht damit, dass es in den nächsten beiden Jahren wesentliche neue Produkte oder Dienstleistungen geben wird.

Wettbewerb

Der bereits seit Jahren scharfe Wettbewerb in der deutschen Finanzdienstleistungsbranche hat durch das geschwundene Bankenvertrauen infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise nochmals eine neue Dimension erlangt. So bescheinigte die Stiftung Warentest erst im Dezember 2009 der Anlageberatung von Banken und Sparkassen wieder schlechte Noten und gab damit Verbraucherschützern erneut gute Argumente, um weitere Gesetze zum Schutz der Privatanleger zu fordern. Es ist zu erwarten, dass neben die bisherigen regulatorischen Anforderungen wie

die EU-Vermittlerrichtlinie, die Markets in Financial Instruments Directive (MiFID) und das Versicherungsvertragsgesetz in nächster Zukunft noch andere Vorschriften treten. So müssen bereits seit 1. Januar 2010 auch die Banken ihre Anlageberatung nachvollziehbar dokumentieren und die Dokumentation den Kunden aushändigen. Das Verbraucherschutzministerium kündigte darüber hinaus zum Jahresende 2009 an, ein großes Maßnahmenpaket für mehr Transparenz in der Finanzdienstleistungsberatung vorzubereiten.

Unabhängig davon, ob neue regulatorische Maßnahmen tatsächlich mehr Verbraucherschutz erreichen können, erhöhen solche Maßnahmen die Kosten in der Branche und drücken die Margen. Dies wird einen entsprechenden Tribut bei kleinen und mittleren Finanzdienstleistern fordern. Denn nur die leistungsfähigsten Unternehmen können den gestiegenen Anforderungen der Kunden bei hohem Kostendruck standhalten und auf dieser Basis langfristig profitables Wachstum generieren.

Vor diesem Hintergrund wird der unabhängige Vertrieb weiter an Bedeutung gewinnen. Dies unterstreicht auch der Tillinghast-Vertriebswege-Survey des Beratungsunternehmens Towers Perrin aus dem Jahr 2009. Die Unternehmensberatung geht davon aus, dass die unabhängigen Finanzberater ihren Marktanteil im Vertrieb von Finanzprodukten bis zum Jahr 2016 auf 29% erhöhen können (2008: 28%).

Voraussichtliche Geschäftsentwicklung

Die MLP-Gruppe hat mit ihrem auf Flexibilität und Kosteneffizienz ausgelegten Geschäftsmodell und der ausgeprägten Qualitätskultur alle Herausforderungen der letzten Jahre beharrlich für sich nutzen können: Wir haben konsequent die Wachstumsfelder im deutschen Finanzdienstleistungsmarkt erschlossen, Geschäftsbereiche, die nicht unseren Ertragsanforderungen gerecht wurden, abgebaut, schnell und geradlinig die neuen regulatorischen Anforderungen in der Kundenberatung umgesetzt und werden auch 2010 alle uns zur Verfügung stehenden Stellschrauben nutzen, um das Unternehmen sicher durch die temporäre Schwächephase der deutschen Volkswirtschaft zu führen.

In unseren Kernsparten Alters- und Gesundheitsvorsorge erwarten wir in diesem Jahr bei weiterhin schwierigen Rahmenbedingungen einen stabilen Verlauf der Erlöse. In den Jahren 2011 und 2012 wollen wir hier – bei einem sich aufhellenden gesamtwirtschaftlichen Umfeld – auf den Wachstumspfad zurückkehren. Im Vermögensmanagement rechnen wir dagegen schon im laufenden Geschäftsjahr mit einem moderaten Erlösanstieg, der sich auch über die folgenden zwei Jahre fortsetzen wird.

Neben der Ausschöpfung unserer Umsatzpotenziale ist eine Fortsetzung unserer strikten Kostendisziplin eine wichtige Maßgabe für 2010. Insgesamt ist es unser Ziel, nach dem Ausklingen der Finanz- und Wirtschaftskrise wieder zu alter Ertragsstärke zurückzufinden.

Nachtragsbericht

Im Rahmen unserer Fokussierung auf Wachstumsmärkte konzentrieren wir unser Privatkundengeschäft in unserer Tochtergesellschaft MLP Finanzdienstleistungen AG in Zukunft auf den Kernmarkt Deutschland. Aus diesem Grunde hat sich die MLP Finanzdienstleistungen AG im Januar 2010 mit der NBG B.V., Valkenswaard, Niederlande, auf einen Verkauf ihrer Niederlassung in den Niederlanden geeinigt.

Darüber hinaus ergaben sich nach dem Bilanzstichtag keine nennenswerten Ereignisse mit Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gesellschaft.

Wiesloch, den 16. März 2010

MLP AG
Der Vorstand

Dr. Uwe Schroeder-Wildberg

Gerhard Frieg

Ralf Schmid

Muhyddin Suleiman

Corporate Governance-Bericht

Vorstand und Aufsichtsrat berichten jährlich im Geschäftsbericht gemäß den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance-Kodex über die Corporate Governance des Unternehmens. Die nachfolgenden Ausführungen sind zugleich als Erklärung zur Unternehmensführung im Sinne des § 289a des Handelsgesetzbuches (HGB) zu verstehen.

Wortlaut der Entsprechenserklärung gemäß § 161 des Aktiengesetzes (AktG)

Entsprechenserklärung der MLP AG nach § 161 AktG (Stand: 10. Dezember 2009)

Vorstand und Aufsichtsrat der MLP AG erklären hiermit gemäß § 161 AktG, dass den Empfehlungen der Regierungskommission „Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 18. Juni 2009 seit der letzten Entsprechenserklärung grundsätzlich entsprochen wurde. Nicht angewandt wurden lediglich die Empfehlungen aus den Ziffern 3.8 Satz 4 und 5, 4.2.3 Abs. 4 und Abs. 5, 5.1.2 Satz 6, 5.4.1 Satz 2 und 5.4.6 Satz 4.

Die genannten Abweichungen beruhen auf folgenden Gründen:

Ziff. 3.8 Satz 4 und Satz 5 (D&O-Versicherung mit Selbstbehalt)

Nach den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (Ziff. 3.8 Satz 4 a.F. vom 06. Juni 2008) soll die Gesellschaft bei Abschluss einer D&O-Versicherung für den Vorstand einen angemessenen Selbstbehalt für Vorstand und Aufsichtsrat vereinbaren. Dieser Empfehlung war die Gesellschaft zunächst nicht gefolgt.

Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorStAG) ist nun für die Mitglieder des Vorstands ein Selbstbehalt von mindestens 10% des Schadens bis mindestens zur Höhe des Eineinhalbfachen der festen jährlichen Vergütung des betreffenden Vorstandsmitglieds zu vereinbaren. In einer D&O-Versicherung für den Aufsichtsrat soll gem. Ziff. 3.8 Satz 5 des Deutschen Corporate Governance Kodex ein entsprechender Selbstbehalt vereinbart werden.

MLP ist hiervon im Jahr 2009 zunächst noch abgewichen. MLP hat allerdings mittlerweile die bestehende D&O-Versicherung so modifiziert, dass im kommenden Jahr für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats Selbstbehalte gem. den Vorgaben und Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex vorgesehen sind. Daher wird MLP dieser Empfehlung im Jahr 2010 – anders als noch im Jahr 2009 – entsprechen.

Ziff. 4.2.3 Abs. 4 und Abs. 5 (Abfindungs-Cap)

Nach den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex soll bei Abschluss von Vorstandsverträgen darauf geachtet werden, dass Zahlungen an ein Vorstandsmitglied bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandstätigkeit ohne wichtigen Grund einschließlich Nebenleistungen den Wert von zwei Jahresvergütungen nicht überschreiten (Abfindungs-Cap). Für die Berechnung des Abfindungs-Caps soll auf die Gesamtvergütung des abgelaufenen Geschäftsjahres und gegebenenfalls auch auf die voraussichtliche Gesamtvergütung für das laufende Geschäftsjahr abgestellt werden. Eine Zusage für Leistungen aus Anlass der vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit infolge eines Kontrollwechsels (Change of Control) soll 150% des Abfindungs-Caps nicht übersteigen.

MLP weicht hiervon ab. Die Anstellungsverträge mit den Vorstandsmitgliedern sehen bei vorzeitiger Beendigung in Folge der Abberufung bzw. Kündigung eines Vorstandsmitglieds ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes vor, eine Abfindung zu bezahlen, die maximal dem Vierfachen eines Jahresfestgehalts des betreffenden Vorstandsmitglieds entspricht, wobei im Falle einer Beendigung des Vertrages während der letzten beiden Jahre vor dem Ablauf des betreffenden Vorstandsanstellungsvertrages eine pro-rata-temporis-Regelung gilt. Diese Regelung gilt auch, wenn die Mitglieder des Vorstands von dem ihnen vertraglich gewährten außerordentlichen Kündigungsrecht Gebrauch machen. Dies besteht in bestimmten Fällen einer Umwandlung der Gesellschaft gem. dem Umwandlungsgesetz (UmwG) sowie in dem Fall, dass ein Dritter, der im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses mit weniger als 10% an der MLP AG beteiligt war, eine Beteiligung von mindestens 50% der Stimmrechtsanteile erwirbt.

Eine Abfindungsregelung bei einvernehmlicher Vertragsaufhebung ist hingegen nicht vorgesehen. Eine Abfindung, die sich an der Gesamtvergütung des abgelaufenen Geschäftsjahres orientiert und damit auch variable Vergütungsbestandteile enthält, ist nach Auffassung der Gesellschaft nicht geeignet, als Bemessungsgrundlage zu dienen, die sich auf zukünftige Vertragszeiten bezieht. Abfindungsregelungen bei einvernehmlicher Vertragsaufhebung, können vertragsrechtlich ohnehin nur eine Richtschnur sein, von der die Parteien jedoch jederzeit einvernehmlich abweichen können. Eine solche Regelung wäre aus diesem Grunde nicht mehr als ein Formalakt. Daher wird MLP dieser Empfehlung im Jahr 2010 – wie schon im Jahr 2009 – nicht entsprechen.

Ziff. 5.1.2 Satz 7 (Altersgrenze für den Vorstand)

Nach den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex soll für die Vorstandsmitglieder eine Altersgrenze festgelegt werden.

MLP ist hiervon im Jahr 2009 abgewichen. Eine Altersgrenze für Vorstandsmitglieder ist nicht festgelegt. Die Bestellung von Vorstandsmitgliedern sollte sich ausschließlich an Kenntnissen, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen orientieren. MLP wird dieser Empfehlung daher im Jahr 2010 – wie im Jahr 2009 – nicht entsprechen.

Ziff. 5.4.1 Satz 2 (Altersgrenze für den Aufsichtsrat)

Nach den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex soll bei Vorschlägen zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern eine festzulegende Altersgrenze für Aufsichtsratsmitglieder berücksichtigt werden.

MLP ist hiervon im Jahr 2009 abgewichen. Eine Altersgrenze für Aufsichtsratsmitglieder ist nicht festgelegt. Angesichts der in Ziffer 5.4.1 Satz 1 des Kodex geforderten Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen erscheint die Festlegung einer Altersgrenze nicht als sinnvoll. MLP wird dieser Empfehlung daher im Jahr 2010 – wie im Jahr 2009 - nicht entsprechen.

Ziff. 5.4.6 Satz 4 (Erfolgsorientierte Vergütung des Aufsichtsrats)

Nach den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodexes sollen die Mitglieder des Aufsichtsrats neben einer festen eine erfolgsorientierte Vergütung erhalten.

MLP ist hiervon im Jahr 2009 abgewichen. Die Mitglieder des Aufsichtsrats der MLP AG erhalten keine erfolgsorientierte Vergütung. Für eine erfolgsorientierte Aufsichtsratsvergütung fehlen bislang überzeugende Konzepte. MLP wird dieser Empfehlung daher im Jahr 2010 – wie auch schon im Jahr 2009 – nicht folgen.

Wiesloch, im Dezember 2009

MLP AG

Der Vorstand

Der Aufsichtsrat

Mehr Informationen zum Thema Corporate Governance bei MLP finden Sie im Internet unter www.mlp-ag.de.

Corporate Governance

Durch die Einhaltung der Regelungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 18. Juni 2009 stärkt die MLP AG fortlaufend das Vertrauen der Aktionäre, Kunden und Arbeitnehmer sowie der übrigen Interessengruppen in die Unternehmensführung. Verantwortungsbewusstes, auf langfristige Wertschöpfung ausgerichtetes Management hat für uns einen hohen Stellenwert. Vorstand und Aufsichtsrat stehen dafür ein, dass MLP seine Corporate Governance konzernweit fortlaufend überprüft und weiterentwickelt.

Führungs- und Kontrollstruktur

Vorstand

Als Leitungsorgan einer Aktiengesellschaft führt der Vorstand die Geschäfte und ist im Rahmen der aktienrechtlichen Vorschriften an das Interesse und die geschäftspolitischen Grundsätze des Unternehmens gebunden. Die Kompetenzen und Pflichten des Vorstands sind im Aktiengesetz,

in der Satzung der MLP AG sowie in einer Geschäftsordnung und dem Geschäftsverteilungsplan des Vorstands geregelt.

Die Mitglieder des Vorstands tragen gemeinsam die Verantwortung für die gesamte Geschäftsführung. Entscheidungen des Vorstands werden grundsätzlich in Vorstandssitzungen getroffen, die regelmäßig stattfinden und vom Vorstandsvorsitzenden einberufen werden. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst und entsprechend protokolliert.

Mitglieder des Vorstands sind die Herren Dr. Uwe Schroeder-Wildberg (Vorstandsvorsitzender), Gerhard Frieg, Ralf Schmid und Muhyddin Suleiman.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat berät und überwacht den Vorstand. Die Kompetenzen und Pflichten des Aufsichtsrats ergeben sich aus dem Aktiengesetz, der Satzung der MLP AG und einer Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat.

Beschlüsse des Aufsichtsrats werden in Sitzungen gefasst. Diese werden in der Regel durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats einberufen. Der Aufsichtsrat tagt in ordentlichen Sitzungen und in außerordentlichen Sitzungen, an denen die Mitglieder des Aufsichtsrats in der Regel alle persönlich teilnehmen. Bei besonders wichtigen oder eilbedürftigen Projekten wird der Aufsichtsrat zwischen den regelmäßigen Sitzungen informiert. Soweit erforderlich erfolgt die Beschlussfassung auch im Wege von Umlaufbeschlüssen oder fernmündlich. Die Beschlüsse des Aufsichtsrats bedürfen der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Aufsichtsratsvorsitzenden den Ausschlag. Über die Sitzungen wird eine Niederschrift angefertigt.

Mitglieder des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat besteht derzeit aus sechs Mitgliedern, nämlich vier von der Hauptversammlung gewählte Vertreter der Anteilseigner sowie zwei von den Arbeitnehmern gewählte Arbeitnehmervertreter. Dem Aufsichtsrat gehören derzeit die Herren Dr. Peter Lütke-Bornefeld, Dr. h.c. Manfred Lautenschläger, Dr. Claus-Michael Dill, Hans Maret und Norbert Kohler sowie Frau Maria Bähr an.

Effizienz des Aufsichtsrats

In Abwesenheit des Vorstands überprüfte der Aufsichtsrat im Jahr 2009 auch die Effizienz seiner eigenen Tätigkeit. Gegenstand der Effizienzprüfung waren insbesondere die Verfahrensabläufe im Aufsichtsrat, der Informationsfluss zwischen den Ausschüssen und dem Aufsichtsratsplenum sowie die rechtzeitige und inhaltlich ausreichende Berichterstattung des Vorstands an den Aufsichtsrat. Im Rahmen einer intensiven und zielführenden Diskussion wurden weitere Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz erörtert.

Aufsichtsratsausschüsse

Der Aufsichtsrat der MLP AG hat Ausschüsse gebildet, um die Effektivität seiner Arbeit zu steigern. Der Personalausschuss bereitet die Beschlussfassungen über Personalangelegenheiten der Vor-

standsmitglieder mit der Gesellschaft vor. Der Bilanzprüfungsausschuss befasst sich mit der Überprüfung der Rechnungslegungsprozesse, des Risikomanagements sowie des Revisionsystems und der Unabhängigkeit der Abschlussprüfer. Gleiches gilt für die Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer sowie für die Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und Honorarvereinbarungen. Zudem berät der Ausschuss den Jahresabschluss, den Konzernabschluss sowie die Lageberichte der MLP AG und des MLP-Konzerns und spricht gegenüber dem Aufsichtsrat eine Empfehlung zur Beschlussfassung aus. Der Aufsichtsrat hat einen Nominierungsausschuss gebildet, der ausschließlich mit Vertretern der Anteilseigner besetzt ist und dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge der Aufsichtsratsmitglieder an die Hauptversammlung geeignete Kandidaten vorschlägt. Mitglieder der drei vorgenannten Ausschüsse sind die Herren Dr. Peter Lütke-Bornefeld, Dr. h.c. Manfred Lautenschläger, Dr. Claus-Michael Dill und Hans Maret.

Corporate Governance im Aufsichtsrat

Vorstand und Aufsichtsrat der MLP AG befassten sich auch 2009 intensiv mit dem Deutschen Corporate Governance Kodex und weiteren gesetzlichen Neuregelungen, die für die Arbeit des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse von Bedeutung gewesen sind. Die am 18. Juni 2009 beschlossenen Änderungen des Kodex und insbesondere auch die im Jahr 2009 in Kraft getretenen Änderungen durch das Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) und das Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz, BilMoG) waren Gegenstand intensiver Diskussionen im Aufsichtsrat. Dabei wurden die Änderungen analysiert und entsprechende Anpassungen in den internen Regularien und den Arbeitsabläufen des Aufsichtsrats vorgenommen.

Der Aufsichtsrat verfügt nach seiner Einschätzung über eine angemessene Anzahl an Mitgliedern, die in keiner geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zur Gesellschaft oder zu Mitgliedern des Vorstands stehen, die einen Interessenkonflikt begründen könnte. Der Aufsichtsrat erörterte die nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen im Hinblick auf die Rechnungslegung sowie interne Kontrollverfahren, die an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses gestellt werden. Der Vorsitzende des Bilanzprüfungsausschusses der MLP AG erfüllt die Anforderungen in vollem Umfang. Soweit der Kodex Empfehlungen hinsichtlich der Wahl des Aufsichtsrats der Gesellschaft ausspricht, ist diesen mit Blick auf die Aufsichtsratswahl im Geschäftsjahr 2008 entsprochen worden. Dies bedeutet insbesondere, dass die Wahlen zum Aufsichtsrat in Einzelwahl stattgefunden haben und der Vorschlag für den Aufsichtsratsvorsitzenden den Aktionären vor der Hauptversammlung bekannt gegeben wurde. Diese Anforderungen sollen auch bei zukünftigen Wahlen zum Aufsichtsrat eingehalten werden.

Weitere Angaben zu der Tätigkeit des Aufsichtsrats können dem Bericht des Aufsichtsrats entnommen werden.

Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat

Die Grundlage für eine transparente und verantwortungsvolle Unternehmensführung bildet ein intensiver Dialog zwischen Vorstand und Aufsichtsrat. Der Vorstand der MLP AG unterrichtet den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Lage des Konzerns einschließlich der Risikosituation, über das Risikomanagement und über Compliance. Bei besonders wichtigen oder eilbedürftigen Projekten wird der Aufsichtsrat zwischen den regelmäßigen Sitzungen informiert.

Außerdem treffen sich der Aufsichtsratsvorsitzende und der Vorstand zu regelmäßigen Gesprächen, in denen Einzelthemen erörtert werden. Der Aufsichtsratsvorsitzende unterrichtet die übrigen Mitglieder des Aufsichtsrats umfassend über die Inhalte seiner Gespräche mit dem Vorstand. Der Aufsichtsrat diskutierte mit dem Vorstand die Unternehmensplanung und die strategische Weiterentwicklung des Konzerns.

Wesentliche Rechtsgeschäfte des Vorstands bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats. Eine vom Aufsichtsrat erlassene Geschäftsordnung regelt die Geschäftsverteilung, die Zustimmungsvorbehalte und seine Zusammenarbeit mit dem Vorstand. Weitere Einzelheiten über das Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat sind im Bericht des Aufsichtsrats enthalten.

Transparenz

Aktienbesitz von Vorstand und Aufsichtsrat zum Bilanzstichtag

Am 31. Dezember 2009 setzte sich der Aktienbesitz der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Gesellschaft wie folgt zusammen:

Aufsichtsratsmitglied	Aktienzahl	
	31.12.2008	Aktienzahl 31.12.2009
Dr. h.c. Manfred Lautenschläger ¹	25.205.534	25.205.534
Dr. Peter Lütke-Bornefeld	30.000	30.000
Johannes Maret	-	-
Dr. Claus-Michael Dill	-	-
Maria Bähr	11.503	11.503
Norbert Kohler	1.094	94

¹inkl. Zurechnungen gemäß § 22 WpHG

Vorstandsmitglied	Aktienzahl	
	31.12.2008	Aktienzahl 31.12.2009
Dr. Uwe Schroeder-Wildberg	-	-
Gerhard Frieg	181.463	181.463
Muhyddin Suleiman	-	-
Ralf Schmid	- ²	-

² keine Angabe, da erst seit dem 1. März 2009 Mitglied des Vorstands der MLP AG

Geschäfte mit Aktien der Gesellschaft (Directors' Dealings)

Seit dem 30. Oktober 2004 gilt die erweiterte Regelung des § 15a Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG) zur Veröffentlichung und Mitteilung von Geschäften mit Aktien des Emittenten oder sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten. Danach müssen Personen, die bei einem Emittenten von Aktien Führungsaufgaben wahrnehmen, diese Geschäfte dem Emittenten und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mitteilen. Diese Pflicht gilt auch für Personen, die mit einer solchen Person in enger Beziehung stehen.

Im Geschäftsjahr 2009 wurde uns eine Transaktion gemäß § 15a WpHG gemeldet, die Sie unserer Internetseite www.mlp-ag.de entnehmen können.

Compliance

Der Deutsche Corporate Governance Kodex definiert in Ziffer 4.1.3 die Aufgaben des Vorstands im Rahmen der Compliance: Der Vorstand hat für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien zu sorgen und wirkt auf deren Beachtung durch die Konzernunternehmen hin. Die Einhaltung aller relevanten Gesetze und kapitalmarktrechtlichen Verhaltensvorschriften gehört für uns zu den Grundsätzen guter Unternehmensführung und ist integraler Bestandteil unserer Unternehmenskultur.

MLP hat eine konzernweite Compliance Organisation eingerichtet. Im Interesse unserer Kunden, Aktionäre, Mitarbeiter und von MLP unterstützt und berät Compliance den Vorstand dabei, für die Beachtung der gesetzlichen Verpflichtungen und sowie der unternehmensinternen Richtlinien zu sorgen und einheitliche Standards für alle Konzernunternehmen zu schaffen. Über alle wesentlichen Sachverhalte werden Vorstand und Aufsichtsrat regelmäßig informiert.

MLP verfügt im Konzern über ein umfassendes Regelwerk zur Compliance, das Organmitgliedern wie Mitarbeitern die gesetzlichen Vorschriften zum Insiderrecht erläutert und einen rechtlichen Rahmen vorgibt, innerhalb dessen sie ihren Anlagegeschäften nachgehen können. Die Compliance-Richtlinie dient zudem dabei auch der Sicherstellung des verantwortungsbewussten Umgangs mit sensiblen Informationen bei MLP. Um einer Beeinträchtigung von Kundeninteressen - insbesondere im Bereich des Wertpapiergeschäfts - vorzubeugen, haben wir Grundsätze zur Vermeidung und Überwachung von Interessenkonflikten sowie zur Annahme und Gewähr von Zuwendungen erlassen, die wir regelmäßig überprüfen und an veränderte Bedürfnisse anpassen.

Angaben zu Unternehmensführungspraktiken

Unter Einbeziehung einer Vielzahl der Mitarbeiter und Berater hat MLP im Jahre 2009 seine Kernwerte neu definiert. Dabei wurden „Leistung“ und „Vertrauen“ als Werte identifiziert, die MLP besonders authentisch darstellen. Darauf aufbauend wurde anschließend das bestehende Unternehmensleitbild von MLP überarbeitet. In einem dritten Schritt sind daraus die folgenden Führungsgrundsätze für MLP entstanden:

MLP-Führungskräfte:

- verpflichten sich den Interessen der MLP-Kunden
- leben die Kernwerte „Leistung“ und „Vertrauen“

- setzen vereinbarte Ziele und Entscheidungen konsequent um
- gestalten die Zukunft proaktiv
- arbeiten offen und teamorientiert zusammen
- sorgen für eine systematische Führungskräfte- und Mitarbeiterentwicklung

Als Beitrag zur Diskussion über die Qualität der Finanzberatung in Deutschland hat MLP im Jahre 2009 einen Beratungskodex als Leitlinie für die Kundenberatung vorgestellt. Dieser Kodex beinhaltet keine Neuerungen, sondern fasst die zum Teil seit mehreren Jahren geltenden Beratungs- und Betreuungsstandards bei MLP zusammen. Ziel ist es, die Transparenz gegenüber Kunden, Interessenten und Öffentlichkeit weiter zu erhöhen. Sämtliche Leitlinien beruhen auf den MLP-Unternehmenswerten; sie prägen die Beziehung zwischen Mitarbeitern und Beratern sowie zu sämtlichen Stakeholdern.

Eine Erläuterung der Geschäfts- und der Risikostrategie sowie des Risikomanagements finden sich in den entsprechenden Kapiteln dieses Geschäftsberichtes.

Informationen

Die Aktionäre sind gesetzlich an grundlegenden Entscheidungen der MLP AG wie Satzungsänderungen oder der Ausgabe neuer Aktien beteiligt. Um die Aktionäre bei der Wahrnehmung ihrer Rechte zu unterstützen, bietet ihnen die MLP AG an, Stimmrechte schriftlich durch von der Gesellschaft benannte weisungsgebundene Stimmrechtsvertreter auszuüben. Über alle wesentlichen Inhalte der Hauptversammlung berichten wir auf unserer Website www.mlp-ag.de. Die Rede des Vorstandsvorsitzenden kann dort online abgerufen werden.

Eine regelmäßige, gleichberechtigte, zeitnahe und umfassende Information des Kapitalmarktes und der interessierten Öffentlichkeit über die wirtschaftliche Lage und die Ergebnisse unseres Konzerns hat für uns einen hohen Stellenwert. Die Berichterstattung erfolgt im Rahmen des Geschäftsberichts, dem Halbjahresfinanzbericht sowie den Zwischenberichten zu den Quartalen innerhalb der dafür vorgegebenen Fristen. Über aktuelle Ereignisse oder neue Entwicklungen informieren wir in Pressemeldungen oder, soweit gesetzlich vorgesehen, in Ad-hoc-Mitteilungen. Alle Meldungen und Mitteilungen stehen im Internet zur Verfügung. Unser Finanzkalender informiert über die für den Kapitalmarkt relevanten Termine, wie z.B. unsere Hauptversammlung, die Veröffentlichung des Geschäftsberichts und der Zwischenberichte.

Auf unserer Homepage www.mlp-ag.de bieten wir zudem unter der Rubrik „Investor Relations“ – in Deutsch und Englisch – nicht nur Zugriff auf die vorgenannten Informationsinstrumente, sondern auch auf Telefonkonferenzen und Präsentationen.

Mindestens einmal im Jahr veranstalten wir Analysten- und Medienkonferenzen. Ad-hoc-Mitteilungen veröffentlichen wir gemäß den gesetzlichen Anforderungen auf unserer Website. Dort informieren wir zudem umfassend über die Corporate Governance bei MLP. Unsere Entsprechenserklärung halten wir für mindestens fünf Jahre auf unserer Homepage zugänglich.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Die Rechnungslegung der Gesellschaft erfolgt nach den Vorschriften des deutschen Handelsgesetzbuches (HGB). Die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, wurde von der Hauptversammlung zum Abschlussprüfer gewählt und hat den Abschluss 2009 geprüft. Der Aufsichtsrat hat sich vergewissert, dass die bestehenden Beziehungen zwischen den Abschlussprüfern und der MLP AG oder ihren Organen keine Zweifel an der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers begründen.

Vergütungsbericht

Der nachfolgende Vergütungsbericht ist in Bezug auf die handelsrechtlichen Angabepflichten zugleich auch Teil des Lageberichts.

Vergütung der Mitglieder des Vorstands

Im Zuge des Inkrafttretens des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) wurde die Zuständigkeit für die Festlegung der Vorstandsvergütung von dem Personalausschuss des Aufsichtsrats auf das Gesamtplenum des Aufsichtsrats übertragen. Der Personalausschuss ist zukünftig nicht mehr für die Beschlussfassung über die Vorstandsvergütung zuständig, sondern bereitet diese nur noch vor.

Grundsätze der Vorstandsvergütung

Mit dem zum 5. August 2009 in Kraft getretenen VorstAG hat der Gesetzgeber ferner neue Anforderungen hinsichtlich der Festsetzung der Vorstandsvergütung geschaffen. Der Gesetzgeber verfolgt dabei das Ziel, die Vergütung des Vorstands an einer nachhaltigen Unternehmensentwicklung auszurichten. Dieses Ziel deckt sich vom Grundsatz mit dem System der Vorstandsvergütung bei MLP. Der Personalausschuss des Aufsichtsrats hat sich in seiner Sitzung am 10. Dezember 2009 mit den gesetzlichen Neuerungen, insbesondere auch mit der Ausrichtung der Vorstandsvergütung an einer nachhaltigen Unternehmensführung befasst. Das gegenwärtige System der Vorstandsvergütung trägt auch nach Einschätzung von Experten den Zielsetzungen der gesetzlichen Neuregelungen bereits weitgehend Rechnung. Gleichwohl wird sich der Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2010 eingehend mit der weiteren Entwicklung des Vorstandsvergütungssystems bei MLP befassen.

Die Mitglieder des Konzernvorstands haben auf Basis der mit ihnen derzeit geschlossenen Dienstverträge einen Anspruch auf eine fixe (erfolgsunabhängige) und eine variable (erfolgsbezogene) Vergütung. Bemessungsgrundlage für die variable Vergütung ist das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT) des MLP-Konzerns nach den jeweils im Konzern angewandten (internationalen) Rechnungslegungsstandards. Entscheidend ist das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT), wie es sich jeweils ohne Kürzung um gewinnabhängige Tantiemen ergäbe. Sollten im Geschäftsjahr fortzuführende und aufgegebenen Geschäftsbereiche ausgewiesen werden, so setzt sich die Bemessungsgrundlage zusammen aus der Summe der Ergebnisse der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT) der fortzuführenden und aufgegebenen Geschäftsbereiche. Alle in direktem Zusammenhang mit der Aufgabe/Veräußerung von Ge-

schäftsbereichen stehenden Kosten und Erträge werden nicht in die Bemessungsgrundlage mit einbezogen. Die variable Vergütung ergibt sich aus einem festgelegten Prozentsatz an der Bemessungsgrundlage. Beginnt oder endet das Anstellungsverhältnis im Laufe eines Geschäftsjahres, so wird grundsätzlich die Tantieme für dieses Geschäftsjahr pro rata temporis gewährt.

Des Weiteren haben die Vorstände Anspruch auf einen Dienstwagen zur unbeschränkten Nutzung sowie auf die Leistungen aus einer Todesfall- und Invaliditätsversicherung.

Individualisierte Vorstandsvergütung für das Geschäftsjahr 2009

Alle Angaben in T€	Fester Vergütungsbestandteil	Variabler Vergütungsbestandteil	Gesamt
Dr. Uwe Schroeder-Wildberg	527	206	734
Gerhard Frieg	383	165	548
Ralf Schmid*	317	138	455
Muhyddin Suleiman	378	165	543
Gesamt	1.606	674	2.280

*Vorstand seit 1. März 2009

Individualisierte Vorstandsvergütung für das Geschäftsjahr 2008

Alle Angaben in T€	Fester Vergütungsbestandteil	Variabler Vergütungsbestandteil	Gesamt
Dr. Uwe Schroeder-Wildberg	528	249	777
Gerhard Frieg	384	200	583
Muhyddin Suleiman	380	200	579
Gesamt	1.291	648	1.939

Für ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands bestanden zum 31. Dezember 2009 Pensionsrückstellungen in Höhe von 6.871 T€ (Vorjahr: 6.677 T€).

Zudem sind langfristige Vergütungskomponenten gegeben. Die Mitglieder des Vorstands sind am Incentive Programm 2004 und an den Long Term Incentive-Programmen 2007 bis 2009 beteiligt. Die Ausgestaltung dieser Programme ist nachfolgend beschrieben.

Aktionsoptionsprogramm und wertpapierorientierte Vergütungssysteme

Die Hauptversammlung der MLP AG vom 28. Mai 2002 hatte den Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats der Gesellschaft bis zum 28. Mai 2007 einmalig oder mehrfach bis zu insgesamt 1.700.000 unverzinsliche Wandelschuldverschreibungen im Nennbetrag von je 1 € bis zum Gesamtnennbetrag von 1.700.000 € an Mitglieder des Vorstands und Arbeitnehmer der Gesellschaft sowie an Mitglieder der Geschäftsführung, die als selbstständige Handelsvertreter tätigen Außendienstmitarbeiter und Arbeitnehmer von mit der Gesellschaft im Sinne der §§ 15 ff. Aktiengesetz verbundenen Unternehmen mit einer Laufzeit von jeweils sechs Jahren auszugeben. Die Wandelschuldverschreibungen berechtigen den Inhaber nach näherer Maßgabe der Wandelschuldverschreibungsbedingungen, neue Aktien aus bedingtem Kapital der MLP AG zu erwerben. Soweit Wandelschuldverschreibungen an Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft aus gegeben wurden, war nur der Aufsichtsrat zur Ausgabe berechtigt.

Die Wandelschuldverschreibungen wurden in den Jahren 2002 bis 2005 in Teilbeträgen angeboten. Insgesamt wurden im Zeitraum von 2002 bis 2005 1.651.188 € bzw. Stücke Wandel-

schuldverschreibungen zugeteilt. Der Umfang der jeweiligen Tranche wurde vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats festgelegt. Die Berechtigten und der Umfang des jeweiligen Rechts auf Erwerb der Wandelschuldverschreibungen wurden durch den Vorstand festgelegt. Soweit Mitglieder des Vorstands betroffen waren, erfolgte dies durch den Aufsichtsrat.

Nachdem die Ausübungshürde (39,28 €) für die Zuteilung der ersten Tranche der Wandelschuldverschreibungen aus dem Jahr 2002 bis zum 19. August 2005 nicht erreicht wurde, konnten die Wandelschuldverschreibungen der ersten Tranche nicht gewandelt werden. Der Nennbetrag wurde den Berechtigten zurückgezahlt.

	Tranche 2003	Tranche 2004	Tranche 2005
Ausübungszeitraum			
Beginn	05.08.2006	17.08.2007	16.08.2008
Ende	04.08.2009	16.08.2010	15.08.2011
Nennbetrag (€)	1,00	1,00	1,00
Ausübungspreise (€)	7,02	12,40	13,01
Gezeichnete Wandelschuldverschreibungen (€ bzw. Stück)	281.040	677.042	577.806
Gewandelt bis 31.12.2007	169.668	1.850	85
Wandelschuldverschreibungen zum 31.12.2007 (€ bzw. Stück)	78.595	582.594	553.018
davon Vorstand (€ bzw. Stück)	-	32.300	-
Gewandelt in 2008	16.445	29.087	24.933
Zurückgezahlt in 2008	4.320	42.619	37.538
Wandelschuldverschreibungen zum 31.12.2008 (€ bzw. Stück)	57.830	510.888	490.547
davon Vorstand (€ bzw. Stück)	-	32.300	-
Gewandelt in 2009	16.573	24	-
Zurückgezahlt in 2009	41.257	20.281	23.993
Wandelschuldverschreibungen zum 31.12.2009 (€ bzw. Stück)	0	490.583	466.554
davon Vorstand (€ bzw. Stück)	-	32.300	-

Im Geschäftsjahr 2006 wurde die Ausübungshürde für die im Geschäftsjahr 2003 emittierte zweite Tranche erreicht. Während des Ausübungszeitraums vom 5. August 2006 bis zum 4. August 2009 waren die Inhaber der Wandelschuldverschreibungen berechtigt, von ihrem Recht auf Wandlung Gebrauch zu machen. Bis zum Ende des Geschäftsjahres 2009 wurden insgesamt 202.686 Wandlungsrechte ausgeübt und in Aktien der MLP AG gewandelt.

Die Ausübungshürde für die im Geschäftsjahr 2004 ausgegebene Tranche 2004 wurde in 2007 erreicht. Die Inhaber der Wandelschuldverschreibungen sind während des Ausübungszeitraums vom 17. August 2007 bis zum 16. August 2010 berechtigt, von ihrem Recht auf Wandlung Gebrauch zu machen. Bis zum Ende des Geschäftsjahres 2009 wurden insgesamt 30.961 Wandlungsrechte ausgeübt und in Aktien der MLP AG gewandelt.

Die Ausübungshürde für die im Geschäftsjahr 2005 ausgegebene Tranche 2005 wurde in 2006 erreicht. Die Inhaber der Wandelschuldverschreibungen sind während des Ausübungszeitraums vom 16. August 2008 bis zum 15. August 2011 berechtigt, von ihrem Recht auf Wandlung Gebrauch zu machen. Bis zum Ende des Geschäftsjahres 2009 wurden insgesamt 25.018 Wandlungsrechte ausgeübt und in Aktien der MLP AG gewandelt.

In 2005 wurde erstmals ein Long Term Incentive-Programm („LTI“) aufgelegt, an dem neben den Vorständen unter anderem auch ausgewählte Führungskräfte des MLP-Konzerns beteiligt werden. Es handelt sich um einen kennzahlenbasierten Unternehmens-Performance-Plan. Dieser

berücksichtigt sowohl das mehrjährige Konzernergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT) als auch die Aktienkursentwicklung. Dabei können so genannte Performance Shares (virtuelle Aktien) zugeteilt werden. Für die Vorstandsmitglieder erfolgt die Zuteilung durch den Aufsichtsrat. Die Auszahlung für die Tranche 2005 erfolgte in 2008, die Tranche 2006 ist in 2009 verfallen. Für die in den Geschäftsjahren 2007 bis 2009 genehmigten Tranchen bemisst sich die Cash-Ausschüttung am dreifachen Ergebnis der betrieblichen Geschäftstätigkeit (EBIT) des der Gewährung vorausgehenden Geschäftsjahres (Performance-Hürde). Erst ab der Erreichung dieser Performance-Hürde haben die Bezugsberechtigten einen Anspruch auf Barzahlung.

Ein Eigenkapitalausgleich ist nicht vorgesehen. Der beizulegende Zeitwert der virtuellen Aktien wird an jedem Stichtag unter Anwendung eines geeigneten Bewertungsverfahrens neu ermittelt.

Bei einem Ausscheiden aus dem Unternehmen verfallen grundsätzlich die zugeteilten virtuellen Aktien. Von den insgesamt 758.385 zugeteilten Performance Shares sind bis zum 31. Dezember 2009 8.039 verfallen.

	Tranche 2007	Tranche 2008	Tranche 2009
Performance Shares bei Zuteilung (Stück)	233.120	228.825	296.440
davon Vorstand (Stück)	117.899	122.983	177.866
davon andere (Stück)	115.221	105.842	118.574
Performance Shares zum 31.12.2008 (Stück)	225.081	228.825	-
davon Vorstand (Stück)	117.899	122.983	-
davon andere (Stück)	107.182	105.842	-
Verfallene Performance Shares in 2009	-	-	-
ausbezahlte Performance Shares	-	-	-
Performance Shares zum 31.12.2009 (Stück)	225.081	228.825	296.440
davon Vorstand (Stück)	117.899	122.983	177.866
davon andere (Stück)	107.182	105.842	118.574

Die am 31. Dezember 2009 amtierenden Konzernvorstände besitzen vom Unternehmen ausgegebene Wandelschuldverschreibungen. Genauere Angaben hierzu können Sie der nachfolgenden Tabelle entnehmen:

Alle Angaben in T€ bzw. Stück	Wandelschuldverschreibungen Tranche 2004 (Wert zum Zeitpunkt der Gewährung)	Wandelschuldverschreibungen Insgesamt in Stück zum 31.12.2009	Wandelschuldverschreibungen Insgesamt in Stück zum 31.12.2008
Dr. Uwe Schroeder-Wildberg	49	12.300	12.300
Gerhard Frieg	40	10.000	10.000
Muhyddin Suleiman	40	10.000	10.000
Gesamt	130	32.300	32.300

Im Rahmen des Long Term Incentive-Programms erhielten die Mitglieder des Vorstands in den Jahren 2005 bis 2009 Performance Shares (virtuelle Aktien). Anzahl und Wert der virtuellen Aktien sind, soweit diese nicht ausbezahlt wurden oder verfallen sind, der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Alle Angaben in Stück	Tranche 2007	Tranche 2008	Tranche 2009
beizulegender Zeitwert zum Zeitpunkt der Gewährung	9,33 €	9,92 €	7,59 €
Dr. Uwe Schroeder-Wildberg	53.591	50.403	65.876
Gerhard Frieg	32.154	36.290	39.526
Ralf Schmid*	-	-	32.938
Muhyddin Suleiman	32.154	36.290	39.526
Gesamt	117.899	122.983	177.866

* Vorstand seit 1. März 2009

Der in der Gewinn- und Verlustrechnung 2009 für Vorstände erfasste Aufwand für das Long Term Incentive-Programm beträgt 328 T€ (Vorjahr: 0 T€).

Die Mitglieder des Konzernvorstands besitzen einzelvertragliche betriebliche Versorgungszugestanden. Es ist eine Altersrente ab Vollendung des 62. Lebensjahres, eine Invalidenrente, eine Witwenrente sowie eine Waisenrente zugesagt. Die Höhe der zugesagten Leistung beträgt 60% des zuletzt bezogenen festen Monatsgehalts oder wird in Nachträgen zu den Anstellungsverträgen separat festgesetzt.

Die Dienstverträge zwischen der Gesellschaft und dem Vorstandsvorsitzenden Herrn Dr. Uwe Schroeder-Wildberg und den Mitgliedern des Vorstands, den Herren Gerhard Frieg, Muhyddin Suleiman und Ralf Schmid enthalten eine Klausel, wonach sie für den Fall, dass ein Dritter, der im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses weniger als 10% an MLP beteiligt war, eine Beteiligung von mindestens 50% der Stimmrechte erwirbt, berechtigt sind, ihren Vertrag mit einer Frist von einem Monat zu kündigen. Üben sie dieses Kündigungsrecht aus, ist MLP verpflichtet, ihnen eine Vergütung zu bezahlen, die dem vierfachen eines Jahresfestgehalts entspricht, wenn der Vertrag nicht von ihnen infolge des „change of control“ gekündigt worden wäre, sofern die Kündigung des Vertrages mehr als zwei Jahre vor der regulären Beendigung des Vertrages erfolgt. Die Dienstverträge von Herrn Dr. Schroeder-Wildberg und Herrn Ralf Schmid haben jeweils eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2012, von Herrn Frieg bis 18. Mai 2012 und von Herrn Suleiman bis zum 3. September 2012. Bei Beendigung des Vertrages in den zwei Jahren vor der regulären Beendigung, wird die Abfindung nur pro-rata-temporis geschuldet.

Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten satzungsgemäß neben dem Ersatz ihrer Auslagen für das jeweilig abgelaufene Geschäftsjahr eine jährliche feste Vergütung von 30.000 €. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das Doppelte, sein Stellvertreter das Eineinhalbfache. Für die Tätigkeit in einem Ausschuss wird zusätzlich eine gesonderte Vergütung gewährt. Diese beträgt pro Aus-

schuss das 0,3-fache der Grundvergütung als Aufsichtsratsmitglied. Der Vorsitzende des Ausschusses erhält das 0,4-fache der Grundvergütung, sein Stellvertreter das 0,35-fache. Soweit der Vorsitzende des Aufsichtsrats zugleich Vorsitz in einem oder mehreren Ausschüssen innehat, erhält er neben der Vergütung für den Aufsichtsrat nur die Grundvergütung (0,3-fache der festen Aufsichtsratsvergütung) pro Ausschuss. Der feste Vergütungsbestandteil wird nach Ablauf des Geschäftsjahres ausgezahlt. Im Rahmen der Aufsichtsratsstätigkeit erhält kein Aufsichtsratsmitglied variable oder aktienbasierte Vergütungsbestandteile.

Individualisierte Aufsichtsratsvergütung

Alle Angaben in T€	Fester Vergütungs- bestandteil 2009	Fester Vergütungs- bestandteil 2008
Dr. Peter Lütke-Bornefeld (Vorsitzender)	87	67
Dr. h.c. Manfred Lautenschläger (stellvertretender Vorsitzender)	72	86
Johannes Maret	57	57
Dr. Claus Michael Dill	57	36
Norbert Kohler	30	30
Maria Bähr	30	30
Gerd Schmitz-Morkramer*	-	27
Gesamt	333	333

*Mitglied des Aufsichtsrats bis 16. Mai 2008

Im Geschäftsjahr 2009 fielen 21 T€ (Vorjahr: 4 T€) Ersatz für Auslagen an.

Jahresabschluss / Anhang

Jahresabschluss / Anhang.....	55
Gewinn- und Verlustrechnung für 2009.....	56
Bilanz zum 31. Dezember 2009.....	57
Anhang für das Geschäftsjahr 2009.....	59
Allgemeine Angaben.....	59
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.....	61
Erläuterungen zur Bilanz.....	64
Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung.....	72
Sonstige Angaben.....	74

Gewinn- und Verlustrechnung für 2009

Alle Angaben in T€

	Anhang	2009	2008
1. Sonstige betriebliche Erträge	[1]	23.878	19.691
2. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	[2]	-3.662	-3.380
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: 747 T€ (Vorjahr: 749 T€)	[2]	-848	-847
3. Abschreibungen			
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	[3]	-4.864	-4.898
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	[4]	-16.282	-17.795
5. Erträge aus Beteiligungen			
davon aus verbundenen Unternehmen: 3.087 T€ (Vorjahr: 10.206 T€)	[5]	3.087	10.206
6. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	[5]	41.847	46.750
7. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens			
davon aus verbundenen Unternehmen: 0 T€ (Vorjahr: 0 T€)	[5]	283	74
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			
davon aus verbundenen Unternehmen: 344 T€ (Vorjahr: 987 T€)	[5]	5.498	5.482
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	[5]	-312	-18.341
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
davon an verbundene Unternehmen: 13 T€ (Vorjahr: 56 T€)	[5]	-3.623	-1.492
11. Finanzergebnis		46.780	42.679
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		45.001	35.450
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	[6]	-17.292	-15.865
14. Sonstige Steuern		-125	-125
15. Jahresüberschuss		27.584	19.460
16. Gewinnvortrag			
a) Bilanzgewinn Vorjahr		30.201	48.996
b) Dividendenausschüttung		-30.201	-48.996
17. Entnahmen aus Gewinnrücklagen	[16]		
a) aus der Rücklage für eigene Aktien unterjährig		0	6.729
b) aus der Rücklage für eigene Aktien aus der Einziehung		0	96.993
c) aus anderen Gewinnrücklagen		0	10.741
18. Ertrag aus der Kapitalherabsetzung		0	10.821
19. Einstellung in die Kapitalrücklage		0	-10.821
20. Aufwand aus der Einziehung von eigenen Aktien		0	-96.993
21. Einstellung in Gewinnrücklagen	[16]		
a) in andere Gewinnrücklagen		0	-6.729
b) in andere Gewinnrücklagen gemäß HV-Beschluss		0	0
22. Bilanzgewinn		27.584	30.201

Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktiva

Alle Angaben in T€	Anhang	2009	2008
A. ANLAGEVERMÖGEN	[7]		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		16	29
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		58.078	61.124
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		8.198	9.759
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		0	33
		66.276	70.916
III. Finanzanlagen			
Anteile an verbundenen Unternehmen	[8]	148.747	147.812
		148.747	147.812
		215.039	218.757
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	[9]	36.835	46.345
2. Sonstige Vermögensgegenstände davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr 5.696 T€ (Vorjahr: 4.901 T€)	[10]	41.500	32.594
		78.335	78.940
II. Wertpapiere			
Sonstige Wertpapiere	[12]	16.881	31.168
		16.881	31.168
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		145.348	124.524
		240.565	234.632
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		59	61
		455.664	453.451

Passiva

Alle Angaben in T€		Anhang	2009	2008
A. EIGENKAPITAL				
I.	Gezeichnetes Kapital	[13]	107.878	107.861
	Stammstückaktien			
II.	Kapitalrücklage	[14]	134.525	134.425
III.	Gewinnrücklagen	[15]		
1.	Gesetzliche Rücklage		3.097	3.097
2.	Andere Gewinnrücklagen		152.003	152.003
			155.100	155.100
IV.	Bilanzgewinn	[16]	27.584	30.201
			425.087	427.587
B. RÜCKSTELLUNGEN				
1.	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		9.833	8.533
2.	Steuerrückstellungen	[17]	2.857	0
3.	Sonstige Rückstellungen	[17]	5.388	10.864
			18.078	19.398
C. VERBINDLICHKEITEN				
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		2.288	626
2.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		2.246	1.552
3.	Sonstige Verbindlichkeiten			
	davon aus Steuern 5.039 T€ (Vorjahr: 71 T€)	[18]	7.964	4.288
			12.498	6.466
			455.664	453.451

Anhang für das Geschäftsjahr 2009

Allgemeine Angaben

Allgemeine Angaben zur Gesellschaft

Die MLP AG hat ihren satzungsmäßigen Sitz in Wiesloch, mit der Adresse Alte Heerstr. 40, 69168 Wiesloch. Sie ist unter der Nummer HRB 332697 im Handelsregister Mannheim eingetragen.

Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ausweismethoden, Schätzungen und Annahmen

Die Erstellung des Jahresabschlusses erfordert Schätzungen und Annahmen, die die Beträge der Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten und finanziellen Verpflichtungen zum Bilanzstichtag sowie die Erträge und Aufwendungen des Berichtsjahres beeinflussen können.

Allgemeine Angaben

Der vorliegende Jahresabschluss wurde gemäß den §§ 242 ff., 264 ff. HGB sowie der einschlägigen Vorschriften des Aktiengesetzes aufgestellt. Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft i. S. von § 267 Abs. 3 HGB.

Die Bewertungsmethoden wurden unverändert zum Vorjahr beibehalten.

Am 18. April 2007 wurde zwischen der MLP AG und der MLP Finanzdienstleistungen AG (ehemalige MLP Bank AG) ein Ergebnisabführungsvertrag nach § 291 AktG abgeschlossen. Die Zustimmung der Hauptversammlungen der MLP AG und der MLP Bank AG erfolgte am 31. Mai 2007 und am 2. Mai 2007. Die Eintragung in das für die MLP Finanzdienstleistungen AG zuständige Handelsregister wurde am 13. Juni 2007 vorgenommen.

Die Bilanz wird nach dem in § 266 HGB kodifizierten Gliederungsschema erstellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren nach § 275 Abs. 2 HGB sowie mit Ergänzungen durch § 277 Abs. 3 HGB für die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen aufgestellt.

Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten werden nach Maßgabe des Wechselkurses zum Entstehungstag oder des ungünstigeren Wechselkurses am Bilanzstichtag bewertet.

Die Wertangaben in den tabellarischen Darstellungen werden grundsätzlich in Tausend-Euro-Beträgen (T€) dargestellt. Abweichungen von dieser Darstellungsweise werden direkt bei den einzelnen Tabellen vermerkt. Sowohl Einzel- als auch Summenwerte stellen den Wert mit der kleinsten Rundungsdifferenz dar. Bei Additionen der dargestellten Einzelwerte können deshalb Differenzen zu den ausgewiesenen Summen auftreten.

Angabe der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden für die einzelnen Bilanzposten

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Gegenstände des Sachanlagevermögens werden zu Anschaffungskosten bzw. zu Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen angesetzt.

Die Anschaffungskosten enthalten jeweils den nicht zum Vorsteuerabzug berechtigten Teil der auf die Zugänge entfallenden und in Rechnung gestellten Umsatzsteuer.

Die Abschreibungen werden entsprechend der aufgrund steuerlicher Vorschriften festgelegten betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear über folgende Zeiträume vorgenommen:

Immaterielle Vermögensgegenstände	
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	5 Jahre
Sachanlagen	
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	
Verwaltungsgebäude	25 - 33 Jahre
Außenanlagen	15 - 25 Jahre
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	
Raumausstattungen	10 - 25 Jahre
EDV-Hardware / EDV-Verkabelung	3 - 13 Jahre
Büroeinrichtungen / Büromaschinen	8, 10 - 13 Jahre

Die Zugänge zum beweglichen Anlagevermögen werden pro rata temporis abgeschrieben. Abgänge des beweglichen Anlagevermögens werden bis zu ihrem Abgang ebenfalls pro rata temporis abgeschrieben.

Gegenstände des beweglichen Sachanlagevermögens mit Anschaffungskosten zwischen 150 Euro und 1.000 Euro netto werden nach den im Zuge der Unternehmensteuerreform 2008 geänderten Vorschriften des § 6 EStG zur Sofortabschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern unabhängig von Wertminderungen, Veräußerungen oder Entnahmen der Wirtschaftsgüter einheitlich über 5 Jahre mit jeweils 20% abgeschrieben. Die geringwertigen Anlagegüter, die im Zusammenhang mit der Einrichtung und Fertigstellung des Verwaltungsgebäudes in Wiesloch in 2001 angeschafft wurden, werden über ihre voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Die Abschreibung erfolgt pro rata temporis.

Die Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten bzw. niedrigeren beizulegenden Werten angesetzt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden zum Nominalwert bzw. mit dem Barwert angesetzt. Soweit erforderlich werden alle risikobehafteten Posten wertberichtigt.

Die unter den Wertpapieren im Umlaufvermögen ausgewiesenen sonstigen Wertpapiere werden gem. § 253 Abs. 4 HGB nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die flüssigen Mittel werden zum Nennwert angesetzt.

Für die sich aus der betrieblichen Altersversorgung ergebenden Verpflichtungen werden Pensionsrückstellungen in Höhe des versicherungsmathematisch ermittelten Teilwertes gem. § 6a EStG bei Anwendung eines Rechnungszinsfußes von 6% und unter Zugrundelegung der Richttafeln 2005G von Dr. Klaus Heubeck gebildet.

Die Steuerrückstellungen und sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Sie sind in der Höhe angesetzt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

[1] Sonstige betriebliche Erträge

Alle Angaben in T€

	2009	2008
Konzernumlagen	1.866	1.945
Mieterträge und Nebenkosten	9.881	10.843
Gewinne aus dem Abgang von Wertpapieren	1.530	94
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	5.676	1.562
Erträge aus der Rückdeckung von Pensionsverpflichtungen	1.697	1.011
Sonstige	3.227	4.235
	23.878	19.691

Im Posten 'Sonstige' sind im Vorjahr Erlöse aus einer nachträglichen Erfolgskomponente betreffend die MLP Lebensversicherung AG enthalten. In 2009 enthält der Posten Erträge aus der Aktivierung einer Umsatzsteuerforderung, die aus einer Betriebsprüfung für die Jahre 2004 bis 2006 hervorgeht.

[2] Personalaufwand

Alle Angaben in T€

	2009	2008
Löhne und Gehälter	3.662	3.380
Soziale Abgaben	101	98
Aufwendungen für Altersversorgung	747	749
	4.511	4.228

Die durchschnittliche Arbeitnehmerzahl, ermittelt gemäß § 267 Abs. 5 HGB, betrug für das Geschäftsjahr 2009 11 Mitarbeiter (Vorjahr: 10 Mitarbeiter).

[3] Abschreibungen

Alle Angaben in T€

	2009	2008
Immaterielle Vermögensgegenstände	13	13
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3.231	3.214
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.621	1.671
	4.864	4.898

[4] Sonstige betriebliche Aufwendungen

Alle Angaben in T€

	2009	2008
Gebäudekosten	2.366	2.284
Kommunikationsaufwendungen	413	498
Repräsentation / Bewirtung	1.233	1.342
EDV-Kosten	972	901
Beratungs- und Rechtsanwaltskosten	4.525	4.134
Betriebsrestaurant	397	401
Konzernumlagen	1.903	2.014
Übrige	4.473	6.220
	16.282	17.795

Im Posten 'Übrige' war im Vorjahr eine Rückstellungszuführung für Risiken aus der abgeschlossenen Betriebsprüfung enthalten.

Honorare Abschlussprüfer

Aufwendungen für Honorare im Zusammenhang mit Leistungen von Gesellschaften, die mit der Jahresabschlussprüfung beauftragt wurden, sind den entsprechenden Angaben im Konzernanhang zu entnehmen.

[5] Finanzergebnis

Die Erträge aus Beteiligungen betreffen die Gewinnausschüttung der Feri Finance AG für das Geschäftsjahr 2008. Aus dem zwischen der MLP AG und der MLP Finanzdienstleistungen AG bestehenden Ergebnisabführungsvertrag war für das abgelaufene Geschäftsjahr von der MLP Finanzdienstleistungen AG ein Gewinn in Höhe von 41.847 T€ (Vorjahr: 46.750 T€) abzuführen.

In den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen ist ein Betrag in Höhe von 1.335 T€ (Vorjahr: 1.141 T€) aus der Auflösung der Rückstellung für Zinsswaps enthalten. Die enthaltenen Beträge aus verbundenen Unternehmen resultieren im Wesentlichen aus der Verzinsung von Verrechnungskonten. Weiterhin sind in diesem Posten Zinserträge aus Festgeldanlagen sowie Zinsen auf Steuerguthaben der abgeschlossenen Betriebsprüfung enthalten.

In den Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens war im Vorjahr ein Betrag in Höhe von 18.184 T€ enthalten, der die Abschreibung auf eigene Anteile betraf.

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen betreffen im Wesentlichen die Zahlungsverpflichtungen aus den Zinsswaps. Des Weiteren ist ein Zinsaufwand in Höhe von 1.496 T€ auf Steuerverbindlichkeiten ausgewiesen, welcher sich aus der abgeschlossenen Betriebsprüfung ergab.

[6] Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Zwischen der MLP AG (Organträger) einerseits und der MLP Finanzdienstleistungen AG, der TPC THE PENSION CONSULTANCY GmbH, der ZSH GmbH Finanzdienstleistungen und der MLP Media GmbH besteht eine körperschaft- und gewerbesteuerliche Organschaft. Der Steueraufwand wird daher, soweit er auf den Zeitraum der Organschaft entfällt, nur auf Ebene des Organträgers ermittelt und ausgewiesen.

Steuern, die auf Zeiträume vor Bestehen der Organschaft entfallen, werden auf Ebene der jeweiligen Gesellschaft ausgewiesen.

In 2006 war aufgrund gesetzlicher Vorschriften ein Körperschaftsteuerguthaben in Höhe von 5.020 T€ zu aktivieren. Das Körperschaftsteuerguthaben wird über einen Zeitraum von zehn Jahren, beginnend in 2008, zurückgezahlt und das noch verbleibende Guthaben jährlich unter Verwendung eines fristadäquaten risikolosen Zinssatzes diskontiert. Zum 31.12.2009 beträgt das abgezinste Körperschaftsteuerguthaben nach der ratierlichen Auszahlung von 2/10 noch 3.612 T€.

Erläuterung zur Bilanz

Anlagevermögen

[7] Erläuterung zum Bruttoanlagespiegel

Die Entwicklung des Anlagevermögens sowie die Abschreibungen im Geschäftsjahr 2009 sind unter Textziffer 23 dargestellt.

[8] Anteile an verbundenen Unternehmen

Im Geschäftsjahr 2009 wurde die ZSH-Gruppe, bestehend aus der ZSH Vermittlung von Versicherungen und Vermögensanlagen GmbH & Co. KG, der ZSH GmbH Finanzdienstleistungen und der ZSH Vermittlung von Versicherungen und Vermögensanlagen Verwaltungs GmbH von der MLP Finanzdienstleistungen AG erworben. Die ZSH Vermittlung von Versicherungen und Vermögensanlagen GmbH & Co. KG wurde in die ZSH Holding GmbH formgewechselt und auf diese die ZSH Vermittlung von Versicherungen und Vermögensanlagen Verwaltungs GmbH sowie die ZSH GmbH Finanzdienstleistungen verschmolzen. Daraufhin wurde die ZSH Holding GmbH in ZSH GmbH Finanzdienstleistungen umfirmiert.

Die drei Tochtergesellschaften der MLP Finanzdienstleistungen AG die MLP Private Finance plc., London, Großbritannien, die MLP Private Finance Correduria de Seguros S.A., Madrid, Spanien, und die MLP Private Finance AG, Zürich, Schweiz, befinden sich zum Bilanzstichtag in Liquidation. Die MLP Finanzdienstleistungen AG, Wien, Österreich, wurde zum 31.12.2009 an die AFSH GmbH, Wien, Österreich, veräußert.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag:

Die Aktivitäten der unselbständigen Betriebsstätte in den Niederlanden wurde am 15.01.2010 im Rahmen eines Asset Deals an NBG B.V., Valkenswaard, Niederlande, veräußert.

[9] Forderungen gegen verbundene Unternehmen

Die Veränderung des Postens „Forderungen gegen verbundene Unternehmen“ steht größtenteils im Zusammenhang mit dem zwischen der MLP AG und der MLP Finanzdienstleistungen AG bestehenden Ergebnisabführungsvertrag.

[10] Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten Ertragsteuerforderungen/-erstattungsansprüche in Höhe von 32.223 T€ (Vorjahr: 25.193 T€). Darin enthalten ist das Körperschaftsteuerguthaben in Höhe von 3.612 T€ (Vorjahr: 4.507 T€), das aufgrund gesetzlicher Vorgaben in 2006 mit dem Barwert zu aktivieren war. Die Veränderung resultiert aus der in 2008 begonnenen, über 10 Jahre linear zu verteilenden Rückzahlung des Guthabens. Weiterhin sind hier die Ansprüche aus der Rückdeckung von Pensionsverpflichtungen gegenüber Vorständen ausgewiesen.

[11] Eigene Anteile

Auf der Hauptversammlung am 16. Juni 2009 haben die Aktionäre der MLP AG den Vorstand erneut ermächtigt, bis zum 15. Dezember 2010 eigene Aktien im Umfang von bis zu 10 Prozent des Grundkapitals zum Zeitpunkt der Beschlussfassung, d.h. bis zu 10.786.114 Aktien zu erwerben. Damit wurde die Ermächtigung der Hauptversammlung 2008 ersetzt. Von diesem Vorratsbeschluss wurde bislang kein Gebrauch gemacht.

[12] Sonstige Wertpapiere

Der Posten „Sonstige Wertpapiere“ enthält festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 2.982 T€ (Vorjahr: 2.982 T€) und Investmentfonds in Höhe von 13.900 T€ (Vorjahr: 23.287 T€). Hierauf wurden Abschreibungen in Höhe von 312 T€ (Vorjahr: 156 T€) vorgenommen.

[13] Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital setzt sich aus 107.877.738 (31. Dezember 2008: 107.861.141) Stammstückaktien der MLP AG zusammen. Die Veränderung geht ausschließlich auf die Ausübung von Wandlungsrechten zurück. Im Geschäftsjahr 2009 sind hierdurch bis zum 31. Dezember 2009 16.597 neue Stückaktien ausgegeben worden. Insgesamt wurden durch Umtausch von Wandelschuldverschreibungen bisher 258.665 neue Stückaktien ausgegeben.

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom 31. Mai 2006 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 30. Mai 2011 das Grundkapital der Gesellschaft durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien einmalig oder mehrmals gegen Bar- oder Sacheinlagen um bis zu 21.000.000 € zu erhöhen. Aufgrund der vom Vorstand am 21.08.2008 beschlossenen Erhöhung des Grundkapitals um 9.799.152 €, welcher der Aufsichtsrat am selben Tag zustimmte sowie durch Anpassungsbeschluss des Aufsichtsrats ebenfalls vom 21.08.2008 beträgt das genehmigte Kapital nunmehr 11.200.848 €.

Bedingtes Kapital

Die Hauptversammlung der MLP AG vom 28. Mai 2002 hat das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu 1.700.000 € durch Ausgabe von bis zu insgesamt 1.700.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von 1 € je Aktie bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Umtauschrechten an die Inhaber von Wandelschuldverschreibungen, die aufgrund des gefassten Ermächtigungsbeschlusses von der Gesellschaft ausgegeben werden. Die Ausgabe der Aktien an die Inhaber von Wandelschuldverschreibungen erfolgt zu dem im Ermächtigungsbeschluss der Hauptversammlung vom 28. Mai 2002 festgelegten Modus zur Bestimmung des Wandlungspreises.

Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als die Inhaber von Wandelschuldverschreibungen, die von der Gesellschaft aufgrund der Ermächtigung des Vorstands durch Hauptversammlungsbeschluss vom 28. Mai 2002 ausgegeben werden, von ihrem Wandlungsrecht Gebrauch machen.

Die Gesellschaft hat in den Jahren 2002 bis 2005 als Teil des MLP-Incentive-Programms 2002 für Mitglieder des Vorstands, Mitglieder der Geschäftsführung und Arbeitnehmer der MLP AG sowie als selbstständige Handelsvertreter tätige MLP-Berater und Arbeitnehmer von mit der Gesellschaft im Sinne der §§ 15 ff. AktG verbundenen Unternehmen unverzinsliche Inhaber-Wandelschuldverschreibungen begeben, die das Recht zum Bezug von Aktien der MLP AG verbriefen.

Die Wandelschuldverschreibungen sind jeweils in untereinander gleichberechtigte, auf den Inhaber lautende Teilschuldverschreibungen im Nennbetrag von je 1 € aufgeteilt und haben eine Laufzeit von maximal sechs Jahren (davon drei Jahre Wartezeit und drei Jahre Ausübungszeitraum).

Das Wandlungsrecht kann nur ausgeübt werden, wenn zu irgendeinem Zeitpunkt während der Wartezeit der Schlusskurs der Aktie der MLP AG im Xetra-Handel (bzw. einem das Xetra-System ersetzenden vergleichbaren Nachfolgesystem an der Wertpapierbörse Frankfurt/Main) 130% des Basispreises beträgt (Ausübungshürde). Der Basispreis entspricht dem arithmetischen Mittel der Schlusskurse der Aktie der MLP AG im Xetra-Handel während der letzten fünf Handelstage, die der jeweiligen Beschlussfassung des Vorstands der MLP AG über die Ausnutzung der Ermächtigung zur Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen an die Berechtigten vorausgehen.

Während des jeweiligen Ausübungszeitraums sind die Inhaber der Wandelschuldverschreibung berechtigt, von ihrem Recht auf Wandlung Gebrauch zu machen. Bei Ausübung wird jede Teilschuldverschreibung im Nennbetrag von 1 € gegen Zahlung des Wandlungspreises (vgl. Textziffer 14) in eine neue Stammstückaktie der MLP AG umgetauscht.

Insgesamt wurden in den Jahren 2002 bis 2005 1.651.188 € bzw. Stücke Wandelschuldverschreibungen zugeteilt. Nachdem die Ausübungshürde (39,28 €) für die Zuteilung der ersten Tranche der Wandelschuldverschreibungen aus dem Jahr 2002 bis zum 19. August 2005 nicht erreicht wurde, konnten die Wandelschuldverschreibungen der ersten Tranche nicht gewandelt werden. Der Nennbetrag wurde den Berechtigten zurückgezahlt.

Der Ausübungszeitraum der zweiten Tranche aus dem Jahr 2003 endete am 04. August 2009. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden 202.686 Wandlungsrechte ausgeübt, der Nennbetrag der nicht gewandelten Schuldverschreibungen (39.829 Stücke bzw. EUR) wurde an die Berechtigten zurückgezahlt.

Von den gezeichneten Wandelschuldverschreibungen standen zum Bilanzstichtag 957 T€ (Vorjahr: 1.059 T€) aus; Wandelschuldverschreibungen in Höhe von 86 T€ (Vorjahr: 84 T€) wurden in 2009 zurückgezahlt. Aus der Ausübung von Wandlungsrechten resultiert zum 31.12.2009 eine Erhöhung des Grundkapitals um 16.597 €.

Bis zum Ende des Geschäftsjahres 2009 wurden insgesamt 258.665 Wandlungsrechte ausgeübt. Das bedingte Kapital hat sich dadurch auf 1.441.335 € (Vorjahr: 1.457.932 €) reduziert.

Einzelheiten des Programms enthält die nachstehende Tabelle:

	Tranche		
	2003	2004	2005
Ausübungszeitraum			
Beginn	05.08.2006	17.08.2007	16.08.2008
Ende	04.08.2009	16.08.2010	15.08.2011
Basispreis (€)	(Ausübungszeit- raum beendet) 7,02	12,40	13,01
gezeichnete Stücke	281.040	677.042	577.806
Ausübung Wandlungsrechte: (€ bzw. Stück)			
gesamt	202.686	30.961	25.018
* davon in 2009	16.573	24	0
Rückzahlung (€ bzw. Stück)			
gesamt	78.354	155.498	86.234
* davon in 2009	41.257	20.281	23.993
Wandelschuldverschreibungen zum 31.12.2009 (€ bzw. Stück)	0	490.583	466.554

[14] Kapitalrücklage

Alle Angaben in T€

	2009	2008
Stand 01. Januar	134.425	8.910
Zuführung	100	125.515
Stand 31. Dezember	134.525	134.425

Die Kapitalrücklage hat sich bedingt durch die in 2009 ausgeübten Wandelschuldverschreibungen um 100.043 € (Vorjahr: 730.036 €) erhöht. Bei dieser Zuführung handelt es sich um die Unterschiedsbeträge zwischen Basispreis (vgl. Textziffer 13) und Nennbetrag der ausgeübten Wandlungsrechte der zweiten Tranche (7,02 € – 1 €) und der dritten Tranche (12,40 € - 1 €). Im Vorjahr wurde die Kapitalrücklage weiterhin durch die Einziehung eigener Aktien sowie eine Kapitalerhöhung beeinflusst.

[15] Gewinnrücklagen

Andere Gewinnrücklagen

Die anderen Gewinnrücklagen haben sich wie folgt entwickelt:

Alle Angaben in T€

	2009	2008
	Stand 01. Januar	152.003
Einstellung / Entnahme für eigene Anteile	0	6.729
Entnahme für Dividende	0	-10.741
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	0	0
Stand 31. Dezember	152.003	152.003

[16] Bilanzgewinn

Der Bilanzgewinn entwickelte sich aufgrund des Jahresüberschusses 2009 wie folgt:

Alle Angaben in T€

	2009	2008
	Bilanzgewinn zum 01. Januar	30.201
Dividendenausschüttung	-30.201	-48.996
Entnahme aus Gewinnrücklage	0	17.471
Einstellung in Gewinnrücklage	0	-6.729
Jahresüberschuss	27.584	19.460
Bilanzgewinn zum 31. Dezember	27.584	30.201

[17] Rückstellungen

Die Steuerrückstellungen waren im abgelaufenen Geschäftsjahr mit insgesamt 2.857 T€ (Vorjahr: 0 T€) zu dotieren. Sie beinhalten voraussichtliche Zahlungsverpflichtungen im Zusammenhang mit der abgeschlossenen Betriebsprüfung.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen drohende Verluste aus schwebenden Geschäften in Höhe von 2.107 T€ (Vorjahr: 3.442 T€) sowie Rückstellungen für ausstehende Rechnungen in Höhe von 1.732 T€ (Vorjahr: 112 T€).

Die drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften resultieren aus Zinsswaps. Die MLP AG hält zwei Payer Swaps, welche zur Absicherung der Finanzierung einzelner Bauabschnitte des Verwaltungsgebäudes in Wiesloch im August 1999 abgeschlossen worden sind. Nach der vollständigen Rückzahlung des Darlehens im Jahr 2005 und dem damit entfallenen Sicherungszusammenhang wurden zur Eliminierung des entstandenen Zinsrisikos zwei betrags- und fristenkongruente Gegenswaps (Receiver Swaps) abgeschlossen (vergleiche Textziffer 21).

[18] Sonstige Verbindlichkeiten

Der Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ beinhaltet neben Verbindlichkeiten aus Tantiemehzahlungen für Mitglieder des Vorstands auch Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen, welche aus

den Zinsswaps resultieren. Des Weiteren enthält er Wandelschuldverschreibungen in Höhe von 957 T€ (Vorjahr: 1.059 T€). Die Ausgestaltung des Programms wird unter Textziffer 13 erläutert. Hervorgehend aus der abgeschlossenen Betriebsprüfung werden Körperschaftsteuer- bzw. Gewerbesteuerverbindlichkeiten in Höhe von 2.851 T€ bzw. 2.110 T€ ausgewiesen.

Zusammensetzung der Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2009

Alle Angaben in T€

Art der Verbindlichkeit		Mit einer Restlaufzeit von ...		
		bis zu 1 Jahr	1 bis zu 5 Jahren	mehr als 5 Jahren
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ¹⁾	2.288	2.288	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ²⁾	2.246	2.246	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	7.964	7.964	0	0
	12.498	12.498	0	0

¹⁾ Es bestehen die üblichen Eigentumsvorbehalte

²⁾ Die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen werden je Gesellschaft zusammengefasst und in einer Summe als Forderungen oder Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Zusammensetzung der Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2008

Alle Angaben in T€

Art der Verbindlichkeit		Mit einer Restlaufzeit von ...		
		bis zu 1 Jahr	1 bis zu 5 Jahren	mehr als 5 Jahren
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ¹⁾	626	626	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ²⁾	1.552	1.552	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	4.288	4.288	0	0
	6.466	6.466	0	0

¹⁾ Es bestehen die üblichen Eigentumsvorbehalte

²⁾ Die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen werden je Gesellschaft zusammengefasst und in einer Summe als Forderungen oder Verbindlichkeiten ausgewiesen.

[19] Sonstige nicht aus der Bilanz ersichtliche finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen in folgender Höhe:

Alle Angaben in T€

	2010	2011	> 2011	Summe
Bestellobligo	196	0	0	196
Kfz-Leasing	98	75	53	225
sonstige Mieten	6	6	7	19
	300	81	60	440

Der MLP AG war beim Erwerb von 56,586% der Anteile an der Feri Finance AG das Recht (Call-Option) eingeräumt worden, die restlichen 43,414% an der Feri Finance AG zu erwerben. Die Call-Option wurde von MLP am 29. Oktober 2007 ausgeübt. Der von der MLP AG zu zahlende Kaufpreis (feste Kaufpreiskomponente) für die ausstehenden 43,414% der Anteile beträgt 47,8 Mio. € und ist mit dem dinglichen Übergang der Anteile im April 2011 fällig.

Abhängig von der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung der Feri Finance AG und der Bestandsentwicklung betreuter Vermögen bei MLP kann sich die feste Kaufpreiskomponente um eine variable Kaufpreiskomponente um bis zu 98,0 Mio. € erhöhen. MLP hat die Schätzung dieser variablen Komponente des Kaufpreises zum 31. Dezember 2009 auf 0 T€ angepasst. Auch die variable Kaufpreiskomponente ist zusammen mit dem dinglichen Übergang der Anteile frühestens im April 2011 fällig.

Im Rahmen der steuerlichen Betriebsprüfung für die Jahre 2002 bis 2006 wurden Feststellungen getroffen, die zu potentiellen Ertragsteuerbelastungen führen können. Für Sachverhalte in Höhe von 8,5 Mio. € geht MLP mit überwiegender Wahrscheinlichkeit davon aus, dass Belastungen, gegebenenfalls nach Durchführung rechtlicher Schritte, nicht anfallen werden.

Darüber hinaus gab es keine weiteren sonstigen finanziellen Verpflichtungen.

[20] Haftungsverhältnisse

In dem zwischen der MLP AG und der Gothaer Allgemeine Versicherung AG, Köln, über die Veräußerung der MLP Versicherung AG geschlossenen Kaufvertrag ist eine Kaufpreisanpassungsklausel enthalten, die im ungünstigsten Fall eine Kaufpreisminderung im Jahr 2010 von maximal 7,25 Mio. € vorsieht. Eine Rückzahlung ist nach derzeitiger Sachlage nicht zu erwarten.

Zum Bilanzstichtag besteht eine gesamtschuldnerische Haftung der MLP AG und der MLP Finanzdienstleistungen AG für die beiden Gesellschaften gewährte Barkreditlinie von 10.000 T€. Zum 31. Dezember 2009 ist diese Kreditlinie nicht in Anspruch genommen worden.

Zwischen der HP Finanz Service GmbH und den einzelnen Unternehmen des MLP-Konzerns als Leistungsnehmer werden und wurden Dienstleistungsverträge abgeschlossen. Gemäß Haftungserklärung vom 2. August 2006 zwischen der MLP AG und der HP Finanz Service GmbH,

Böblingen, können sämtliche Verpflichtungen der Leistungsnehmer aus den Dienstleistungsverträgen gegenüber der MLP AG geltend gemacht werden (kumulative Schuldmitübernahme). Die Haftung der MLP AG ist unabhängig von dem Fortbestehen der einzelnen Unternehmen des MLP-Konzerns und anderweitiger gesellschaftsrechtlicher Beteiligungen.

Es besteht eine Freistellungserklärung gemäß §5 Absatz 10 des Statuts des Einlagensicherungsfonds innerhalb des Bundesverbandes deutscher Banken e. V. zugunsten der MLP Finanzdienstleistungen AG.

Die MLP AG bürgt gesamtschuldnerisch für die Verpflichtungen aus dem zwischen der MLP Private Finance Limited und Towry Law geschlossenen Kaufvertrag. Nach derzeitigem Stand besteht ein maximales Risiko in Höhe von 1 Million britische Pfund.

Über die genannten Sachverhalte hinaus gab es keine weiteren Haftungsverhältnisse.

[21] Berichterstattung nach § 285 Nr. 18 HGB für derivative Finanzinstrumente

Aufgrund der fehlenden handelsrechtlichen Definition des Begriffs „Finanzinstrument“ wurden die Vorschriften der International Financial Reporting Standards (IFRS) analog herangezogen.

Nach IAS 32.11 (2008) ist ein Finanzinstrument ein Vertrag, der gleichzeitig bei dem einen Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und bei dem anderen Unternehmen zu einer finanziellen Verpflichtung oder einem Eigenkapitalinstrument führt. Ein derivatives Finanzinstrument ist gemäß IAS 39.9 (2008) ein Finanzinstrument, dessen Wert sich infolge einer Änderung eines festgelegten Zinssatzes, Wertpapierkurses, Rohstoffpreises, Wechselkurses, Preis- oder Zinsindexes, Bonitätsratings oder Kreditindexes oder einer ähnlichen Variablen (auch „Basisobjekt“ genannt) verändert, das verglichen mit anders gearteten Verträgen, die in ähnlicher Weise auf Änderungen der Marktbedingungen reagieren, keine oder nur eine geringe anfängliche Netto-Investition erfordert und das zu einem späteren Zeitpunkt beglichen wird.

Zum 31. Dezember 2009 bestehende derivative Finanzinstrumente besitzen die folgenden Eckdaten:

	1. Vertrag	2. Vertrag	3. Vertrag	4. Vertrag
Abschlussdatum	12.08.1999	12.08.1999	18.01.2005	18.01.2005
Laufzeitbeginn	15.01.2001	16.07.2001	20.01.2005	20.01.2005
Enddatum	17.01.2011	17.01.2011	17.01.2011	15.01.2011
Nominalbetrag (€)	30.000.000	20.000.000	20.000.000	30.000.000
Zinsseite MLP AG	Festzinszahler	Festzinszahler	variabler Zinszahler	variabler Zinszahler
Festzins	5,90%	6,00%	3,11%	3,13%
Variabler Satz	EURIBOR – 6 Monate	EURIBOR – 6 Monate	EURIBOR – 6 Monate	EURIBOR – 6 Monate
Abrechnung	halbjährlich	halbjährlich	halbjährlich	halbjährlich

Bilanzierung und Bewertung

Der erstmalige Ansatz derivativer Finanzinstrumente erfolgt zu Anschaffungskosten. Die Folgebewertung erfolgt zu Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren beizulegenden Zeitwert. Die beizulegenden Zeitwerte (Marktwerte) ergeben sich im Rahmen der Barwertmethode auf Basis der aktuellen Swapkurse.

Ausweis

Nach den handelsrechtlichen Grundsätzen werden Swaps in dem Bilanzposten „Sonstige Rückstellungen“ ausgewiesen, wenn ein negativer beizulegender Zeitwert vorliegt.

Die Gewinne bzw. Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert fließen in das Finanzergebnis ein. Der anteilige beizulegende Zeitwert der Zinsswaps beläuft sich zum Bilanzstichtag auf -2.107 T€ (Vorjahr: -3.442 T€).

Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

[22]

Zur Darstellung der Finanzlage zeigen wir nachfolgende Kapitalflussrechnung, die vom Nettofinanzvermögen als Finanzmittelfonds ausgeht. Sie wird in Anlehnung an die Vorschriften des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 2 (DRS 2) gebildet.

Die Ertragsteuerzahlungen im Geschäftsjahr beliefen sich auf 17.011 T€ (Vorjahr 30.613 T€). Die Zinszahlungen im abgelaufenen Geschäftsjahr beliefen sich auf 2.319 T€ (Vorjahr 1.417 T€).

Die liquiden Mittel umfassen Zahlungsmittel mit einer Restlaufzeit von maximal drei Monaten. Die Auszahlungen für Investitionen des Finanzanlagevermögens betreffen Festgeldanlagen mit einer Laufzeit über drei Monaten. Diese werden, da sie jederzeit vorzeitig freigegeben werden können, in der Bilanz unter den flüssigen Mitteln ausgewiesen.

Kapitalflussrechnung

Alle Angaben in T€

	2009	2008
Änderung des Netto-Finanzvermögens aus der laufenden Geschäftstätigkeit		
Jahresüberschuss	27.584	19.460
zuzüglich (abzüglich) Aufwendungen (Erträge), die das Netto-Finanzvermögen nicht mindern (erhöhen)		
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	13	13
Zu-/Abschreibungen auf Finanzanlagen	-935	0
Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	312	156
Abschreibungen auf Sachanlagen	4.852	4.885
Abschreibungen auf eigene Anteile	0	18.184
Zuführungen zu Pensionsrückstellungen, saldiert	1.300	630
Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-7	0
Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	1	0
Gewinn aus dem Abgang von Wertpapieren des Umlaufvermögens	-1.530	-94
Verlust aus dem Abgang von Wertpapieren des Umlaufvermögens	63	727
Gewinn aus der Veräußerung von Anteilen an verbundenen Unternehmen	0	0
	4.068	24.502
zuzüglich (abzüglich) Verminderungen (Erhöhungen) der kurzfristigen Aktivposten außer den liquiden Mitteln		
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	9.510	47.928
Sonstige Vermögensgegenstände	-8.888	-13.955
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	2	-3
	624	33.969
zuzüglich (abzüglich) Erhöhungen (Verminderungen) der kurzfristigen Passivposten		
Steuerrückstellungen	2.857	-19
Sonstige Rückstellungen	-5.476	-3.007
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.662	-643
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	694	240
sonstige Verbindlichkeiten	3.794	-8.396
	3.531	-11.825
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	35.807	66.106
Änderung des Netto-Finanzvermögens aus der Investitionstätigkeit		
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-213	-1.003
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-60.000	-105.000
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	9	0
Einzahlungen aus Abgängen von Finanzanlagevermögen	125.000	64
Auszahlungen für den Erwerb von Anteilen an verbundenen Unternehmen	0	0
Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition (Wertpapiere des Umlaufvermögens)	34.034	2.364
Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition (Wertpapiere des Umlaufvermögens)	-18.593	-22.348
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	80.237	-125.923
Änderung des Netto-Finanzvermögens aus der Finanzierungstätigkeit		
Dividendenausschüttung	-30.201	-48.996
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	100	124.493
Auszahlungen für den Erwerb eigener Anteile	0	-11.455
Rückzahlung von Krediten	0	0
Einzahlungen und Rückzahlungen aus Wandelschuldverschreibungen	-102	-155
Veränderung der Kapitalrücklage aus der Abzinsung von Wandelschuldverschreibungen	0	0
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-30.203	63.888
Zunahme/Abnahme des Netto-Finanzvermögens	85.841	4.071
Liquide Mittel zum Ende des Geschäftsjahres	105.348	19.507
Liquide Mittel zu Beginn des Geschäftsjahres	19.507	15.436
Veränderung der liquiden Mittel	85.841	4.071

Sonstige Angaben

[23] Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2009

Anschaffungs- und Herstellungskosten

Alle Angaben in T€

	01.01.2009	Zugänge	Umbuchung	Abgänge	31.12.2009
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	170	0	0	0	170
	170	0	0	0	170
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	89.392	152	33	0	89.577
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	22.067	61	0	11	22.117
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	33	0	-33	0	0
	111.492	213	0	11	111.694
III. Finanzanlagen					
Anteile an verbundenen Unternehmen	149.801	0	0	0	149.801
	149.801	0	0	0	149.801
	261.462	213	0	11	261.664

Kumulierte Abschreibungen

Alle Angaben in T€

	01.01.2009	Zugänge	Abgänge	Zuschreibung	31.12.2009
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	140	13	0	0	153
	140	13	0	0	153
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	28.268	3.231	0	0	31.499
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	12.308	1.621	10	0	13.919
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0	0	0	0	0
	40.575	4.852	10	0	45.418
III. Finanzanlagen					
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.989	0	0	935	1.054
	1.989	0	0	935	1.054
	42.705	4.864	10	935	46.624

Buchwerte

Alle Angaben in T€

	31.12.2009	31.12.2008
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	16	29
	16	29
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	58.078	61.124
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.198	9.759
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0	33
	66.276	70.916
III. Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	148.747	147.812
	148.747	147.812
	215.039	218.757

[24] Organe der MLP AG

Vorstand

	Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten bei inländischen Gesellschaften	Mitgliedschaften in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
Dr. Uwe Schroeder-Wildberg, Heidelberg		
Vorsitzender		
zuständig für	- Feri Finance AG, Bad Homburg v.d.H. (Vorsitzender)	- MLP Finanzdienstleistungen AG, Wien
- Strategie, Konzernplanung und –steuerung, Personal, Kommunikation, Recht, Revision, Marketing, Controlling, Risikomanagement, Rechnungswesen, Steuern, Treasury und Allgemeine Verwaltung	- Reutax AG, Heidelberg (bis 03.11.2009)	(AR-Vorsitzender) - (bis 31.12.2009)
Gerhard Frieg, Heidelberg		
zuständig für	- Feri Finance AG, Bad Homburg v.d.H	- MLP Hyp GmbH, Schwetzingen
- Produktmanagement und-einkauf		
Muhyddin Suleiman, Rauenberg		
zuständig für	- Feri Finance AG, Bad Homburg v.d.H	
- Vertrieb		
Ralf Schmid, Gaiberg		
zuständig für		
- Operations (Informationstechnologie (IT), IT-Business Services, Qualitätsmanagement Konzern, Geschäftsorganisation Konzern) (seit 01.03.2009)		

Aufsichtsrat

	Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten bei inländischen Gesellschaften	Mitgliedschaften in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
<u>Dr. Peter Lütke-Bornefeld, Everswinkel, Vorstandsvorsitzender der Kölnischen Rückversicherungs- Gesellschaft AG (bis 31.03.2009)</u> Vorsitzender	<ul style="list-style-type: none">- VPV Lebensversicherungs-AG, Stuttgart- Kölnische Rückversicherungs- Gesellschaft AG (seit 01.04.2009)- MLP Finanzdienstleistungen AG, Wiesloch (Vorsitzender seit 11.03.2009)	<i>Gruppenunternehmen:</i> <ul style="list-style-type: none">- GeneralCologne Re Capital GmbH, Köln <i>Andere:</i> <ul style="list-style-type: none">- Faraday Holdings Ltd, London, Großbritannien
<u>Dr. h. c. Manfred Lautenschläger, Gaiberg</u> stellv. Vorsitzender	<ul style="list-style-type: none">- MLP Finanzdienstleistungen AG, Wiesloch (Vorsitzender bis 10.03.2009)	<ul style="list-style-type: none">- Universitätsklinikum Heidelberg, Heidelberg (Aufsichtsrat)
<u>Dr. Claus-Michael Dill, Berlin</u>	<ul style="list-style-type: none">- Kölnische Rückversicherungs-Gesellschaft AG, Köln (Vorsitzender)- TÜV Rheinland Holding AG, Köln (Vorsitzender)- Damp Holding AG, Damp (seit 12.02.2009)	<ul style="list-style-type: none">- TÜV Rheinland Berlin Brandenburg Pfalz e. V., Köln (Verwaltungsrat)- Golding Capital Partners, München (Beirat)- WestLB, Düsseldorf (Wirtschaftsbeirat)- HUK Coburg AG, Coburg (Konzernbeirat)- Gothaer Versicherungen AG, Köln (soz. Pol. Beirat)
<u>Johannes Maret, Burgbrohl</u>		<ul style="list-style-type: none">- Gebrüder Rhodius KG, Burgbrohl (Beiratsvorsitzender)- The Triton Fund, Jersey, Großbritannien (Investment Committee Member)- Xchanging plc., London, Großbritannien (Non Executive Director)- Basler Fashion Holding GmbH, Goldbach (Beiratsvorsitzender)- BEX Beteiligungs GmbH, Bad Oeynhausen (Beiratsvorsitzender)
<u>Maria Bähr, Sandhausen, Arbeitnehmervertreterin, Abteilungsleiterin bei der MLP Finanzdienstleistungen AG</u>		
<u>Norbert Kohler, Hockenheim, Arbeitnehmervertreter, Teamleiter bei der MLP Finanzdienstleistungen AG</u>		

[25] Bezüge von Aufsichtsrat und Vorstand

Hinsichtlich der detaillierten Ausgestaltung des Vergütungssystems und der Vergütungen für Vorstand und Aufsichtsrat wird auf den Vergütungsbericht, der im Kapitel "Corporate Governance" zu finden ist, verwiesen. Der Vergütungsbericht ist Bestandteil des Lageberichts.

Vorstand

Die Gesamtvergütung für die Mitglieder des Vorstands beträgt 2.280 T€ (Vorjahr 1.939 T€). Davon entfallen auf den festen Vergütungsbestandteil 1.606 T€ (Vorjahr 1.291 T€) und auf den variablen Vergütungsbestandteil 674 T€ (Vorjahr 648 T€).

Für ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands bestanden zum 31. Dezember 2009 Pensionsrückstellungen in Höhe von 6.871 T€ (Vorjahr 6.677 T€).

Die am 31. Dezember 2009 tätigen Mitglieder des Vorstands besitzen vom Unternehmen ausgegebene Wandelschuldverschreibungen. Anzahl und Wert der Wandelschuldverschreibungen sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Alle Angaben in T€

	Wandelschuldschuldverschreibungen		
	Tranche 2004 Wert zum Zeitpunkt der Gewährung	Stück insgesamt	
		31.12.2009	31.12.2008
Dr. Uwe Schroeder-Wildberg	49	12.300	12.300
Gerhard Frieg	40	10.000	10.000
Muhyddin Suleiman	40	10.000	10.000
Gesamt	130	32.300	32.300

Im Rahmen des Long Term Incentive-Programms erhielten die Mitglieder des Vorstands in den Jahren 2005 bis 2009 Performance Shares (virtuelle Aktien). Anzahl und Wert der virtuellen Aktien sind, soweit diese nicht ausbezahlt wurden oder verfallen sind, der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Alle Angaben in € bzw. Stück

	Tranche 2007	Tranche 2008	Tranche 2009
beizulegender Zeitwert zum Zeitpunkt der Gewährung	9,33 €	9,92 €	7,59 €
Dr. Uwe Schroeder-Wildberg	53.591	50.403	65.876
Gerhard Frieg	32.154	36.290	39.526
Ralf Schmid*	-	-	32.938
Muhyddin Suleiman	32.154	36.290	39.526
Gesamt	117.899	122.983	177.866

*Vorstand seit 1. März 2009

Der in der Gewinn- und Verlustrechnung 2009 für Vorstände erfasste Aufwand für das Long Term Incentive-Programm beträgt 328 T€ (Vorjahr: 0 T€).

Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten für ihre Tätigkeit in 2009 eine erfolgsunabhängige Vergütung in Höhe 333 T€ (Vorjahr 333 T€). Darüber hinaus fielen 21 T€ (Vorjahr 4 T€) Ersatz für Auslagen an.

[26] Aktionärskreis zum Bilanzstichtag

	Stammaktien		Anteil am Grundkapital	
	2009	2008	2009	2008
	Stück	Stück	%	%
Dr. h. c. Manfred Lautenschläger	25.205.534	25.205.534	23,36	23,37
Sonstige Aufsichtsratsmitglieder	41.597	42.597	0,04	0,04
Vorstand	181.463	181.463	0,17	0,17
Übrige Aktionäre	82.449.144	82.431.547	76,43	76,42
	107.877.738	107.861.141	100,00	100,00

[27] Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat haben die Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG abgegeben und diese den Aktionären auf der Internetseite der Gesellschaft, www.mlp.de, dauerhaft zugänglich gemacht.

[28] Angaben zu Mitteilungen gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 WpHG

Herr Manfred Lautenschläger, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 22. August 2008 die Schwelle von 25% unterschritten hat und zu diesem Tag 23,38% (25.205.534 Stimmrechte) beträgt. Davon sind ihm 20,98% (22.618.932 Stimmrechte) der Angelika Lautenschläger Beteiligungen Verwaltungs GmbH nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Die Angelika Lautenschläger Beteiligungen Verwaltungs GmbH, Gaiberg, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 21. April 2008 die Schwellen von 15% und 20% überschritten hat und zu diesem Tag 23,08% (22.618.932 Stimmrechte) beträgt.

Die M.L. Stiftung gGmbH, Gaiberg, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 7. Dezember 2007 die Schwelle von 3% überschritten hat und zu diesem Tag 4,14% (4.500.000 Stimmrechte) beträgt. Davon werden ihr 4,14% (4.500.000 Stimmrechte) der Manfred Lautenschläger Stiftung gGmbH gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Frau Angelika Lautenschläger, Deutschland, hat uns gem. § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 7. Dezember 2007 die Schwelle von 3% und 5% überschritten hat und zu diesem Tag 5,97% (6.500.000 Stimmrechte) beträgt. Davon werden ihr 4,14% (4.500.000 Stimmrechte) der M. L. Stiftung gGmbH gemäß §§ 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 22 Abs. 1 Satz 2 WpHG zugerechnet. Der M.L. Stiftung gGmbH werden 4,14% (4.500.000 Stimmrechte) aus von der Manfred Lautenschläger Stiftung gGmbH gehaltenen Aktien nach § 22 Abs. 1 S.1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Die Barmenia Krankenversicherung a. G., Wuppertal, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 21. Dezember 2009 die Schwellen von 3% und 5% überschritten hat und an diesem Tag 6,67% (dies entspricht 7.197.664 Stimmrechten) beträgt. Davon werden der Barmenia Krankenversicherung a. G. 0,27% (dies entspricht 290.000 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Die Barmenia Krankenversicherung a. G., Wuppertal, Deutschland, hat uns gemäß § 25 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sie am 15. Dezember 2009 durch Zusammenrechnung von Stimmrechten, die sie aufgrund unmittelbarer oder mittelbar gehaltener Finanzinstrumente einseitig erwerben können und aus Stimmrechten gem. §§ 21, 22 WpHG die Schwellen von 3% und 5% überschritten hätten und an diesem Tag 6,67% (dies entspricht 7.197.664 Stimmrechten) betragen würden. Hiervon beträgt ihr aufgrund von Finanzinstrumenten beziehbarer Stimmrechtsanteil 6,00% (6.472.664 Stimmrechte) und unser Stimmrechtsanteil nach §§ 21, 22 WpHG 0,67% (725.000 Stimmrechte). Der Ausübungszeitpunkt für die Finanzinstrumente lautet dabei: 21. Dezember 2009.

Die Swiss Life Beteiligungs GmbH, Hannover, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 21. Dezember 2009 die Schwellen von 15% und 10% unterschritten hat und nun 9,90% (dies entspricht 10.679.892 Stimmrechten) beträgt.

Die Swiss Life Holding AG, Zürich, Schweiz, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 21. Dezember 2009 die Schwellen von 15% und 10% unterschritten hat und nun 9,90% (dies entspricht 10.679.892 Stimmrechten) beträgt. Die Stimmrechte werden ihr gem. § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG von der Swiss Life Beteiligungs GmbH zugerechnet.

Die Barmenia Krankenversicherung a. G., Wuppertal, Deutschland, hat uns gemäß § 25 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sie am 21. Dezember 2009 die zuvor unmittelbar oder mittelbar gehaltenen Finanzinstrumente ausgeübt hat und die Schwellen von 3% und 5% bezüglich dieser Finanzinstrumente wieder unterschritten hat. Der Ausübungszeitpunkt für die Finanzinstrumente lautete: 21. Dezember 2009.

Die Barmenia Krankenversicherung a. G., Wuppertal, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 21. Dezember 2009 die Schwellen von 3% und 5% überschritten hat und an diesem Tag 6,67% (dies entspricht 7.197.664 Stimmrechten) beträgt.

Die Swiss Life Beteiligungs GmbH, Hannover, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 01. April 2009 die Schwelle von 20% unterschritten hat und nun 15,90% (dies entspricht 17.152.556 Stimmrechten) beträgt.

Die Swiss Life Holding AG, Zürich, Schweiz, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 01. April 2009 die Schwelle von 20% unterschritten hat und nun 15,90% (dies entspricht 17.152.556 Stimmrechten) beträgt. Die Stimmrechte werden ihr gem. § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG von der Swiss Life Beteiligungs GmbH zugerechnet.

Die Berenberg Bank, Joh. Berenberg Gossler & Co. KG, Hamburg, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 18. November 2009 die Schwelle von 5% unterschritten hat und nun 4,84% (dies entspricht 5.223.957 Stimmrechten) beträgt.

Die AXA S.A., Paris, Frankreich, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 22. August 2008 die Schwelle von 5% unterschritten hat und zu diesem Tag 4,72% (5.090.989 Stimmrechte) betrug. Davon sind ihr 4,18% (4.503.693 Stimmrechte) gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen und weitere 0,54% (587.296 Stimmrechte) gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 i.V.m. Satz 2 WpHG zuzurechnen.

Die AXA S.A., Paris, Frankreich, hat uns des Weiteren mitgeteilt, dass die zugerechneten Stimmrechte dabei über folgende Konzernstruktur kontrolliert werden: Die AXA S.A., Paris, Frankreich, ist Konzernmutter und kontrolliert die Vinci B.V., Utrecht, Niederlande; diese kontrolliert die AXA Konzern AG, Köln, Deutschland; diese wiederum kontrolliert die AXA Lebensversicherung AG, Köln, Deutschland.

Die AXA S.A., Paris, Frankreich, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG Folgendes mitgeteilt:

Der Stimmrechtsanteil der AXA Lebensversicherung AG, Köln, Deutschland, an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, hat am 21. August 2008 die Schwelle von 3% überschritten und beträgt nun 4,60% (dies entspricht 4.503.693 Stimmrechten).

Der Stimmrechtsanteil der AXA Konzern AG, Köln, Deutschland, an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, hat am 21. August 2008 die Schwelle von 3% überschritten und beträgt nun 4,60% (dies entspricht 4.503.693 Stimmrechten). Die Anrechnung dieser Stimmrechte erfolgt dabei gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG.

Der Stimmrechtsanteil der Vinci B.V., Utrecht, Niederlande, an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, hat am 21. August 2008 die Schwelle von 3% überschritten und beträgt nun 4,60% (dies entspricht 4.503.693 Stimmrechten). Die Anrechnung dieser Stimmrechte erfolgt dabei gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG.

Der Stimmrechtsanteil der AXA S.A., Paris, Frankreich, an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, hat am 21. August 2008 die Schwellen von 3% und 5% überschritten und beträgt nun 5,17% (dies entspricht 5.063.489 Stimmrechten). Davon sind der AXA S.A. 4.503.693 (4,60%) Stimmrechte gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen und weitere 559.796 (0,57%) Stimmrechte gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 i.V.m. Satz 2 WpHG.

Die AXA S.A., Paris, Frankreich hat uns des Weiteren mitgeteilt, dass die zugerechneten Stimmrechte dabei über folgende Konzernstruktur kontrolliert werden: Die AXA S.A., Paris, Frankreich, ist Konzernmutter und kontrolliert die Vinci B.V., Utrecht, Niederlande; diese kontrolliert die AXA Konzern AG, Köln, Deutschland; diese wiederum kontrolliert die AXA Lebensversicherung AG, Köln, Deutschland.

Die Allianz SE, München, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 22. August 2008 die Schwellen von 3% und 5% überschritten hat und 6,27% (dies entspricht 6.761.893 Stimmrechten) betrug. Die Stimmrechte wurden ihr gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Die ihr zugerechneten Stimmrechte wurden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der MLP AG jeweils 3% oder mehr betrug, gehalten: Allianz Deutschland AG, Jota Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Allianz Lebensversicherung AG.

Zugleich hat uns die Allianz SE gemäß §§ 21 Abs. 1 i.V.m. 24 WpHG mitgeteilt:

Der Stimmrechtsanteil der Allianz Deutschland AG, München, Deutschland, an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, hat am 22. August 2008 die Schwellen von 3% und 5% überschritten und betrug 6,27% (dies entspricht 6.761.893 Stimmrechten). Diese Stimmrechte wurden der Allianz Deutschland AG gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Die der Allianz Deutschland AG zugerechneten Stimmrechte wurden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der MLP AG jeweils 3% oder mehr betrug, gehalten: Jota Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Allianz Lebensversicherung AG.

Der Stimmrechtsanteil der Jota Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, München, Deutschland, an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, hat am 22. August 2008 die Schwellen von 3% und 5% überschritten und betrug 6,27% (dies entspricht 6.761.893 Stimmrechten). Diese Stimmrechte wurden der Jota Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Die der Jota Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH zugerechneten Stimmrechte wurden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der MLP AG jeweils 3% oder mehr betrug gehalten: Allianz Lebensversicherung AG.

Der Stimmrechtsanteil der Allianz Lebensversicherung AG, Stuttgart, Deutschland, an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, hat am 22. August 2008 die Schwellen von 3% und 5% überschritten und betrug 6,27% (dies entspricht 6.761.893 Stimmrechten).

Die HDI-Gerling Pensionskasse AG, Köln, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3% und 5% überschritten hat und 9,89% (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 9,39% (dies entspricht 10.132.969 Stimmrechten)

gemäß § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Die HDI-Gerling Pensionskasse AG hält 0,50% (dies entspricht 539.000 Stimmrechten) direkt.

Die Aspecta Lebensversicherung AG, Köln, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3% und 5% überschritten hat und 9,89% (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 8,40% (dies entspricht 9.054.969 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Die Aspecta Lebensversicherung AG hält 1,50% (dies entspricht 1.617.000 Stimmrechten) direkt.

Die CiV Lebensversicherung AG, Hilden, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3% und 5% überschritten hat und 9,89% (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 9,65% (dies entspricht 10.408.201 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Die CiV Lebensversicherung AG hält 0,24% (dies entspricht 263.768 Stimmrechten) direkt.

Die PBV Lebensversicherung AG, Hilden, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3% und 5% überschritten hat und 9,89% (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 9,65% (dies entspricht 10.408.201 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Die PBV Lebensversicherung AG hält 0,24% (dies entspricht 263.768 Stimmrechten) direkt.

Die neue leben Lebensversicherung AG, Hamburg, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3% und 5% überschritten hat und 9,89% (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 9,16% (dies entspricht 9.878.255 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Die neue leben Lebensversicherung AG hält 0,74% (dies entspricht 793.714 Stimmrechten) direkt.

Die neue leben Holding AG, Hamburg, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3% und 5% überschritten hat und 9,89% (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 9,16% (dies entspricht 9.878.255 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG und weitere 0,74% (dies entspricht 793.714 Stimmrechten) über § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Die Proactiv Holding AG, Hilden, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3% und 5% überschritten hat und 9,89% (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 8,67% (dies entspricht 9.350.719 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG und weitere 1,22% (dies entspricht 1.321.250 Stimmrechten) über § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Die HDI-Gerling Industrie Versicherung AG, Hannover, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3% und 5% überschritten hat und 9,89% (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 9,49% (dies entspricht 10.231.552 Stimmrechte) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Die HDI-Gerling Industrie Versicherung AG hält 0,41% (dies entspricht 440.417 Stimmrechte) direkt.

Die HDI-Gerling Firmen und Privat Versicherung AG, Hannover, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3% und 5% überschritten hat und 9,89% (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 9,49% (dies entspricht 10.231.552 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Die HDI-Gerling Firmen und Privat Versicherung AG hält 0,41% (dies entspricht 440.417 Stimmrechten) direkt.

Die HDI Direkt Versicherung AG, Hannover, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3% und 5% überschritten hat und 9,89% (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 9,49% (dies entspricht 10.231.553 Stimmrechte) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Die HDI Direkt Versicherung AG hält 0,41% (dies entspricht 440.416 Stimmrechte) direkt.

Die HDI-Gerling Sach Serviceholding AG, Hannover, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3% und 5% überschritten hat und 9,89% (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 8,67% (dies entspricht 9.350.719 Stimmrechte) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG und weitere 1,22% (dies entspricht 1.321.250 Stimmrechte) über § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Die Talanx Beteiligungs-GmbH & Co. KG, Hannover, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3% und 5% überschritten hat und 9,89% (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 8,67% (dies entspricht 9.350.719 Stimmrechte) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG und weitere 1,22% (dies entspricht 1.321.250 Stimmrechte) über 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 WpHG zugerechnet.

Die Hannover Beteiligungsgesellschaft mbH, Hannover, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 i.V.m. Satz 2 und Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3% und 5% überschritten hat und 9,89% (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 8,67% (dies entspricht 9.350.719 Stimmrechte) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG und weitere 1,22% (dies entspricht 1.321.250 Stimmrechte) über § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 i.V.m. Satz 2 WpHG zugerechnet.

Der HDI Haftpflichtverband der Deutschen Industrie V.a.G., Hannover, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, durch die Ausübung von Finanzinstrumenten am 01. April 2009 die Schwellen von

3% und 5% überschritten hat und 9,89% (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Die Stimmrechte werden ihm gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Die ihm zugerechneten Stimmrechte werden dabei über folgende von ihm kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der MLP AG jeweils 3% oder mehr beträgt, gehalten: Talanx AG, Hannover, Deutschland, HDI-Gerling Leben Serviceholding AG, Köln, Deutschland, HDI-Gerling Lebensversicherung AG, Köln, Deutschland.

Des Weiteren hat uns der HDI Haftpflichtverband der Deutschen Industrie V.a.G. gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass der Stimmrechtsanteil der Talanx AG, Hannover, Deutschland an der MLP AG durch die Ausübung von Finanzinstrumenten am 01. April 2009 die Schwellen von 3% und 5% überschritten hat und 9,89% (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Die Stimmrechte werden der Talanx AG gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet. Die der Talanx AG zugerechneten Stimmrechte werden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der MLP AG jeweils 3% oder mehr beträgt, gehalten: HDI-Gerling Leben Serviceholding AG, HDI-Gerling Lebensversicherung AG.

Des Weiteren hat uns der HDI Haftpflichtverband der Deutschen Industrie V.a.G. gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass der Stimmrechtsanteil der HDI-Gerling Leben Serviceholding AG, Köln, Deutschland an der MLP AG durch die Ausübung von Finanzinstrumenten am 01. April 2009 die Schwellen von 3% und 5% überschritten hat und 9,89% (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Die Stimmrechte werden der HDI-Gerling Leben Serviceholding AG gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet. Die der HDI-Gerling Leben Serviceholding AG zugerechneten Stimmrechte werden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der MLP AG jeweils 3% oder mehr beträgt, gehalten: HDI-Gerling Lebensversicherung AG.

Des Weiteren hat uns der HDI Haftpflichtverband der Deutschen Industrie V.a.G. gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass der Stimmrechtsanteil der HDI-Gerling Lebensversicherung AG, Köln, Deutschland an der MLP AG durch die Ausübung von Finanzinstrumenten am 01. April 2009 die Schwellen von 3% und 5% überschritten hat und 9,89% (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Der HDI Haftpflichtverband der Deutschen Industrie V.a.G., hat uns des Weiteren gemäß §§ 25 Abs. 1, 24 WpHG mitgeteilt, dass der HDI Haftpflichtverband der Deutschen Industrie V.a.G., die Talanx AG, die HDI-Gerling Leben Serviceholding AG und die HDI-Gerling Lebensversicherung AG am 01. April 2009 keine Finanzinstrumente (mehr) unmittelbar oder mittelbar hielten, die ihnen das Recht einräumten, Aktien an der MLP AG zu erwerben. An diesem Tag hätten sie damit nach § 25 Abs. 1 WpHG die Schwelle von 5% der Stimmrechte der MLP AG unterschritten. Nach §§ 21, 22 WpHG halten sie 9,89% der Stimmrechte (10.671.969 Stimmrechte).

Der HDI Haftpflichtverband der Deutschen Industrie V.a.G., Hannover, Deutschland, hat uns gemäß §§ 25 Abs. 1, 24 WpHG mitgeteilt, dass der HDI Haftpflichtverband der Deutschen Industrie V.a.G., Hannover, Deutschland, die Talanx AG, Hannover, Deutschland, die HDI-Gerling Leben Serviceholding AG, Köln, Deutschland und die HDI-Gerling Lebensversicherung AG, Köln, Deutschland am 23. März 2009 Finanzinstrumente unmittelbar oder mittelbar hielten, die ihnen

das Recht einräumten, Aktien an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland zu erwerben, die 8,40% der Stimmrechte (9.060.334 Stimmrechte) verbriefen.

Des Weiteren hat uns der HDI Haftpflichtverband der Deutschen Industrie V.a.G. mitgeteilt, dass der HDI Haftpflichtverband der Deutschen Industrie V.a.G., die Talanx AG, die HDI-Gerling Leben Serviceholding AG und die HDI-Gerling Lebensversicherung AG unmittelbar oder mittelbar Aktien an der MLP AG halten, die 1,49% der Stimmrechte (1.611.635 Stimmrechte) verbriefen. Zusammen mit den bereits von dem HDI Haftpflichtverband der Deutschen Industrie V.a.G., der Talanx AG, der HDI-Gerling Leben Serviceholding AG und der HDI-Gerling Lebensversicherung AG gehaltenen Stimmrechten an der MLP AG würden die Aktien an der MLP AG, zu deren Erwerb die vorgenannten am 23. März 2009 unmittelbar gehaltenen Finanzinstrumente berechtigen, 9,89% der Stimmrechte (10.671.969 Stimmrechte) verbriefen. Am 23. März 2009 hätten somit der HDI Haftpflichtverband der Deutschen Industrie V.a.G., die Talanx AG, die HDI-Gerling Leben Serviceholding AG und die HDI-Gerling Lebensversicherung AG die Schwelle von 5% der Stimmrechte an der MLP AG überschritten.

Die von dem HDI Haftpflichtverband der Deutschen Industrie V.a.G., der Talanx AG, der HDI-Gerling Leben Serviceholding AG und der HDI-Gerling Lebensversicherung AG mittelbar gehaltenen Aktien und Finanzinstrumente werden dabei über folgende jeweils kontrollierte Unternehmen gehalten:

1. im Falle des HDI Haftpflichtverband der Deutschen Industrie V.a.G.:

- Talanx AG, Hannover, Deutschland
- HDI-Gerling Leben Serviceholding AG, Köln, Deutschland
- HDI-Gerling Lebensversicherung AG, Köln, Deutschland

2. im Falle der Talanx AG:

- HDI-Gerling Leben Serviceholding AG, Köln, Deutschland
- HDI-Gerling Lebensversicherung AG, Köln, Deutschland

3. im Fall der HDI-Gerling Leben Serviceholding AG:

- HDI-Gerling Lebensversicherung AG, Köln, Deutschland

Gemäß der Mitteilung des HDI Haftpflichtverband der Deutschen Industrie V.a.G. ist der Zeitpunkt der Fälligkeit der oben genannten Finanzinstrumente spätestens der dritte Börsentag nach der Erteilung der Zustimmung des Aufsichtsrates der Talanx AG zum Kaufvertrag vom 23. März 2009.

Die Harris Associates L.P., Chicago, USA, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Oktober 2009 die Schwelle von 5% überschritten hat und an diesem Tag 5,10% (dies entspricht 5.500.722 Stimmrechten) beträgt. Die Stimmrechte werden der Harris Associates L.P. gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 WpHG zugerechnet.

Die Harris Associates Inc., Chicago, USA, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 21. März 2008 die Schwellen von 5% und 3% unterschritten hat und an diesem Tag 0,00% (dies entspricht 0 Stimmrechten) be-

trug. Diese Veröffentlichung basiert auf der Tatsache, dass die Harris Associates Inc. die Bedingungen der § 32 InvG, §§ 22 Abs. 3a und 29a Abs. 3 WpHG erfüllt. Die Stimmrechtsanteile der Harris Associates LP, Chicago, USA sind von dieser Mitteilung nicht betroffen.

Die Harris Associates Inc., Chicago, USA hat uns mitgeteilt, dass sie ihre Stimmrechtsmitteilungen gemäß § 21 Abs. 1 WpHG in Bezug auf die Stimmrechtsanteile an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland vom 3. April 2008, 21. Mai 2008, 1. Oktober 2008, 3. November 2008, 13. März 2009, 20. Mai 2009 und 25. Juni 2009 widerrufen. Dieser Widerruf basiert auf der Tatsache, dass die Harris Associates Inc. am 3. April 2008, 21. Mai 2008, 1. Oktober 2008, 3. November 2008, 13. März 2009, 20. Mai 2009 und am 25. Juni 2009 keine Stimmrechtsanteile an der MLP AG gehalten hat, die eine Stimmrechtsmitteilung notwendig gemacht hätten. Die Stimmrechtsmitteilungen der Harris Associates LP, Chicago, USA sind von diesem Widerruf nicht betroffen.

Die Harris Associates L.P., Chicago, USA, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 24. Juni 2009 die Schwelle von 3% überschritten hat und an diesem Tag 3,09% (dies entspricht 3.332.291 Stimmrechten) beträgt. Die Stimmrechte werden der Harris Associates L.P. gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 WpHG zugerechnet.

Die Harris Associates Inc., Chicago, USA, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 24. Juni 2009 die Schwelle von 3% überschritten hat und an diesem Tag 3,09% (dies entspricht 3.332.291 Stimmrechten) beträgt. Die Stimmrechte werden der Harris Associates Inc. gemäß §§ 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 i. V. m. 22 Abs. 1 S. 2 WpHG zugerechnet.

Die Harris Associates L.P., Chicago, USA, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 19. Mai 2009 die Schwelle von 3% unterschritten hat und an diesem Tag 2,99% (dies entspricht 3.233.217 Stimmrechten) betrug. Die Stimmrechte werden der Harris Associates L.P. gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 WpHG zugerechnet.

Die Harris Associates Inc., Chicago, USA, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 19. Mai 2009 die Schwelle von 3% unterschritten hat und an diesem Tag 2,99% (dies entspricht 3.233.217 Stimmrechten) betrug. Die Stimmrechte werden der Harris Associates Inc. gemäß §§ 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 i. V. m. 22 Abs. 1 S. 2 WpHG zugerechnet.

Die Harris Associates L.P., Chicago, USA, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 12. März 2009 die Schwelle von 3% überschritten hat und an diesem Tag 3,00% (dies entspricht 3.236.336 Stimmrechten) betrug. Die Stimmrechte werden der Harris Associates L.P. gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 WpHG zugerechnet.

Die Harris Associates Inc., Chicago, USA, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 12. März 2009 die Schwelle von

3% überschritten hat und an diesem Tag 3,00% (dies entspricht 3.236.336 Stimmrechten) betrug. Die Stimmrechte werden der Harris Associates Inc. gemäß §§ 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 i. V. m. 22 Abs. 1 S. 2 WpHG zugerechnet.

Die Regionalverbandsgesellschaft mbH, Berlin, Deutschland, hat uns als Meldepflichtiger gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil, an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 08. Mai 2008 die Schwelle von 3% unterschritten hat und zu diesem Tag 2,23% (2.183.499 Stimmrechte) betrug. Davon waren ihr 2,23% (2.183.499 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen. Diese ihr zuzurechnenden Stimmrechte wurden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteile an der MLP AG (un-)mittelbar 2,23% betragen, gehalten: Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Landesbank Berlin Holding AG, Landesbank Berlin AG, Berlin.

Die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Berlin, Deutschland, hat uns als Meldepflichtiger gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil, an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 08. Mai 2008 die Schwelle von 3% unterschritten hat und zu diesem Tag 2,23% (2.183.499 Stimmrechte) betrug. Davon waren ihr 2,23% (2.183.499 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen. Diese ihr zuzurechnenden Stimmrechte wurden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteile an der MLP AG (un-)mittelbar 2,23% betragen, gehalten: Landesbank Berlin Holding AG, Landesbank Berlin AG, Berlin.

Die Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 08. Mai 2008 die Schwelle von 3% unterschritten hat und zu diesem Tag 2,23% (2.183.499 Stimmrechte) beträgt.

Die Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, Deutschland, hat uns des Weiteren mitgeteilt, dass ihr davon 2,23% (2.183.499 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen sind. Diese der Landesbank Berlin Holding AG zugerechneten Stimmrechte werden dabei über folgendes von ihr kontrolliertes Unternehmen, dessen Stimmrechtsanteil an der MLP AG unmittelbar 2,23% beträgt, gehalten: Landesbank Berlin AG, Berlin, Deutschland.

Die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Berlin, Deutschland, hat uns mitgeteilt, dass die Landesbank Berlin Holding AG gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG Tochterunternehmen der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG ist und ihr die Stimmrechte der Landesbank Berlin Holding AG an der MLP AG zuzurechnen sind. Der Stimmrechtsanteil der Landesbank Berlin Holding AG an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, hat am 08. Mai 2008 die Schwelle von 3% unterschritten und beträgt zu diesem Tag 2,23% (2.183.499 Stimmrechte).

Die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, hat uns des Weiteren mitgeteilt, dass ihr davon 2,23% (2.183.499 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen sind. Diese der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Berlin, Deutschland, zugerechneten Stimmrechte werden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen,

deren Stimmrechtsanteil an der MLP AG (un)mittelbar 2,23% betragen, gehalten: Landesbank Berlin Holding AG, Landesbank Berlin AG, Berlin, Deutschland.

Die Regionalverbandsgesellschaft mbH, Berlin, Deutschland, hat uns mitgeteilt, dass die Landesbank Berlin Holding AG gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG Tochterunternehmen der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG ist und ihr die Stimmrechte der Landesbank Berlin Holding AG an der MLP AG zuzurechnen sind. Der Stimmrechtsanteil der Landesbank Berlin Holding AG an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, hat am 08. Mai 2008 die Schwelle von 3% unterschritten und beträgt zu diesem Tag 2,23% (2.183.499 Stimmrechte).

Die Regionalverbandsgesellschaft mbH, Berlin, Deutschland, hat uns des Weiteren mitgeteilt, dass ihr davon 2,23% (2.183.499 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen sind. Diese der Regionalverbandsgesellschaft mbH, Berlin, Deutschland zugerechneten Stimmrechte werden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der MLP AG (un)mittelbar 2,23% betragen, gehalten: Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Landesbank Berlin Holding AG, Landesbank Berlin AG, Berlin, Deutschland.

[29] Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungsverhältnisse zum 31. Dezember 2009 stellen sich wie folgt dar:

Unmittelbarer Anteilsbesitz

Name, Sitz	Buchwert 01.01.2009	Buchwert 31.12.2009	Anteil	Eigenkapital zum Jahresüberschuss 31.12.2009	Jahresüberschuss /-fehlbetrag
	€	€	%	€	€
MLP Finanzdienstleistungen AG, Wiesloch	79.004.832,92	79.004.832,92	100	78.939.445,87	- 1)
MLP Consult GmbH, Wiesloch	1.344.959,00	2.280.000,00	100	2.281.143,45	409.737,25
Feri Finance AG, Bad Homburg	67.462.073,77	67.462.073,77	56,59	21.334.164,41	1.514.473,02
	147.811.865,69	148.746.906,69			

1) Es besteht ein Gewinnabführungsvertrag.

Mittelbarer Anteilsbesitz

Name	Sitz	Anteil	Eigenkapital zum 31.12.2009	Jahresüberschuss / -fehlbetrag
		%	€	€
MLP Media GmbH (100% Tochter der MLP Finanzdienstleistungen AG)	Wiesloch	100,00	25.788,72	- ¹⁾
TPC THE PENSION CONSULTANCY GmbH (100% Tochter der MLP Finanzdienstleistungen AG) ³⁾	Hamburg	100,00	248.420,44	- ¹⁾
ZSH GmbH Finanzdienstleistungen ³⁾ (100% Tochter der MLP Finanzdienstleistungen AG)	Heidelberg	100,00	1.190.000,00	- ¹⁾
MLP Hyp GmbH ⁴⁾	Schwetzingen	49,80	3.739.206,06	739.206,06
Feri Family Trust GmbH (100% Tochter der Feri Finance AG)	Bad Homburg v. d. H.	56,59	3.243.831,43	- ²⁾
Feri Institutional Advisors GmbH (100% Tochter der Feri Finance AG)	Bad Homburg v. d. H.	56,59	1.914.092,15	- ²⁾
Feri EuroRating Service AG (100% Tochter der Feri Finance AG)	Bad Homburg v. d. H.	56,59	957.969,49	- ²⁾

1) Es besteht ein Gewinnabführungsvertrag mit der MLP Finanzdienstleistungen AG

2) Es besteht ein Gewinnabführungsvertrag mit der Feri Finance AG

3) Anteile werden gehalten von der MLP Finanzdienstleistungen AG

4) Die MLP Finanzdienstleistungen AG hält 49,8% der Anteile

Zum 31. Dezember 2009 bestanden keine weiteren wesentlichen Beteiligungen der MLP AG oder der hier abgebildeten Unternehmen, die nach § 285 Nr. 11 HGB eine Angabepflicht bedingen. Vom Wahlrecht gem. § 286 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 HGB wurde Gebrauch gemacht.

[30] Ergebnisverwendungsvorschlag der MLP AG

Der Vorstand schlägt gemäß § 170 Abs. 2 Aktiengesetz vor, den im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 ausgewiesenen Bilanzgewinn in Höhe von 27.584.065,05 € wie folgt zu verwenden:

	31.12.2009
	€
Ausschüttung an die Aktionäre	26.969.434,50
Einstellung in Gewinnrücklagen	0
Gewinnvortrag	614.630,55
Bilanzgewinn	27.584.065,05

Wiesloch, den 16. März 2010

MLP AG

Der Vorstand

Dr. Uwe Schroeder-Wildberg

Gerhard Frieg

Ralf Schmid

Muhyddin Suleiman

BESTÄTIGUNGSVERMERK

„Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der MLP AG, Wiesloch, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Stuttgart, 17. März 2010

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Müller-Tronnier

Frey

Wirtschaftsprüfer

Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft im verbleibenden Geschäftsjahr beschrieben sind.“

Wiesloch, den 16. März 2010

MLP AG

Der Vorstand

Dr. Uwe Schroeder-Wildberg

Gerhard Frieg

Ralf Schmid

Muhyddin Suleiman

Finanzkalender 2010

12. Mai 2010

Ergebnisse zum 1. Quartal 2010

20. Mai 2010

Hauptversammlung 2010, Mannheim

12. August 2010

Ergebnisse zum 2. Quartal 2010

11. November 2010

Ergebnisse zum 3. Quartal 2010

Impressum

Herausgeber

MLP AG
Alte Heerstraße 40
69168 Wiesloch
www.mlp-ag.de

Kontakt

Investor Relations

Telefon +49(0)6222-308-8320
Telefax +49(0)6222-308-1131

Public Relations

Telefon +49(0)6222-308-8310
Telefax +49(0)6222-308-1131